alle 14 Tage brandaktuell

(4/92)

26. FEBER 1992

PREIS: öS 10,

Wohnen ist ein Menschenrfight on in Standard of the Standard o emonstration die neue Wohnungsno Freitag, 6. März 1992 116Uhr30 Oper

Wohnen ist ein Menschenrecht?

Demonstration am 6. März 1992

Wie bereits angekündigt, ist der 6. März 1992 von verschiedenen Initiativen zum österreichweiten Aktionstag gegen die neue(?) Wohnungsnot ernannt worden. Und zwar deshalb, weil die Novelle zum Mietrecht in Vorbereitung ist und nicht nur nichts Gutes, sondern sogar Verheerendes verspricht. Und das schon in nächster Zukunft: Es kann angenommen werden, daß noch in diesem Frühjahr (März/April) die Novellierung durchgezogen werden soll.

Vom österreichweiten Aktionstag wissen wir bisher leider nur, was in Wien dazu geplant ist: eine (machtvolle?) Demonstration.

(TATblatt-Wien)

In Wien wechseln pro Jahr ca 5% der Haushalte die Wohnung; das heißt, es suchen jährlich ca 40.000 Personen eine Bleibe. Und eine solche zu finden ist heute für Menschen aus der unteren bis mittleren Einkommensschichte eigentlich schon unmöglich.

Tabelle 4:

Aucetattu	nosstruktur d	es Wohnun	osangehotes

•	1985	1990
Kat. A	33%	77%
Kat B	53%	14%
Kat C, D	14%	9%

(Quelle: Winfried Steiner: "Annoncenauswertung 1990: Starker Anstieg der Mieten", IS-Information Nr. 11/12, 1990; Seite 8 ff.)

Im Augenblick liegt der m²-Preis bei Neuvermietungen in Wien zwischen öS 100 und 150.-, zuzüglich Betriebskosten. Das heißt zB für eine 50m²-Wohnung eine monatliche Bruttomiete von ca öS 8.000.- Nach dem Wiener Wohnbauförderungsund Wohnhaussanierungsgesetz entspricht eine Wohnung dieser Größe dem Flächenbedarf von einer Person. Welche Person also kann es sich leisten, 8.000 öS monatlich allein für die Miete auszugeben?!

Im Jahr 1990, als "Wohnungsnot" zu einem Begriff der offiziellen Politik wurde, wurde die 2. Wohnrechtsänderung beschlossen, die "mehr Wohnungen auf den Markt bringen" sollte. Und zwar dadurch, daß ab dann die Mietverträge zeitlich befristet werden durften und die Zinsobergrenze für Kategorie A-Wohnungen abgeschafft wurde (das heißt, die Miethöhe kann beliebig festgesetzt werden). Dadurch sollte es für Haus- und Wohnungsbesitzende attraktiver werden, Wohnungen zur "Verfügung" zu stellen, denn ab nun mußten sie nicht mehr fürchten, die MieterInnen nicht mehr so schnell aus den Wohnungen zu bekommen (was für sie auch heißen würde, für längere Zeit die Mieten nicht beliebig erhöhen zu können) und außerdem konnten sie mit beträchtlichen Gewinnen aus der Wohnungsvermietung rechnen. Die daraus resultierenden Folgen kennen alle, die in Wien eine Wohnung suchen: Vor einer Neuvermietung wird auch die kleinste Wohnung luxusrenoviert — es kommen fast ausschließlich Kategorie A-Wohnungen auf den Markt (s. Tabelle 1). Außerdem gibt es fast keine unbefristeten Hauptmieten mehr; Ablösen von öS 500.000,- bis 700.000,- aufwärts für die "Nichtbefristung" sind zwar illegal, aber durchaus Pra-

Um noch mehr Wohnungen auf diese Art "zur Verfügung" stellen zu können, wird mit allen Methoden versucht, AltmieterInnen aus ihren Wohnungen zu bringen. Angefangen von Schnüffeleien (vom Ausfratscheln der NachbarInnen bis zum Auf-

brechen der Hausbriefkästen), um etwaige unrechtmäßige Wohnverhältnisse (zB. es wohnt nicht der/die HauptmieterIn in der Wohnung, sondern FreundInnen) feststellen zu können, bis hin zum Hausterror (in Wien gibt es zB. ein Wohnhaus, in dem ein

Rockerclub im ersten Stock einquartiert wurde, der die ausdrückliche Genehmigung besitzt, daß die Clubmitglieder mit dem Motorrad bis in ihr Lokal fahren dürfen), um die MieterInnen zum "freiwilligen" Ausziehen zu bewegen.

Doch damit noch nicht genug. Die HausbesitzerInnen (in letzter Zeit immer weniger Einzelpersonen, sondern sogenannte "Wohnungsverwertungsgesellschaften") wollen noch mehr. Und die Regierung ist bereit, es ihnen zu geben.

Praxis der exzessiven Ausbeutung

Mit der Argumentation, daß höhere Mieten notwendig seien, um ein Haus erhalten zu können, fordern die Hausbesitzer, bestens vertreten durch die ÖVP, die Auf-

Tabelle 3:

Ausstattungsstruktur der als Hauptwohnsitz genutzten Wohnungen

	-	-
1971	1981	1989
56.197	247.561	365.000
284.474	255.240	224.000
133.326	77.072	38.000
238.473	133.052	75.000
	56.197 284.474 133.326	56.197 247.561 284.474 255.240 133.326 77.072

Quelle: Reinhard Troper: Veränderungen im Wiener Wohnungsbestand: Verknappung bei den "Billigwohnungen", IS-Information 11/12 1990, Seite 5.

zit. nach ebendort, s. 10.

hebung der Mietzinsobergrenzen für alle Kategorien. Die SPÖ, die ja traditionell recht sozial ist, kann das nicht zulassen: Die Höchstgrenze für Kategorie D muß bleiben! Allerdings könnte dort ein Erhaltungsbeitrag von etwa öS 15,-/m² eingehoben werden. Und zwar nicht nur bei Neuvermietung, sondern auch bei bereits bestehenden

Mietverhältnissen. Im Klartext würde das heißen: Verdoppelung der Mieten! Und das bei Wohnungen, die zum größten Teil von den Ärmsten unter den Armen bewohnt werden. Außerdem mußte bisher ein eingehobener Erhaltungsbeitrag (bei Wohnungen mit Friedenskronenzins) innerhalb von 10 Jahren zweckgebunden verwendet, andernfalls an die MieterInnen zurückgezahlt werden. Auch diese Zweckbindung und zeitliche Befristung sollen jetzt wegfallen.

Die neue Mietpreise sollen sich in Zukunft im Wesentlichen aus 3 Komponenten zusammensetzen:

- Erhaltungskosten (15,-/m²)
- Wert der Wohnung (an den Förderungen für Neubauten orientiert)
- allgemeiner Wohnwert: Lage, Ausstattung, Größe, Zustand, ...

Nach diesen Kriterien wird der m²-Richtpreis bei 60,- bis 80,- (nach aktuellem Stand der Verhandlungen) liegen. In der Praxis steht zu erwarten, daß höhere Mietpreise verlangt werden und die Herabsetzung erst gerichtlich eingefordert werden müßte. Bei derartigen Auseinandersetzung ziehen meist die wirtschaftlich Schwächeren den Kürzeren.

Sieht es auch auf den ersten Blick so aus, als handle es sich um eine leichte Verbesserung (80,- sind immer noch weniger, als 100,-), so müssen wir uns eines klar vor Augen führen: Nach Berechnungen der Aktionsplattform gegen die neue Wohnungsnot würde das bedeuten, daß an die 50% der Haushalte in Zukunft in der Höhe ihres Resteinkommens (Nettohaushalts-

einkommen minus Bruttomietzins) in den Armutsbereich abrutschen würden (siehe Tabelle 2).

Eine Studie der Arbeiterkammer (AK) hat nachgewiesen, daß die Hausbesitzer bereits bei einer Miethöhe von öS 45,-/m² einen sicheren Gewinn von ca 4% jährlich machen (immerhin ein höherer Gewinn, als

bei Börsenspekulationen). MieterInnenvertretungen haben errechnet, daß bereits bei Einnahmen von öS 11,-/m² die Instandhaltung (also der reine Reparaturaufwand) eines Hauses gesichert ist. Außerdem hat sich in den 10 Jahren im Zeitraum zwischen 1976 bis 1985 gezeigt, daß sich der durchschnittliche Anteil an den Mietzinseinnah-

HASAN DURNA WURDE LEBEND FESTGE-NOMMEN, WIR WOLLEN IHN LEBEND ZU-RÜCK

An die öffentliche Meinung!

Von HASAN DURNA, einem Genossen, der am 20. Februar 1992 in seiner Wohnung in Bursa/Türkei zusammen mit dem Besitzer der Wohnung von der Polizei festgenommen wurde, haben wir bis heute keine Nachricht erhalten. Über seinen jetzigen Zustand wissen wir nichts und fürchten daher um sein Leben.

In der Türkei, deren Regierung faschistisch ist, werden jeden Tag Revolutionäre von Staatsterroristen ermordet. Revolutionäre werden in ihren Häusern festgenommen und nach tagelanger Folter ermordet oder gleich auf der Straße erschossen.

Die zuständigen Behörden der Republik Türkei, z.B. Präsident Turgut Özal und der Chef des Generalstabs D. Günes, wollen, daß alle Revolutionäre von der Polizei, dem Militär oder der staatlich gelenkten Konterguerilla ermordet werden.

Als Folge ihrer Befehle werden die Türkei und Kurdistan in Blut getränkt. Auf der einen Seite die Folter, auf der anderen das Gemetzel an der Guerilla und die Morde in den Gassen. Als Generalprobe bombardieren Armeeflugzeuge und -hubschrauber die Dörfer des armen und leidenden kurdischen Volkes. Die politische Realität der Republik Türkei, die seit Jahren von den Faschisten geprägt wird, hat es möglich gemacht, daß Revolutionäre ohne Gerichtsverhandlung ermordet werden.

Seit Einführung des Anti-Terror-Gesetzes nimmt die Zahl der Morde und Verschleppungen zu.

Die Koalitionsregierung der "Partei des Rechten Weges" und der "Sozialistischen Volkspartei", die eine Demokratisierung der Gesellschaft versprochen hat, führen nur die Politik des Staatsterrors weiter. Die sich sozialdemokratisch nennende, in Wahrheit aber faschistische "Sozialistische Volkspartei" und die offen faschistisch agierende "Partei des Rechten Weges" haben in 4 Monaten an die 40 Revolutionäre ohne Gerichtsverfahren ermordet.

Der Mord an Hasan Durna würde die Liste der von der Republik Türkei begangenen Verbrechen nur länger machen. Das dan nicht geschehen!

Die öffentliche Meinung muß der Verschleppung Hasan Durnas Widerstand entgegensetzen und weitere Morde verhindern.

VERHINDERN WIR DIE ERMORDUNG HASAN DURNAS!

HASAN DURNA WURDE AM 20. FEBRUAR LEBEND FEST-GENOMMEN, WIR WOLLEN IHN LEBEND ZURÜCK!!!

PRESSEBÜRO DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER TÜRKEI(MARXISTISCH-LENINISTISCH)

TATblatt minus 35 Seite 16a

men für Aufwendungen für Reparaturarbeiten bei Gebäuden mit Mietzinserhöhungen nicht wesentlich geändert hat (Institut f. Stadtforschung, Wien, 1987).

Bisher haben in Wien ca. 70% der Bevölkerung in "billigen" Altbauwohnungen gewohnt. Nach den neuen Tendenzen wird es nun durch die Neuvermietungen zu einer Umverteilung zu Einkommensstärkeren kommen, was zum Phänomen der "Centrification" bei gleichzeitiger Slumbildung in den Randbezirken führt: Der innerstädtische Bereich bleibt den einkommensstärkeren Schichten vorbehalten, die Einkommensschwächeren werden in die Außenbezirke abgedrängt, wo der Altbestand an Wohnungen "abgewohnt" wird.

Auch ein verstärkter Wohnungsneubau könnte dieser Tendenz nicht entgegenwirken, im Neubau die Errichtungskosten erst gedeckt werden müssen, die beim Altbestand längst abgeschrieben sind. Mal ganz abgesehen davon, daß wir gar keine Ghettos wollen (und die mit dem Bauen gar nicht so schnell sein könnten).

Wir wehren uns!

Gefahr ist im Verzug, wir müssen aktiv werden. Angefangen davon, daß wir uns in größeren oder kleineren Gruppen, zB. mit den NachbarInnen zusammen organisieren könnten/sollten, bis hin zur Beteiligung an Aktionen anderer, gibt es vielfältige Möglichkeiten, den Unmut auszudrücken und Widerstand zu organisieren. Die ersten Möglichkeiten:

Die Demonstration am 6. März in Wien: Treffpunkt 16.30 Uhr bei der Oper; von dort geht's dann über die "2-er-Linie" zum Hausbesitzerverband und zum Wohnungsamt der Stadt Wien, vorbei an einem Spekulationsbezirk (sind inzwischen eh schon alle) zum Parlament.

Die Petition gegen die neue Wohnungsnot: Das "Volksbegehren" wurde umgewandelt, weil es aus organisatorischen und finanziellen Gründen nicht möglich war, die II. Beabsichtigt: S 80.-/m²:

1-Personen-Haushalt	(50	m ²):	

Anteil der Haus- halte	Netto- Haushalts- einkommen	Haup pro m ²	tmiétzins für die Wohnung	Brutto- Mietzins	Rëst- einkom- men
25 %	unter 13.490	80	4.000	5.225	unter 8.265
25 %	13.490-19.020	80	4.000	5.225	8.265-13.795
25 %	19.020-26.040	80	4.000	5.225	13.795-20.815
25 %	über 26.040	80	4.000	5.225	über 20.815
			eg .		
ł		_		_	

2-Personen-Haushalt (70 m²):

					1.
Anteil der Haus- halte	Netto- Haushalts- einkommen	Haup pro m ²	tmietzins für die Wohnung	Brutto- Mietzins	Rest- einkom- men
25 🕏	unter 13.490	80	5.600	7.315	unter 6.175
25 %	13.490-19.020	80	5.600	7.315	6.175-11.705
25 %	19.020-26.040	80	5.600	7.315	11.705-18.725
25 %	über 26.040	80	5.600	7.315	über 18.725
3-Person	en-Haushalt (85	m ²):	• .		
Anteil der Haus- halte	Netto- Haushalts- einkommen	Haup pro m ²	tmietzins für die Wohnung	Brutto- Mietzins	Restaurant di

Tabelle 2: Belastung der Netto-Haushaltseinkommen unselbständig Beschäftigter durch angekündige Hauptmietzinshöhe

6.800

6.800

8883

8883

80

Angaben zu den Netto-Haushaltseinkommen nach dem Mikrozensus 1989; angenommene Wohnungsgröße nach angemessener Wohnnutzfläche nach dem Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz: für 1 Person: 50m^2 , für 2. Person: $+20\text{m}^2$, für jede weitere Person: $+15\text{m}^2$;

Bei der Berechnung des Brutto-Mietzinses (Hauptmietzins + Betriebskosten + Umsatzsteuer) wurden als Betriebskosten öS 15,-/m² angenommen.

Quelle: Aktionsplattform gegen die neue Wohnungsnot, 1991

13.490-19.020

9.020-26.040

notwendigen Unterschriften zusammenzusammeln. Viele Menschen waren zu bequem, zum Magistrat zu gehen, einE NotarIn zur Beglaubigung der Unterschriften direkt beim Infostand kostet viel Geld, Unterschriften, die mehr als 2 Jahre alt sind, verfallen wieder. Nun gibt es die Petition, die ein "Gesetz gegen die Wohnungsnot" fordert

25 %

Unterschreiben ist nicht jeder/jedes Sa-

che, aber die, die dazu bereit sind, sollen sich damit beeilen: die Petition soll noch im März eingebracht werden, um zeitgleich mit dem neuen Gesetzesentwurf im Parlament behandelt zu werden.

Die Forderungen

der Aktionsplattform gegen die neue Wohnungsnot:

- Mietzinsobergrenzen für alle Wohnungen (Kategorie A max öS 35,-/m²)
- Keine Umgehung von Hauptmieten durch Befristungen und Scheinunternmieten
- Strenge Strafen für ungesetzliche Ablösen
- Kein Eingriff in bestehende Mietverträge
- Echter sozialer Wohnbau: gezielter Einsatz der Wohnbauförderung für leistbare Wohnungen zugunsten sozial Schwacher, junger Menschen, alleinerziehender Frauen, behinderter Menschen, obdachloser Menschen
- Gleicher Zugang zur Wohnbauförderung für die in Österreich lebenden AusländerInnen
- Anforderungsrecht der Gemeinde für leerstehende Wohnungen
- Verbot der Umwandlung von Wohnraum in Büros



Großbritannien hatte bis jetzt — mit Österreich oder der BRD verglichen — vergleichsweise liberale Gesetze, was Hausbesetzungen anbelangt. Im Zuge der Umgestaltung der britischen Gesellschaft einerseits und einer europaweiten Kampagne gegen HausbesetzerInnen andererseits soll sich das jetzt ändern:

Hausbesetzung wird zum Verbrechen

(56a Info Shop, London/TATblatt-Wien)

Britisches Parlament, 15.31 Uhr. Kenneth Baker, Innenminister des "Vereinigten Königreiches" (GB), steht auf, um zu den versammelten MP's (Parlamentsmitglieder) zu sprechen. Er liest aus "Hausbesetzung — ein Beratungspapier des Innenministeriums" vor: "Es gibt keine gültigen Argumente, die Hausbesetzung verteidigen. Es bedeutet die Inbesitznahme des Eigentums von anderen ohne Zustimmung." Mit dieser ideologischen Position beginnt der Vorschlag der Regierung zur Kriminalisierung von Hausbesetzungen.

Der Beratungsprozeß wird bis zum 31. März 1992 andauern. Bis dahin werden Gemeindeämter, EigentumsspekulantInnen, Baugesellschaften etc. ihre Vorschläge zur Veränderung des geltenden Rechts betreffend Hausbesetzungen einbringen. Mit jeder Organisation, die Hausbesetzungen verteidigen will, wird kurzer Prozeß gemacht, wie Seite 1 des Dokumentes besagt: "Dieses Papier befaßt sich nicht mit Pseudoargumenten, die fordern, Hausbesetzungen gutzuheißen."

HaubesetzerInnen selbst werden es schwer haben, sich wiederzuerkennen in dem Bild, das in dem Dokument von ihnen gemalt wird. Die üblichem Mythen werden endlos wiederholt. HausbesetzerInnen ziehen in dein Haus ein, während du einkaufen bist. HausbesetzerInnen sind asozial, schlechte NachbarInnen, Kriminelle, Drogenabhängige. "HausbesetzerInnen sind im allgemeinen aus freiem Willen dort, angetrieben nur von ihrem eigenen Vergnügen oder dem Unwillen, die Rechte anderer Leute zu respektieren."

Das Dokument selbst hat nichts zu Obdachlosigkeit zu sagen, oder wo die geschätzten 50.000 HausbesetzerInnen in England wohnen sollen, wenn hausbesetzen kriminalisiert wird.

Die Vorschläge zur Veränderung des Gesetzes fangen bei der altmodischen Tory²-Vision vom Heim, das eines jeden Engländers Burg ist, an und enden bei heimtückischeren Vorstellungen von konservativer Ideologie über Eigentum. Der Anstieg des "Shop-Squatting" — Leute öffnen Geschäftslokale und verkaufen die Waren dann als "Billigstangebote" — war ein Faktor, der beigetragen hat, dieses Thema aufzubringen. "Shop-Squatting" kippt wichtigere Händler und Tory-Abgeordnete, verursacht durch diese neuen UnternehmerInnen, "die keine der üblichen Verpflichtun-

gen eingehen." Sicherlich "werden ehrliche Händler unter diesem unfairen Wettbewerb leiden."

Die Möglichkeiten

Das Innenministerium bietet vier Möglichkeiten an, das Recht zu ändern:

- Das Strafrecht unverändert zu lassen und das Zivilrecht so zu verwenden, wie es heute ist:
- 2. Das Strafrecht zu erweitern, damit es auch andere Kategorien von Hausbesetzung abdeckt, zB. es ein Verbrechen zu machen, Eigentum zu besetzen, das zum Verkauf steht;
- 3. Das Recht so zu erweitern, daß es alle Fälle von Besetzung von Wohnungsräumen betrifft Ferienheime, private Unterkünfte etc.
- 4. Das Strafrecht so zu erweitern, daß es jede unberechtigte Inbesitznahme jedes Eigentums betrifft.

Zur letzten Möglichkeit wird angemerkt, daß dies keine "angemessene Antwort sei im Verhältnis zur Unordnung und den Konflikten, die seine Einführung erzeugen würde." Vielleicht stecken die Erinnerungen an jüngste gewalttätige Anti-Poll Tax Demonstrationen hinter diesem kleinen Satz.

Die Opposition!!

Auf der anderen Seite des Unterhauses im Parlament spricht der Schatten-Innenminister Ray Hattersley: "Die Opposition teilt die Ansicht, daß etwas getan werden muß, um Hausbesetzungen zu reduzieren und faktisch zu eliminieren." Es ist keine Überraschung, daß die Labour Party keine Sympathie hat für die, die Häuser besetzen. Das ist die Partei, die 1977 Hausbesetzungen unter Strafe gestellt hat.

Angesichts der bevorstehenden Parlamentswahlen ist in der gegenwärtigen quietschsauberen Labour Party das 1977er Modell nicht mehr zu erkennen. Trotz dem großen (und modernen) Themas "Obdachlosigkeit" würden sie es nicht wagen, HausbesetzerInnen zu unterstützen — es könnte ein paar WählerInnen verscheuchen.

Hysterie

Am nächsten Tag greift die Presse die Parlamentsdebatte auf. Die Schlagzeile auf der Titelseite des *Standard*: "Jetzt steht HausbesetzerInnen Gefängnis bevor." Die Daily Mail Schlagzeile verkündet: "HausbesetzerInnen erwartet Gefängnis." Der Artikel besagt unter anderem: "Die Besetzung von leerem Eigentum — gegenwärtig ein zivilrechtliches Thema — wird zu einem Verbrechen." Beide Zeitungen berichten über die Debatte, als wären die Gesetze zu Hausbesetzungen bereits geändert. Der Text des Standard stellt am Schluß fest, daß es "ein Stimmenfänger für die Tories" sei.

Während dem ganzen Dezember ist eine Serie von Artikeln über Hausbesetzungen in den rechten Zeitungen. Der Daily Telegraph erzählt im Artikel "Bande verlangt £1.000³ für Verlassen des Familienheimes" eine Geschichte über organisierte Banden auf der Isle of Wight, die "Geld dafür verlangen, daß sie von ihnen 'besetzte' Häuser verlassen." Der nächste Absatz berichtet "Details von zwei Vorfällen, die an den/die/das P.M. (?) gegeben wurden." Der Artikel endet mit Ausführungen über die geplanten Änderungen im Recht.

Die Daily Mail sagt auf einer ganzen Seite, "warum Baker's neue Schritte gegen HausbesetzerInnen längst überfällig sind." Der Artikel ist voll von den selben Mythen über HausbesetzerInnen — "HausbesetzerInnen ziehen in deine Wohnung, während du weg bist", "viele besetzen nicht, weil sie's brauchen, sondern weil sie glauben, es macht Spaß", "viele von ihnen sind in der Mittelklasse und haben gute Jobs". Der Bezug zwischen Obdachlosigkeit und Hausbesetzungen wird sorgsam vermieden.

LeserInnen des Standard bekommen im Dezember für ihr Geld zwei Anti-Hausbesetzung/Pro-Baker Stories. "Ein Vorstadtalptraum" erzählt, daß Hausbesetzungen "der endgültige Alptraum" seien, "der von jedem Hausbesitzer in London gefürchtet wird, und überall jederzeit passieren kann, so wie das Recht jetzt aussieht."

Die andere Geschichte "Der Tag, als HausbesetzerInnen in unser Heim einfielen", ist von gleichem Holz. Trotz ihrer augenscheinlichen Kenntnis des Rechts vergessen sie, eine wichtige Tatsache zu erwähnen: Hausbesetzung wird bereits strafrechtlich verfolgt. Es macht die angebliche Praxis, von der sie behaupten, HausbesetzerInnen würden sie anwenden, illegal, zB. in eine Wohnung einzuziehen, während du weg bist.

Abschnitt 7 des Strafgesetzbuches von 1977 führte den "Displaced Residential Occupier" DRO (UnberechtigteR WohnungsinhaberIn) ein. JedeR, deren/dessen gegenwärtige Wohnung besetzt wird, kann dieses Schriftstück auf die BesetzerInnen anwenden, und wenn sie nicht gehen, können sie verhaftet und strafrechtlich verurteilt werden.

Warum zahlt die auf die Straße gesetzte Familie des Daily Telegraph "£2.000 Anwaltshonorar", um die HausbesetzerInnen loszuwerden, wo ein DRO angewendet hätte werden können? Das stellt den Rat ihres Anwalts in Frage.

Die Presse hat Hausbesetzungen falsch

dargestellt und unterstützt die Regierungslinie Kriminalisierung als Teil der fortgesetzten ideologischen Schlacht, die zugunsten der Bonzen ausgefochten wird. Sie sehen es als Angriff auf das Recht der Bonzenklasse, einen Markt zu kontrollieren. Der Markt ist der Wohnungsmarkt. Maskiert als öffentliches Interesse ("HausbesetzerInnen sind asozial"), ist der Hintergrund der Kriminalisierung der, daß Hausbesetzungen die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse in Frage stellen.

S.O.U.A.S.H.

Innerhalb eines Monats nach der Veröffentlichung des "Beratungs" papieres wurde von einer Reihe von lokalen HausbesetzerInnenorganisationen und Personen eine Kampagne gegen Kriminalisierung ins Rollen gebracht: SQUASH ("Squatters Action For Secure Homes", HausbesetzerInnenbewegung für sichere Wohnungen) arbeitet, um gemeinsam Antworten auf das "Beratungs" papier zu finden. Sie haben auch eine sehr informative Presseaussendung über Obdachlosigkeit und die hausbesetzerische Wirklichkeit an mehr als 500 Medienkontaktadressen verschickt.

Am 5. Feber besetzten AktivistInnen von SQUASH ein leeres Bürohaus in der Londoner City, um zu zeigen, wie viel Büroraum in London leersteht. Das Gebäude gehört Prudential ("klüglich"), einer Firma, die zur Zeit säumige HypothekenschuldnerInnen obdachlos macht, indem sie ihre Wohnungen wieder in Besitz nimmt. Zum Zeitpunkt des Verfassens des Artikels geht die Besetzung in ihren dritten Tag.

Hausbesetzen in London

Im letzten Jahr hat sich in London die Anzahl der Räumungen von besetzten Häuser und Wohnungen massiv erhöht. Die örtlichen Gemeinden übernehmen gegenseitig erfolgreiche Taktiken gegen HausbesetzerInnen.

Die Gemeinden nehmen immer mehr zu PIO-Räumungen Zuflucht. Ein PIO ist ein Protected Intending Occupier (Geschützte Person mit Mietabsicht) Zertifikat mit der Aussage, daß einE HausbesetzerIn das letzte Hindernis ist, eine Wohnung oder ein Haus zu beziehen. Eine Gemeinde kann ein PIO sehr schneil aufstellen. Es gibt der/dem BesetzerIn für gewöhnlich 48 Stunden Zeit, aus dem Objekt auszuziehen. Danach in dem Objekt zu verbleiben, ist ein Festnahmegrund.

Mißbrauch von PIO's ist weitverbreitet. Zum Beispiel existiert der auf dem PIO benannte Mieter manchmal nicht oder das Schriftstück ist formal fehlerhaft. Im Gebiet von Southwark hat die lokale HausbesetzerInnengruppe zahlreiche Beispiele von Wohnungen, die mit PIO's geräumt wurden (zB. mit zum Einziehen bereiten MieterInnen) und nachher monatelang leerstanden. In vielen Fällen sind die geräumten Wohnungen in einem Zustand, der für GemeindemieterInnen nicht ausreicht. Zum Beispiel fehlen Heizung oder heißes Wasser

oder die Wohnung ist als ganzes baufallig. Die Gemeinde spielt eine Gruppe von obdachlosen Menschen (die [zukünftugen] MieterInnen) gegen eine andere (die HausbesetzerInnen) aus. In Southwark bekommen die meisten Leute auf der Vormerkliste der Gemeinde nur ein Angebot, und sind daher gezwungen, eine geräumte Wohnung zu akzeptieren.

Zur Zeit gibt es sehr wenig, was einE HausbesetzerIn tun kann, um ein PIO aufzuhalten. Die lokalen Gruppen arbeiten an rechtlichen Verteidigungsmöglichkeiten gegen PIO's, aber in einem Bezirk in Southwark haben die PIO's den fieseren Repo's

Kontakte:

56a Info Shop, 56 Crampton Street, London SE17 SQUASH, 2 St.Pauls Road, London N1 (Telefon 0044/71/359/8814) TSDC, Brixton Law Centre, 506 Brixton Road, London SW9

Achtung! Überall Großbritannien dazuschreiben!

("Repossession", Wiederinbesitznahme) Platz gemacht. EinE HausbesetzerIn ist nach Abschnitt 6 des Strafgesetzbuches gegen Leute geschützt, die einzubrechen und sie/ihn mit Gewalt zu vertreiben versuchen, geschützt. Diese Gesetz ist nur anwendbar, wenn 24 Stunden am Tag jemand anwesend ist. In besetzten Gemeindewohnungen ist die Gefahr einer gewaltsamen Räumung gering, und daher kommen und gehen die meisten Menschen wie üblich. Die Gemeinde von Southwark hat "Pionierarbeit geleistet" mit der Anwendung von Repos während der Abwesenheit der BesetzerInnen. Die letzte Repo, von der ich gehört habe, war um zehn Uhr in der Nacht. Die lokalen Wohnungsbürokraten schleppen Hämmer mit sich herum und tauchen zu allen Tageszeiten auf, um die BesetzerInnen zu erwischen, wenn sie draußen sind. Auf diese Art haben sie die Anzahl der BesetzerInnen in der Friary Siedlung von 80 auf 14 reduziert. Es verunsichert, daß diese erfolgreiche Räumungstaktik sich in allen Wohnbezirken in Southwark oder, noch schlimmer, in ganz London ausbreitet.

HausbesetzerInnen organisieren sich

Seit die Bedrohung der Kriminalisierung aufgetaucht ist, sind lokale HausbesetzerInnenorganisationen aktiver geworden. In Nordlondon gibt es BesetzerInnengruppen in Hackney und Camden. Die Hackney Housing Action (Hackney Wohnungsbewegung) wurde aufgebaut, um gegen steigende Mieten, schlechte Wohnbedingungen und rechtliche Veränderungen zu Hausbesetzungen zu kämpfen. 100 Personen sind am 21. Dezember durch Hackney marschiert. In Camden gibt es zwei HausbesetzerInnengruppen. Eine veranstaltet ein wöchentliches Beratungstreffen, die an-

dere produziert eine Zeitung, bearbeitet eine Liste leerer Wohnungen und ist gegen Kriminalisierung aktiv.

In Südlondon gibt es Gruppen in Southwark, Brixton and Lewisham. Lambeth Housing Action wurde gegründet, um gegen neue Gesetze gegen Besetzungen zu kämpfen und hat eine eigene Zeitung. Die Lewisham BesetzerInnen sind eine neue Gruppe, die sich zusammenfand, um gegen die Anti-Hausbesetzungs-Plakate der Gemeinde zu kämpfen. Die Gemeinde hat eine Kampagne mit leuchtenden rosa Plakaten lanciert, um zu verkünden: "Squatter's Don't Pay...Homeless Families Do!" (HausbesetzerInnen zahlen nicht...Obdachlose Familien zahlen! - ist aber mehrdeutig und kann nicht direkt übersetzt werden, AdÜ.) Jedenfalls wurde die Tatsache ignoriert, daß viele HausbesetzerInnen obdachlose Familien sind (und in Wirklichkeit ganz andre für die Wohnungsnot verantwortlich sind, AdÜ.). Und das in einem Gemeindegebiet mit weniger als 60 besetzten Objekten.

Die BesetzerInnengruppe in Southwark hat HOP ("Homeless Occupier's Project", Projekt der obdachlosen BesetzerInnen) gegründet, um zu versuchen, mit Beratungsgruppen und AnwältInnen an Verteidigungsstrategien gegen PIO's und gegen Kriminalisierung zu arbeiten.

Außerhalb von London gibt es regionale Gruppen in Oxford, Bristol, Brighton, Swindon, Liverpool und Leeds. Im Vergleich zu den 30.000 HausbesetzerInnen in London sind die Anzahl von BesetzerInnen in diese Städten vergleichsweise klein.

Harte Zeiten

Es ist viel über 1992 und eine europaweites verschärftes Vorgehen gegen Hausbesetzungen geredet worden. Es gab in den letzten Jahren eine Reihe von Strategien und Vorfällen, die das bestätigen. Viele Gemeinden in London haben ihr Vorhaben verkündet, die besetzten Objekte in ihrem Eigentum anzugreifen. Letztes Jahr reduzierten Hackney, Lambeth und Southwark dramatisch die Anzahl von besetzten Wohnungen und Häusern in ihrem Gebiet. Zur Zeit untersuchen viele Gemeinden die Wohnungen, Häuser und Heime in ihrem Eigentum nach nicht genehmigten BewohnerInnen. Das wird einer weitere Abnahme der Anzahl von Besetzungen und Untermieten bedeuten. In den letzten zehn Jahren sind Gemeindewohnungen die einzige verfügbare Unterkunft für viele bedeutet. Das Verkaufen von Schlüsseln von Gemeindewohnungen durch korrupte Gemeindebeamte oder durch MieterInnen, das Überlassen von Wohnungen durch MieterInnen oder das Besetzen leerer Wohnungen ist für viele Leute die einzige Möglichkeit, einen eigenen Platz zu finden. Das nahm solche Ausmaße an, daß es so aussah, als könnte nie etwas gegen diese Do-it-yourself-Wohnen gemacht werden. Es sieht so aus, als würden diese Tage gezählt sein. Die Kriminalisierung von Besetzungen würde das Ziel der Gemeinden, die

Kontrolle über deren Wohnungsbestand zurückzuerlangen, sehr nahe bringen.

Im August 1991 griff die Polizei ein Konzert in The Hellhouse, einer besetzten Fabrik, an und räumte die Fabrik. Viele Menschen wurden verletzt und viele festgenommen. Zwei Wochen später griffen die Kieberer noch einmal an während eines Konzertes in The Midland Bank, einer besetzten ehemaligen Bank. Viele Leute wurden schwer zusammengeschlagen und einige verhaftet.

Am 1. Feber 1992 griffen 200 Polizisten in einer Großoperation ein Konzert in The Bank in East End in London an. Das ist ebenfalls besetzter Raum. Sie nahmen 50 fest und bestraften 22 wegen Vergehen gegen die Öffentliche Ordnung. Die meisten Leute davon bekommen eine Strafe wegen gewalttätigem Aufruhr, was bis zu fünf Jahre Gefängnis bedeuten kann. The Bank wurde danach illegal geräumt.

Das war nicht nur ein Versuch, eine Party abzubrechen. Es war ein überlegter gewalttätiger Angriff auf eine Gemeinschaft von HausbesetzerInnen. Alle diese Orte waren Teil einer anarchistisch angehauchten BesetzerInnen"szene" (auf der Suche nach einem besseren Wort [auch im Original, dÜ.]) Nehmen die Cops die Veränderung im Gesetz bereits vorweg? Ich bin versucht zu glauben, daß sie einfach Schweine sind, die BesetzerInnen hassen weil sie nicht in des Kieberers enges Bild einer respektablen Person passen. Für den Kieberer sind BesetzerInnen "Schlacke", Abschaum. Eines ist offensichtlich, die Cops haben nicht den Trafalgar Square Poll Tax Aufstand vergessen, wo diese "Schlacken" Widerstand leisteten und die Polizei in Grund und Boden kämpften.

London, 7. Februar 1992

Fußnoten:

- 1 Passenderweise heißt der Titel des übersetzten Artikels im Original: "Das Ende der Hausbesetzungen — ein Beratungspapier des Infoladens 56a"
- 2 Tories: Parlamentsabgeordnete der Konservativen

3 rund öS 20.000

Letzte Meldungen

Mit 8. Februar, zwei Monate vor dem Ende der "Beratungs" periode, hat das Innenministerium 45 Eingaben zum Hausbesetzungsrecht bekommen "hauptsächlich für Veränderung."

Am 14. Jänner wurde eine bundesweite "Aktion scharf" gegen "shop-squatting" von der Polizei und der Abteilung für indirekte Steuern im Finanzamt begonnen. Der *Standard* berichtete, daß "mehr als 100 Beamte einzogen nach einer sechsmonatigen Operation betreffend möglichem VAT[eine Steuer]-Betrug." (??? keine Ahnung ob richtig übersezzt dÜ.). Dabei wurden in Bath, Crawley, Brighton, Southampton, Watford, Glasgow, Edinburgh, Aberdeen und London Räumlichkeiten überfallen.

Pressemitteilung zur Räumung von The Bank

Hunderte Polizisten greifen Party an Massenverhaftungen und -verletzungen

Am Samstag, dem 2. Feber, wurde ein Fest von obdachlosen Leuten in einer aufgelassenen Bank in der Mile End Road von der Polizei brutal zerschlagen, mit dem Ergebenis von 50 Festnahmen (davon 22 bestraft) und etlichen Verletzten.

Das unbenützte Gebäude, seit fünf Jahren aufgelassen, wurde von rund 50 Obdachlosen seit letzten Sommer benützt. Das friedliche Fest schloß fünf Bands mit ein. Es war absolut schalldicht.

Um 23.00 Uhr am Samstag abend hörten rund 200 Personen zwei der Bands spielen. Eine große Zahl von Polizisten schlug sich plötzlich ihren Weg hinein durch und griffwahllos mit Gummiknüppeln Leute an. Eine Frau mit einem kleinen Kind wurde festgenommen, ihr Kind mit Gewalt von ihr weggerissen.

Brutalität der Polizei

Die Liste an Gewalttaten und Mißhandlungen durch die Polizei ist lang:

- + Wohnräume wurden zerstört und persönliche Dinge auf die Straße geworfen
- + Musikausrüstung wurde mitgenommen
- + Adreßbücher und ID-Karten von Menschen aus anderen Ländern mitgenommen. Freilassung gegen Kaution wurde dann Leuten verweigert, weil sie keine ID-Karten hatten
- + alle, die protestierten, wurden festgenommen
- + Leute, die versuchten, heimzugehen oder später auftauchten, wurden auf der Straße angegriffen
- + Leute wurden angegriffen, die versuchten, Festnahmen aufzuzeichnen, ob sie Polizeinummern aufzeichneten oder Fotos machten
- + Nach dem sie Leute verletzt hatten, wurde verhindert, daß die Rettung gerufen
 - + Leute wurden zusammengeschlagen und auf der Straße liegen gelassen
 - + viele Leute wurden verletzt und kamen mit Kopfverletzungen oder gebrochenen Gliedmaßen ins Krankenhaus
 - + falsche Informationen wurden über die Festgehaltenen verbreitet

Viele der Festgenommen und der Verletzten wurden wegen Gewalttätigem Aufruhr angeklagt.

Der Angriff war gut organisiert und vorausgeplant. In dem Gebiet waren bis zu vier grüne Busse mit Anti-Aufstands-Verstärkungsein heiten, Anti-Aufstands-Gefangenentransporter, Transporter, Rettungsfahrzeuge und Feuerwehren. Mile End Road war für die Dauer der Aktion gesperrt und die Polizei säuberte gewalttätig Whitechapel Station, als Leute versuchten, die Gegend zu verlassen.

Die Polizeiaktion ist illegal

Der Eigentümer des Gebäudes besuchte es am Morgen mit der Polizei, aber ohne Besitznachweis, und mußte wieder gehen. Die Polizei hatte ebenso keinen Besitznachweis, folglich war die Räumung illegal.

Verteidigung

Ein Statement von der Mile End 22 Defence Campaign, unmittelbar nach dem Angriff ins Leben gerufen, besagt: "Die Polizeiaktion war offenbar im wesentlichen politisch begründet und hatte zum Ziel, HausbesetzerInnen zu kriminalisieren und sie auf die Straßen zu bringen. Es ist eine deutliche Warnung, was kommen wird, wenn die Rechssprechung gegen HausbesetzerInnen [parlamentarisch] beschlossen wird. Das ist das dritte Mal innerhalb von sechs Monaten, daß die Polizei gewalttätig eine großes HausbesetzerInnenfest zerstört hat. Letztes Jahr wurden ein Fest in Elephant And Castle und eines in der Nähe der Tower Bridge ebenso von der Polizei angegriffen. Es sieht so aus, als würde sich eine Vorgangsweise entwickeln, die das Recht von Personen auf friedliche soziale Veranstaltungen ernsthaft gefährdet."

Ein großes Fest mit einer größeren Anzahl von Leuten und einem höheren Lärmpegel wurde im gleichen Gebiet eine Woche zuvor abgehalten. Die Polizei ließ dieses Fest in Ruhe. Die Mile End 22 Defendance Campaign sucht nach Aussagen von ZeugInnen und/oder Fotos und wird in der nächsten Zeit ein Kampagnentreffen für VerteidigerInnen, ZeugInnen und UnterstützerInnen abhalten.

Zitate

Eine Frau, die im Gebäude war, als die Polizei angriff, sagte: "Sie kamen hereingelaufen und schlugen jedeN, die/der ihnen in den Weg kam. Sie hatten es deutlich auf uns abgesehen."

Ein Mann, der festgenommen wurde, sagte: "Die Polizisten sahen aus, als würden sie es genießen. Sie lachten, als die persönlichen Besitztümer von leuten auf die Straße geworfen wurden."

Es folgen Aufrufe zu ZeugInnenaussagen oder Fotos und eine Kontaktadresse (dieselbe c/o unter TSDC/Trafalgar Square Defendants Campaign, siehe Kontakte) Eine Gruppe von Flüchtlingen wehrt sich seit dem 12. September 1991 gegen die Verlegung nach Greifswald in die ehemalige DDR. Aus verständlichen Gründen — Hoyerswerda war nur die Spitze eines Eisberges an ständiger Bedrohung und körperlichen Angriffen bis hin zum Mord in den "fünf neuen Bundesländern."

Nachdem die Flüchtlinge am 8. Feber in Hungerstreik getreten sind — das letzte Mittel, um ihre Forderungen zu unterstützen — sind sie jetzt jetzt zum wiederholten Mal vertrieben worden: Unter der Drohung einer polizeilichen Räumung haben sie am 19. Feber die Shalomgemeinde in Norderstedt verlassen.

Wir veröffentlichen die Hungerstreikerklärung der Flüchtlinge und die "letzte Erklärung" aus Norderstedt.

ERKLÄRUNG DER FLÜCHT-LINGE AUS NORDERSTEDT VOM 08.02.92

Seit dem 12. Sept. leben wir Flüchtlinge unter schwierigen Umständen in Kirchen. Während dieses 5-monatigen Widerstandes wurden uns Ultimaten gestellt, wurden wir für illegal erklärt, wurde uns mehrere Male mit schneller Abschiebung gedroht.

Außerdem erfuhren wir die Einstellung der humanitären Hilfen, der medizinische Versorgung, der Lebensmittelversorgung, der Telefonmöglichkeit und wir müssen in der Kälte schlafen.

Der Grund, weshalb wir noch immer diese Umstände in der Kirche ertragen müssen, ist, daß wir uns weiterhin wehren, nach Ost-Deutschland geschickt zu werden, nachdem wir Anfang Nov. in Greifswald von "fremdenfeindlichen Fußballfans" angegriffen worden sind. Einige von uns waren bereits in Rostock (MVP [Mecklenburg-Vorpommern, d.Tipper]) und Thüringen angegriffen worden, bevor wir nach Greifswald gehen mußten. Später in der Silvesternacht wurden einige von uns in Schwerin erneut angegriffen.

Was wir in der Shalomkirche erdulden, ist die Strafe für unsere Flucht nach Schleswig-Holstein vor den Gewaltausbrüchen gegen Flüchtlinge. Die Erklärungen verantwortlicher Politiker, die Gewalt sei ein Anzeichen für die Ängste großer Teile der Bevölkerung vor einer Zunahme von Asylsuchenden, ist ein deutliches Zeichen, wie Duldung von Gewalt für ein Verdecken rassistischen Terrors arbeitet. Diese deutsche nationalistische Krankheit, die von Regierenden, als Versuch von ihrer skandalösen Politik abzulenken, gefördert wird, malt ein Bild, als ob Deutschland bevorstünde, von Flüchtlingen "überfallen" oder "überflutet"

zu werden

Bangladesh zB., eines der ärmsten Länder der Welt, nimmt mehr als eine Millionen Flüchtlinge auf. 1991 kamen 250.000 Flüchtlinge nach Deutschland. Ca. 60.000 von ihnen wollen nach dem Krieg in Jugolawien wieder dorthin zurück.

In jenem Bild wird ein Image vorgegeben, in dem wir Flüchtlinge übel, schmutzig, verwerfliche Sündenböcke und Kriminelle sind. Ein Beispiel hierfür findet sich in einer Pressekonferenz, in der Sozialminister Jansen sagt, daß die Flüchtlinge in Norderstedt nicht etwa eine zu bemitleidende Gruppe von Ausländern sei, sondern eine "Power-Gruppe"(vgl. Welt 31.1.92) Die Verurteilung der rassistischen Gewalttäter durch politisch Verantwortliche war nicht unzweideutig, sondern verbunden mit einer Erklärung, daß die Asylgesetze von Flüchtlingen mißbraucht würden.

Während der 5 Monate Widerstand haben wir unter den Auswirkungen der Nazi-Angriffe in der Ex-DDR und dem Druck, den Kirche und Regierung ausüben, gelitten, aber wir ziehen es vor, in Schleswig-Holstein zu leiden.

Es ist kein Vergnügen für uns, in einer Kirche zu leben, und auch hier besteht die Gefahr eines rassistischen und faschistischen Angriffs. Aber der Unterschied ist, daß wir dann nicht allein und isoliert sein werden wie im Osten. Ferner ist Isolation eine Methode, die Asylverfahren verschlechtert. Überall in Deutschland gibt es Rassismus, aber der Grund, warum wir uns hier sicher fühlen ist, daß die Leute seit Jahren mit Ausländerinnen vertraut sind und beschützende und informative Unter-

stützung leisten.

Wir fühlen uns nicht als "andersartig" unter diesen Leuten.

Es gibt auch Menschen, die uns vertreiben wollen. Um Druck auf die Gruppe auszuüben, haben sie verschiedene Waffen benutzt. Ein Beispiel ist, wie eine Gruppe von Flüchtlingen durch andere Flüchtlinge, die von der Kollaboration zwischen Kirche und Regierung geschickt wurden, zu überzeugen versucht wurde, in die Ex-DDR zu gehen. Auch drohen sie mit einer Polizeiräumung, falls wir nicht dort hingehen.

Einige Flüchtlinge konnten den unterschiedlichen Druck nicht aushalten und gingen widerwillig in die Ex-DDR. Einige von ihnen, die dorthin gehen mußten, sind aus Deutschland geflohen. Die Flüchtlinge, die jetzt die Zwangsverteilung nicht akzeptieren, sind diejenigen, die die Einschüchterungen und den Druck noch aushalten können.

Ihre letzte Drohung ist eine schnelle Abschiebung nur für diese spezielle Gruppe in der Kirche. Einige von uns, die in die ExDDR gehen mußten, konnten aus Deutschland fliehen, andere leben wieder in den westlichen Bundesländern, gefährden ihre Asylverfahren und geben wie tausende anderer Flüchtlinge ihren legalen Status auf. Dieses Ergebnis ist das beste Beispiel, welches aufzeigt, was sie mit der letzten Einschüchterung, Schnellverfahren nur für uns, welche bis Ende Februar abgeschlossen sein sollen, beabsichtigen.

Dies ist der letzte Schritt, die letzte Drohung der Regierung, damit wir unsere Forderung, in Schleswig-Holstein zu bleiben, aufgeben. Im Gegensatz zu dem, was Jansen bisher anstrebte, leben wir Familien, die von Greifswald flohen, immer noch in Schleswig-Holstein, ungeachtet allen Druckes und aller Schwierigkeiten. Wir können immer noch nicht das Risiko auf uns nehmen, nach Mecklenburg-Vorpommern zu gehen und wir stellen uns der Drohung beschleunigter Asylverfahren, die bis Ende Februar abgeschlossen sein sollen.

Wir haben keine andere Möglichkeit als einen gemeinsamen und unbegrenzten Hungerstreik. Dies heißt, daß wir Flüchtlinge für unsere natürlichen Menschenrechte nichts mehr einzusetzen haben, außer unsere Körper.

Deshalb sind wir, Einzelpersonen und Eltern, heute um 10.00 Uhr in den Hungerstreik getreten.

Mit Ausnahme der, aufgrund der schwierigen Bedingungen und der Kälte während dieser fünf Monate Widerstandes, erkrankten Flüchtlinge.

Wir fordern hiermit:
DAS RECHT IN SCHLESWIG-HOLSTEIN ZU BLEIBEN
STOPPT DAS UNFAIRE ASYLSCHNELLVERFAHREN
STOPPT DIE ABSCHIEBUNG IN DIE
HERKUNFTSLÄNDER

Die Geschichte der Flüchtlinge in Norderstedt:

Einmal Greifswald und zurück

(TATblatt-Wien)

Ebenso wie in Österreich sind AsylwerberInnen in der BRD mit einer Reihe von Beschränkungen ihrer Lebensverhältnisse konfrontiert. Eine davon ist die Beschränkung der Freiheit der Wahl des Wohnortes. Etwa 70 Personen verschiedener Nationalitäten wehren sich seit Monaten gemeinsam gegen die Verlegung nach Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern. Angesichts der rassistischen Übergriffe im Gebiet der Ex-DDR mehr als verständlich: Rund 8.000 Flüchtlinge sind bis November 1991 vor dieser bedrohlichen Situation aus den ostdeutschen Notunterkünften in die westlichen Bundesländer oder sogar ins Ausland geflohen. (Womit nicht gesagt sein soll, daß Menschen mit dunkler Hautfarbe und/oder anderer Sprache im restlichen Gebiet der BRD sich absolut sicher fühlen können.)

Am 12. September besetzte diese Gruppe von Flüchtlingen die St. Anschar Kirche in Neumünster in Schleswig-Holstein. Auf den Zwang von Bund, Land und Kirche hin und unter Androhung einer polizeilichen Räumung übersiedelten die Flüchtlinge am 28. Oktober nach Greifswald — gegen ihren Willen: "Bevor es nach Greifswald ging, erklärten wir Flüchtlinge, daß wir gezwungen worden sind, uns in Gefahr zu begeben ... Denn wir wußten auch, daß in der Ex-DDR jede Stadt ein Beispiel für Hoyerswerda sein konnte, eine Tragödie verursacht durch die Politik der Regierung." Bereits vorher war

es in Greifswald wiederholt zu brutalen Angriffen gegen Menschen aus anderen Ländern und deren Strukturen gekommen.

Fünf Tage später, am 3. November, wird der Alptraum Wirklichkeit: "Zuerst wurden wir von einem Mob von etwa 150 Faschisten angegriffen. Sie warfen Steine und schossen mit Gaspistolen und Leuchtkugeln. Zu diesem Zeitpunkt war keine Polizei da, um uns zu schützen. Sie traf erst eine halbe Stunde später vor dem Haus ein. Später gab es einen zweiten angriff, bei dem sich ca. 100 Faschisten beteiligten. Der erste Angriff passierte so schnell, daß wir die Tür nicht richtig verschließen konnten. Wir mußten uns mit unseren Körpern gegen die Tür werfen, um den rasenden Mob daran zu hindern, sie zu durchbrechen."

Ein von UnterstützerInnen organisierter Hilfskonvoi brachte die Flüchtlinge schließlich wieder zurück nach Schleswig-Holstein-Während die St. Anschar Kirche sich weigerte, die Flüchtlinge wieder aufzunehmen, kamen die Flüchtlinge im Gemeindezentrum Shalom in Norderstedt unter. Auch dort begann bald der Druck auf die UnterstützerInnen, der sich zunächst darauf richtete, die Flüchtlinge von ihren Unterstütze-

rInnen zu isolieren: Maximal 10 Personen "aus dem Kreis der UnterstützerIn nen" sollten sich im Kirchengebäude aufhalten dürfen, Telefonieren und Betreten von Nebenräum en sollte untersagt sein.

Auch in Norderstedt hat sich die Situation für die Flüchtlinge weiter verschärft, haben sich die Schreibtisch

hengste immer neue Vorgangsweisen einfallen lassen, um die Flüchtlinge zu kriminalisieren und ihnen die Lebensgrundlage zu entziehen. Grund dafür ist wohl vor allem die Haltung der Flüchtlinge, sich nicht unter die Regierungspolitik unterzuordnen, sondern für ein menschengerechtes Leben zu kämpfen. So produzierte die Gruppe in Norderstedt gemeinsam mit den Flüchtlingen, die das mathematische Institut der TU Berlin besetzt halten, und Flüchtlingen aus Schwalbach in Hessen und anderen Städten

Die letzte Erklärung aus der Shalomgemeinde in Norderstedt vom 19.2.92

Wir, die sich seit dem 8.2.92 im Hungerstreik befindenden Flüchtlinge in Norderstedt, haben am 17.2. ein Ultimatum von dem Kirchenvorstand der Shalomgemeinde erhalten. Durch dieses Ultimatum wurde uns ein Kirchenhaus in Schleswig-Holstein mit einer Zeitbegrenzung bis Ende des Verwaltungsverfahrens angeboten. Außerdem wurden einige Bedingungen wie: "UnterstützerInnen werden im Haus nicht geduldet" gestellt. Wir wurden bedroht, sofern wir dem Ultimatum nicht nachkämen, würde Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch gegen uns gestellt. Daraufhin haben wir unsere Forderung, "Bleiberecht in Schleswig Holstein bis Ende unseres Asylverfahrens' wiederholt, und gleichzeitig unsere Bereitschaft erklärt, zu diesem Haus umzuziehen, wenn die Kirche die Zeitfrist, unserer Forderung entsprechend, ändert und unser Recht auf selbstbestimmte Kontakte zu unseren UnterstützerInnen akzeptiert. Der Kirchenvorstand hat unsere Bedingungen bezüglich ihres Ultimatums abgelehnt.

Nach Ablauf der Frist hat die Kirche gegen uns Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch gestellt und damit die polizeiliche Räumung eingeleitet. In den kommenden Stunden hat das Innenministerium erklärt, daß die Flüchtlinge unverzüglich und ausschließlich an den ihnen ursprünglich zugewiesenen Ort, also nach Mecklenburg-Vorpommern gebracht werden.

Wiederholt zeigt dies deutlich, wie Kirche und Staat gegen Flüchtlinge Hand in Hand arbeiten. Durch dieses Vorgehen wurde uns Flüchtlingen die letzte Möglichkeit gemeinsamen Widerstandes, des Hungerstreiks in der Shalom-Kirche genommen.

Wir wollen unser Schicksal und unsere Zukunft nicht durch die Polizei bestimmen lassen. Wir wollen selbst bestimmen. Darum haben wir die Kirche verlassen.

Von nun an werden wir als einzelne in Schleswig-Holstein bleiben und den Kampf für unsere Forderungen, soweit möglich, fortsetzen.

SPD-BÜRO IN RENDBURG BESETZT

Wir haben heute am Donnerstag, den 13.2.92 um 15 Uhr das Parteibüro der SPD in Rendburg besetzt. Anlaß ist der seit dem 08.02.92 andauernde Hungerstreik der Flüchtlinge in Norderstedt.

Die Situation der hier lebenden Flüchtlinge ist unerträglich geworden. Faschistische Überfälle sind an der Tagesordnung. Unterstützt wird das ganze durch eine rassistische Politik der hier in Schleswig-Holstein herrschenden Regierungspartei.

Wir fordern:

- Bleiberecht in Schleswig - Holstein!

Keine Zwangsverteilung in die EX-DDR!

- Sofortige Aufnahmegarantie für alle Flüchtlinge, die vor rassistischen Angriffen geflohen sind!

- Freie Wahl des Aufenthaltortes!

Keine Abschiebungen!

Wir werden uns jetzt der Karavane von tausenden von Flüchtlingen anschließen, die nach ihrer Zwangsverteilung in die Ex-DDR, aufgrund der dortigen Bedingungen fliehen und in den alten Bundesländern, beispielsweise Schleswig-Holstein, leben.

Viele von uns Norderstedtern Flüchtlingen haben jetzt Anhörungsverfahren bekommen. Wir werden unseren Asylverfahren folgen und uns für die Anerkennung unseres Asylgesuches bemühen, so wie wir es immer wieder gesagt haben.

eine gemeinsame Erklärung zur Flüchtlingspolitik der Regierung.

Am 8. Feber traten die Flüchtlinge in der Shalomkirche in Hungerstreik, um sich gegen die Durchführung von Schnellverfahren zu wehren, die eine schnelle Abschiebung der Flüchtlinge ermöglichen sollten. Der Hungerstreik wurde mit einer Reihe von Aktionen unterstützt:

Am 11. Feber fand eine Solidaritätsdemonstration in Hamburg mit 150 Personen statt.

Am 12. Feber wurde Björn Engholm, seines Zeichens Ministerpräsident von Schleswig-Holstein und Kanzlerkandidat der SPD, auf einer Wahlkampfveranstaltung in Rendsburg ziemlich ins Schwitzen gebracht. Rund vierzig Leute attackierten Engholm mit Fragen zur Flüchtlingspolitik, ein Transparent der UnterstützerInnen trug zur Verschönerung des Veranstaltungsraumes bei.

Tags darauf, am 13. Feber, wurde das Rendsburger SPD-Büro für rund drei Stunden besetzt. Beim Erscheinen der Polizei zogen die BesetzerInnen ab. In Kiel wurde vor den Kieler Nachrichten wegen eines rassistischen Artikels, den diese veröffentlicht hatten, eine Flugblattaktion durchgeführt. In weiterer Folge wurde die "Killer Nachrichten" produziert und ua. am 15. Feber bei einer SPD-Wahlkampfveranstaltung verteilt

Am gleichen Tag wurde in Rendsburg eine Spontankundgebung abgehalten und in Hamburg eine Solidemo mit rund 30 Beteiligten durchgeführt.

Am 15. Feber demonstrierten in Hannover 250 bis 300 Personen und in Braunschweig 60 bis 70. Auch für Trier wurde eine Demonstration angekündigt.

Zwar hat das pseudolinke Yuppieblättchen taz am 14. Februar einen Artikel lanciert: "Shalom: Kiel lenkt ein." Leider ist dieser Text eine Riesenente. Wie in der Erklärung vom 19. Feber dokumentiert, ist für die Flüchtlinge die Zeit mittlerweile auch in der Shalomgemeinde in Norderstedt abgelaufen. Die Flüchtlinge befinden sich zwar vorerst "in Sicherheit", wie es eine Unterstützerin formulierte. Die Tatsache, daß Flüchtlinge Vorladungen zu Anhörungen in Schleswig-Holstein bekommen haben, läßt auch darauf schließen, daß die Behörden ein weiteres Verbleiben der Flüchtlinge in Schleswig-Holstein akzeptieren. (Damit

die ihre Kontrolle wiedergewinnen und/oder beweisen können, haben sie übrigens für 2. und 30. [oder 3.?] März 1992 eine Flüchtlingszählung für das Land Schleswig-Holstein angesetzt.) Andererseits bedeutet die Aufgabe der großen Gruppe - zumindest vorläufig und gegenüber Öffentlichkeit und Behörden - einen Verlust an Widerstandsfähigkeit. Es birgt die Gefahr, daß Flüchtlinge einzeln abgeschoben werden und am allermeisten für die, die den Widerstand organisiert und getragen haben. Und es bedeutet einen Verlust an Zugänglichkeit für die UnterstützerInnen, vielleicht aber auch einen Schritt raus aus dem Ghetto. Wie die Situation allerdings jetzt konkret aussieht, ist für uns als TATblatt-Wien nur sehr schwer einzuschätzen. Mehr darüber (vielleicht) im nächsten Tb.●

Die Liste der Solidaritätsaktionen ist aus technischen Gründen eventuell unvollständig. Alle Zitate sind — soweit nicht anders angegeben — aus Erklärungen der Flüchtlingsgruppe entnommen.

Nähere Infos bei Infoburo Neumünster, Tel. 060/4321/45927 von 10.00 bis 22.00 Uhr

BRD:

Asylrecht in Gefahr

Langsam wird das gesamte Ausmaß der Pläne deutlich, mit denen das Recht auf politisches Asyl (Artikel 16 Grundgesetz) ausgehebelt werden soll. Neben dem Referentenentwurf zur Ratifikation des Schengener Abkommens vom 25. November 1991 (im folgenden bezeichnet als AsylVerfGE-a) liegt ein den Fraktionen des Bundestages (BRD-Parlament) zugestelltes "Arbeitspapier" des Bundesinnenministeriums zur Neuregelung des Asylverfahrens vom 30. November 1991 (AsylVerfGE-b) vor. Eine Gesamtschau der beiden Entwürfe enthüllt die Konturen des Vorhabens, das Recht auf politisches Asyl (Artikel 16 Grundgesetz) ohne eine formelle Grundgesetzänderung beispiellos zu begrenzen.

(Humanistische Union)

Die Entwürfe enthalten folgende kritische Punkte:

Grenzbeamte als Asylrichter: Asyl nur noch bei Direktflügen?

Bereits an der Grenze ist "dem Ausländer" die Einreise zu verweigern, wenn "offensichtlich ist, daß er bereits in einem anderen Staat vor politischer Verfolgung sicher war" (§ 20 AsylVerfGE-b). Wann dies der Fall ist, regelt das "Schengen"-Gesetz: "Ist ein Ausländer in den Geltungsbereich über einen Staat eingereist, der aufgrund völkerrechtlicher Verträge für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist, war er dort vor Verfolgung sicher" (§ 2 Abs. 1a AsylVerfGE-a).

Dies bedeutet — wie in der Begründung dargelegt wird, daß hiermit die Voraussetzung geschaffen wird, Asylbegehrende an ein anderes Land zu überstellen, "wenn der Ausländer mit diesem Staat bereits Gebietskontakt hatte, unabhängig von der Art und Dauer des Gebietskontaktes." Ausdrücklich verweisen die Verfasser darauf, daß diese Regelungen weitaus restriktiver

sind als die bisherige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts, die neben dem Gebietskontakt zusätzlich eine Fluchtbeendigung im sicheren Drittstaat fordert (also z.B. Existenzgründungsversuch, Wohnraumbeschaffung auf Dauer, Asylantragsstellung). Nach der neuen Regelung werden schon ein Zwischenstopp mit dem Flugzeug in Mailand oder die bloße Durchquerung Polens mit dem PKW oder Zug für eine Abschiebung von Asylsuchenden ausreichend sein. Betroffen hiervon wären auch diejenigen Asylsuchenden, die mit einem gültigen Visum in die Bundesrepublik einreisen und anschließend Asyl begehren.

Aus der Begründung des Entwurfs wird deutlich, daß sich die Regelung nicht auf die EG-Mitgliedsstaaten beschränken soll, die das sog. "Schengener Übereinkommen" unterschrieben haben, sondern sämtliche Staaten, mit denen Zuständigkeitsregelungen über Asylverfahren getroffen wurden und die die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet haben. Entsprechende Abkommen werden insbesondere mit Polen und der CSFR angestrebt. Von dieser Neuregelung würden unter vorsichtigen Annahmen aufgrund der geographischen Lage

Deutschlands mehr als 90 % der Asylsuchenden betroffen sein. Für diese Menschen würde die Garantie des Art. 16 Abs. 2 GG unterlaufen.

Datenerhebung auch bei ausländischen Behörden

Nach § 7 AsylVerfGE-b sollen in Zukunft über AsylbewerberInnen auch Daten ohne Mitwirkung des Betroffenen auch bei ausländischen Behörden und nichtöffentlichen Stellen erhoben werden, wenn zB. die Mitarbeit des Betroffenen "nicht ausreicht" oder einen "unverhältnismäßigen Aufwand erfordern würde" oder "die zu erfüllende Aufgabe ihrer Art nach" eine solche Art der Erhebung erforderlich macht. Damit wäre auch eine Datenerhebung bei Staaten möglich, aus denen der Asylbewerber geflohen ist. Durch die Erhebung würde diesen Staaten auch offenbart, daß der Betroffene in Deutschland um Asyl nachgesucht hat.

Lückenlose ED-Behandlung

Mit dem Gesetzentwurf soll nachträglich eine gesetzliche Basis für die lückenlose er-

kennungsdienstliche Behandlung von Asylsuchenden geschaffen werden. Bereits heute werden in vielen Bundesländern — unter Verstoß gegen das geltende Recht — sämtliche Antragsteller erfaßt. Wer erkennungsdienstliche Maßnahmen nicht duldet, soll gem. § 87 Abs.1 mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr bestraft werden. Neben der Identitätsfeststellung sollen die ED-Unterlagen auch für polizeiliche Zwecke, d.h. für die Strafverfolgung und auch für die Gefahrenabwehr genutzt werden dürfen (§ 15 AsylVerfGE-b).

Sammellager

Die ersten drei Monate haben die Asylsuchenden in "Erstaufnahmeeinrichtun-

gen" zu verbringen (§ 50 AsylVerfGE-b). Danach sollen sie "in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden" (§ 55 AsylVerfGE-b). Selbst wenn Asylsuchende selbst eine anderweitige Wohnung nachweisen können, müssen sie — bis zur Anerkennung als Flüchtling oder bis zur Abschiebung — dort wohnen bleiben.

Haft

Sofern sich Asylsuchende nicht in den Sammellagern aufhalten, sollen sie gem. § 69 AsylVerfGE-b in Haft genommen werden. Ferner können sie bei ungeklärter Identität (dies gilt nach heutiger Praxis nahezu für sämtliche Asylsuchende) durch

richterliche Anordnung bis jeweils zu drei Monaten in Haft genommen werden. Das Ausländergesetz soll um weitere Haftgründe erweitert werden.

Ausschluss des Widerspruchs und Rechtswegverkürzung

Nach § 11 AsylVerfGE-b findet "gegen Maßnahmen und Entscheidungen nach diesem Gesetz … kein Widerspruch statt." Darüber hinaus soll der Rechtsweg weiter eingeschränkt werden: Über Klagen gegen ablehnende Entscheidungen soll künftig in der Regel und als einzige Instanz einE EinzelrichterIn entscheiden. Nur Einzelfällen von grundsätzlicher Bedeutung oder besonderer Schwierigkeit kann einE EinzelrichterIn der Kammer zur

Entscheidung vorlegen (§ 81 AsylVerfGE-

Durch in der Regel auf eine Woche beschränkte Klagefristen gegen ausländerrechtliche Entscheidungen (§ 79 Abs. 1 AsylVerfGE-b) sind sorgfältig begründete Klagen der Betroffenen faktisch nicht mehr möglich.

Im Ergebnis bedeutet dies, daß Asylsuchende weniger rechtliche Möglichkeiten haben, Behördenentscheidungen überprüfen zu lassen, als jedeR ParksünderIn.

Versuch einer Einschätzung

Beide Entwürfe — "Schengen"-Gesetz und "Arbeitspapier" — ergänzen sich in dem Bemühen, dem Asylsuchenden immer neue Hürden entgegenzuhalten und so den Flüchtlingsstrom um die deutschen Landesgrenzen herumzuleiten. Es handelt sich bei den Gesetzentwürfen um mehr als die bisherigen wenig durchdachten öffentlichen Äußerungen einiger UnionspolitikerInnen.

Mit den Gesetzesinitiativen soll der Kompromiß der Regierungsparteien mit der SPD umgesetzt werden. Deutlich wird dabei das Bemühen, unterhalb einer Änderung des Grundgesetzes das Asylrecht so auszuhöhlen, daß es praktisch von den Asylsuchenden nicht mehr in Anspruch genommen werden kann. Es sind Zweifel Verfassungsmäßigkeit des Vorhabens angebracht, da die beabsichtigten Rechtsänderungen das Grundrecht auf Asyl in seinem Kern tangieren.

Hamburg, am 8. Januar 1992. Bis auf die Einführung geschlechtsneutraler Formen weitgehend unverändert übernommen.

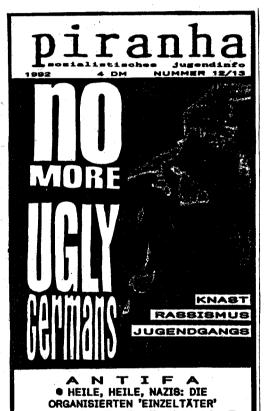
EG-Kommissar fordert Einschränkung des BRD-Asylrechts

(rbi)

Wenn die Bundesrepublik das Schengener Abkommen erfüllen wolle, ist nach Meinung der Brüsseler EG-Kommission eine "Konkretisierung des Grundgesetzes" fällig. Dies sagte Manfred Brunner, Kabinettschef des für den Binnenmarkt zuständigen EG-Kommissars Martin Bangemann, am Donnerstag. Brunner weiter: "Deutschland darf nicht zum hinkenden Mitglied des Schengener Abkommens werden." Das Schengener Abkommen sieht die Aufhebung der Personenkontrollen an den Binnengrenzen der Vertragsstaaten vor. Neben Deutschland haben die Benelux-Länder, Frankreich, Italien, Spanien und Portugal das Abkommen unterzeichnet. In der Bundesrepublik muß es noch vom Bundestag ratifiziert werden.

Kern des Schengener Abkommens ist, so Brunner, daß die Unterzeichnerstaaten Entscheidungen über Asylanträge eines anderen Landes gegenseitig anerkennen. So müsse zum Beispiel Frankreich im grenzenlosen Binnen-

markt sicher sein, daß von ihm abgelehnte Asylbewerber nicht über den Umweg über andere EG-Länder wieder ins Land einreisten. Sonst könnten die Franzosen "schlimmstenfalls" ihre Schlagbäume zum Start des Binnenmarktes am 1. Januar 1993 nicht öffnen und weiterhin Personen kontrollieren. Erhebe ein Land Bedenken gegen die Asyl-Entscheidungen der anderen, in dem es selbst noch einmal alle Asylanträge prüfe, werde das gesamte Abkommen ausgehöhlt. "Wenn sich der Bundestag nicht aufrafft, kann der weitere Abbau der Binnengrenzen zum Problem werden," sagte Brunner. Und damit sei ein zentraler Punkt bei der Schaffung des EG-Binnenmarktprogrammes in Gefahr. In dieser "eigentlich technischen", moralisch aber heiklen Frage, steht nach Ansicht des Kabinettschefs auch die Glaubwürdigkeit der Deutschen in der EG auf dem Spiel. Die Diskussion der Asylfrage in der Bundesrepublik habe in Brüssel bereits "Verwunderung"hervorgerufen.



SS

I S

DEUTSCHLAND, VERFOLGENDE

unschuld • Flüchtlinge Leisten

WIDERSTAND . HETZTIRADEN EINES

SCHULLEITERS • KUBANERINNEN &

MOGAMBIKANERINNEN IN DER DDR

EXAMPLE 2018 • ZUM BÜRGERKRIEG IN JUGOSLAWIEN

KNAST: NEONAZIS MACHEN DRUCK JUGENDGANGS: MYTHOS &

REALITÄT EINES ALLERWELTFÄNOMENS

DDR: GEDANKEN ZU 'DIE TAGE IN L

SOZIALISTISCHES JUGENDINFO

PIRANHA TAUCHT 2-3 MONATLICH AUF. NR. 12/13 FÜR 4 DM (FAST) NUR BEI

PIRANHA, KAROLINENSTR.21, 2 HH 36

an • Haus 3 in Straubing • Knastalitag

● Hoyerswerda ist überali in der BRD

FAP & NF in der DDR • Rassismus sozial

Gleichsetzung von Jugendgangs und Naziskins ● B.g.A ● Fußballgewalt

abgesicherter Jugendlicher ~_ 8/9 (4 DM): ● Gegen die

ERHALTLICH:

1 1 (3 DM): Knast geht jedeN

10 (3 DM): Antifașist Gençlik (

FLAGGEN

Was hat's gebracht?

Österreichische Kraftwerke im Trikont

(ein Autor des Buches)

In unregelmäßigen Abständen rütteln radikale Analysen und aufsehenerregende Pamphlete die träge Öffentlichkeit auf. Die wenig frohe Botschaft: österreichische Firmen, Banken und sonstige heimische Agenten des Kapitalismus sind an ...(Bezeichnung der Sauerei) beteiligt.

Im Sommer 1991 erschien eine Untersuchung über österreichische Firmen im internationalen Kraftwerksbau, die zu dem

Schluß kam, daß es eine große Zahl an Projekten gibt, die zu Massenvert reibungen und riesigen ökologischen Zerstörung

Literatur: M. Frimmel/H. Haberl/A. Wiederstein: Katastrophen Hilfe. Österreichische Kraftwerke in der Dritten Welt, Edition ÖH, Wien 1991

en führ(t)en. Besonders katastrophale Beispiele sind Staudämme in Türkisch-Kurdistan, Indonesien, Philippinen, Thailand, Zimbabwe und Zambia, Brasilien oder Kolumbien, sowie AKWs in Brasilien und Argentinien.

Nach kurzer Zeit breitet sich wieder der Mantel des Vergessens über das Thema. Dies soll ein Versuch sein, die Bedingungen und Erfolge einer Wissenschaft gegen das ökonomische Establishment zu besprechen.

1989 ging ein ökobewegter Autor daran, Licht ins Dunkel der Machenschaften der Kraftwerksmafia in Afrika, Asien und Lateinamerika zu bringen. Es folgten zwei Jahre mühsame Arbeit in Bibliotheken über der Lektüre von so ansprechenden Zeitschriften wie Bank & Börse, Internationale Wirtschaft und Maschinen & Stahlbau. Außerdem wurden Kontakte zu verschiedenen Umwelt- und Aktionsgruppen in den betroffenen Ländern geknüpft. Nach diesen Vorarbeiten stellte sich unvermeidlich die Frage der Verwertung.

Grundsätzlich wären zwei Möglichkeiten offen gewesen: Selbstverlag auf eigene Kosten, aber ohne Selbstzensur, oder die Suche nach potentiellen Teilfinanzierern, die auch für die Veröffentlichung sorgen würden.

Letztlich wurde das Buch in einem Verlag mit 2.500 Auflage veröffentlicht.

Die Schere im Kopf

Mit der (geringen) Finanzierung durch reformistische Gruppen hat die Qualität der Analyse nicht gelitten. Es konnte alles gebracht werden, ohne Einschränkungen. Eine teilfinanzierende Gruppe verweigerte aber die Unterschrift unter die harmlose Forderung nach einer Umweltverträglichkeitsprüfung, um von ihrem Wirtschaftsflügel nicht mit Frontalangriffen auf einen ganzen Wirtschaftszweig in Verbindung gebracht zu werden.

Die Selbstzensur setzt in diesem Buch an, wenn es um die Legitimität radikalen Widerstands geht. Ein Beispiel ist die Erschießung von zwei Elin-Technikern auf einer Baustelle in den Philippinen, nachdem die Bevölkerung jahrelang durch Todesschwadronen gequält worden war. Es hätte wohl den Konsens aller beteiligten Organi-

> sationen ges p r e n g t, wenn die Frage über die Legitimität dieses Anschlags das einzige (!) Beispiel eines Rück-

zugs von einem beschlossenen oder laufenden Projekt unter insgesamt 250 — offen diskutiert worden wäre.

Selbstzensur ist auch, daß die Frage von illegalen Widerstandsmaßnahmen in Österreich nicht diskutiert werden konnte. Die "Lösungsmöglichkeit" Umweltverträglichkeitsprüfung ist ein Tribut an diese Verleugnung radikaler Widerstandsmöglichkeiten. Die UVP ist nur ein zahnloses, bürokratisches, staatliches Verfahren zur Kanalisierung von Protest, aber welche Auswege hätte es bei dieser selbstzensierten Sicht sonst noch gegeben?

Die heimische Verlagslandschaft

Möglicherweise ist bekannt, daß der österreichische Buchmarkt zu über 90% von deutschen Verlagen bestritten wird. Die österreichischen Verlage grundeln ständig knapp am Überleben dahin, sind jedoch meistens nicht einmal in der Lage ein Honorar zu zahlen. Darüberhinaus verlangen viele eine Verlust-Gewinn-Beteiligung um ihr Risiko auf die AutorInnen überzuwälzen.

"Kraftwerke..." wäre beinahe das erste TATblatt-Buch geworden, wenn nicht die Edition ÖH eine für österreichische Verhältnisse riesige Auflage von 2.500 Stück gedruckt hätte, und das noch mit Honorar. Das wäre weder für das TATblatt, noch für einen Autor finanzierbar gewesen. Wahrscheinlich hätte sich die überwiegende Selbstausbeutung von zwei Jahren noch weiter fortgesetzt durch eine selbstfinanzierte Auflage im Selbstvertrieb.

Erfolg oder Mißerfolg — das ist hier die Frage

Zweifellos konnte das Buch einigen Staub aufwirbeln. Die Reaktionen gingen

von öffentlichen Gegen-Stellungnahmen (Verbund-Plan, Elin, Finanzministerium) bis zu eisigem Schweigen (Banken, Vöest, Voith, etc.) und erreichte die entwicklungspolitische Diskussion in der Uni und in parlamentarischen Ausschüssen.

Zudem gibt es nun funktionierende Verbindungen zu vielen Gruppen in Asien und Lateinamerika, die gegen solche Projekte kämpfen.

Was damit leider nicht erreicht wurde, ist entschlossener Widerstand gemessen an Taten. Nach einem unverbindlich-liberalen Geplänkel Mitte 1991 zwischen diversen Umwelt- und Entwicklungsgruppen und der Industrie versank das Thema wieder im Nichts. Mittlerweile baut die Kraftwerkslobby in Argentinien, Thailand und sonstwo unbehindert weiter.

Immer gegen alles sein?

Kraftwerke in Asien, Afrika und Lateinamerika sind sicher nur ein enger Teilbereich des "allgemeinen Ganzen". Allerdings werden in diesem Teilbereich Dinge transparent, die vielleicht abstrakt nicht vermittelbar sind. Die in diesem Geschäft tätigen Firmen, Banken und Behörden machen locker die Hälfte der österreichischen Wirtschaft aus: es sind die Branchen E-Wirtschaft, Bau, Maschinenbau, Elektro und Kreditwesen (Banken). Der Kampf gegen solche Projekte wäre zugleich einer gegen Ausplünderung durch Banken (Kreditwucher, u.a.), gegen Autobahnbau (z.b. Universale, Porr), gegen die andauernde Beteiligung an Atomprojekten (Doka, Andritz, Vöest, u.a.) oder gegen Immobilienspekulation. Diese übergreifende Perspektive wird in Österreich weitgehend verweigert und totgeschwiegen.

Diese Verweigerung ist tragisch. Das österreichische Establishment hat immer relativ flexibel auf Kritik reagiert, die an der Kippe zur Militanz gestanden ist. Vielleicht ist die totale Rechtsgläubigkeit der sozial und ökologisch aktiven Gruppen auch darauf zurückzuführen, daß die Regierung in kritischen Momenten in der Umweltpolitik immer einen Rückzieher gemacht hat.Die Verhinderung von Zwentendorf und der Stop von Hainburg brachten immer sogenannte "Verhandlungslösungen", die scheinbar stets eine Bestätigung reformistischer Konzepte waren; auch wenn dann einige Jahre später mit lautem Propagandagetöse der Wirtschaft die erkämpften Erfolge von Hainburg durch eine Abstimmung (Staustufe Wien) zunichte gemacht wur-

"Kraftwerke..." birgt aber noch ein weiteres Sprengmittel in sich: den Abschied vom Mythos der Mehrheit des Volkes. Der Mehrheit des österreichischen Volkes sind

Kraftwerke, die den "Tschuschen und Buschnegern" in die Felder und Wälder gebaut werden, vollkommen egal. Damit befinden sie sich in trauter Gemeinschaft mit den Industriebossen und Bankern aller Industrieländer, sowie den offiziellen Gewerkschaften. Der Elin-Betriebsrat war bis heute zu keiner Stellungnahme zu den Ermordungen von Philippinos auf der Baustelle von Agus fähig. Und auch die jüngste Sauerei mit Vöest/Elin-Beteiligung, das Kraftwerk Pak Mun in Thailand, bei dem wieder einmal 20.000 Menschen von einer Militärdiktatur vertrieben werden, wird mit dem vollen Konsens der Belegschaft gebaut.

Zu neuen Ufern

Das Buch war notwendig, dazu steht der Autor dieser Zeilen auch heute noch. Es ist damit auf Dauer gelungen, die offizielle Propaganda der Wirtschaft und der staatlichen "Entwicklungshelfer" (Finanz-, Außenministerium) zu lähmen. Der bisherige Anspruch des offiziellen Österreich, daß "wir" der Welt und speziell den Armen ohnehin nur Gutes tun, ist damit zerstört. Und es war in dieser Form notwendig, damit die Inhalte aus dem erlauchten linksradikalen Kreis von 100 selbstgefertigten Fotokopien hinausdringen.

Das kann aber nicht alles gewesen sein. Ich schließe mich der grundsätzlichen Kritik an, daß eine noch so radikale Wissenschaft ohne Handlungsperspektive letztlich zum folgenlosen Konsum von "Geschichten" verkommt. Und die Handlungsperspektive schließt nun einmal Methoden ein, die die Risiken des Widerstands nicht einfach den direkt Betroffenen überläßt. Alles andere

Die Exportfinanzierung fließt wieder

(Tatblatt-Wien)

Ein erheblicher Teil österreichischer Exporte, besonders im internationalen Anlagenbau, ist ohne geförderte Kredite nicht denkbar. Diese Kredite werden durch die staatliche Exportförderung subventioniert, d.h. daß das Finanzministerium einen Teil der Zinsen zahlt. Von einem China-Kredit der Republik Österreich, der von Banken (CA, Länderbank, Schöllerbank, RZB) mit 6% jährlich verzinst wurde, zahlte China jedoch nur 4,5%. Die Banken kassieren die vollen Zinsen. Die Differenz kommt aus dem Bundesbudget.

Gleichzeitig werden die Kredite auch noch staatlich durch die Kontrollbank abgesichert, sodaß bei einer Pleite eines Schuldnerlandes erneut der Staat zahlt. Die Kontrollbank ist so konstruiert, daß die Republik Österreich zwar nur 51% der Aktien hält (Rest: Großbanken), aber zu 100% haftet. Das Risiko der Banken und der Firmen

ist gleich Null.

1991 kam es zur größten Krise dieser Entwicklung in der gesamten Nachkriegsgeschichte. Das Finanzministerium weigerte sich weiteren Garantien durch die Kontrollbank zuzustimmen und die Großunternehmen, die Turbinen, Stahlwerke u.a. Großanlagen exportieren, heulten auf. In der Vergangenheit waren aus der Exportförderung nicht nur Kraftwerke, Stahlwerke, Papierfabriken oder Chemieanlagen finanziert worden, sondern auch die Panzerexporte der Steyr nach Bolivien und Argentinien. Die Andritz, deren Mehrheiteigentümer indirekt die deutsche BHF-Bank ist, wich auf die deutsche Exportförderung aus. Die Vöest aber drohte bei einem weiteren Ausbleiben der österreichischen Exportförderung mit dem Abbau von Kapazitäten in Österreich und der Verlagerung der Produktion nach Deutschland, Spanien und Frankreich. Das Wirtschaftsministerium und die Bundeswirtschaftskammer machten gehörig Druck. Im Dezember 1991 gingen Vertreter der Anlagenbaufirmen persönlich ins Finanzministerium und präsentierten bei dieser Gelegenheit gleich eine Studie des Wirtschaftsforschungsinsti tutes WIFO, die ihnen eine "überdurchschnittliche volkswirtschaftliche Bedeutung" bestätigte, weil sie eine überdurchschnittliche Wertschöpfung pro Angestelltem, überdurchschnittliche Gehälter und Bildung hätten. Deswegen hätten die Unternehmen auch alle Rechte auf jede Menge staatlicher Subventionierung.

Das Finanzministerium ging in die Knie, wie auch schon gegenüber der Autobahnlobby (außerbudgetäre Sonderfinanzierung), die zum Teil mit der Anlagenbaulobby ident ist. Die So-

zialpartner, Ministerien, Kontrollbank, Nationalbank und die Industrie einigten sich auf zukünftige Schwerpunktländer, die sich wie ein "who is who" der Entwicklungsdiktaturen ("Entwicklung" bezieht sich da wohl vor allem auf die Möglichkeiten der KapitalanlegerInnen, oder ? Anm.Sezzer) lesen: Indonesien, Malaysia, Thailand, Türkei, China, Tunesien, Simbabwe und Chile. Diese Länder werden in Zukunft mit Superzinsen - z.B. China mit 4,5% pro Jahr und Indonesien mit 3,5% - bedient werden.

Die Einigung auf Schwerpunktländer hielt aber die Vöest nicht davon ab, im Dezember 1991 gleich einmal im Iran und in der ehemaligen Sowjetunion mit Aufträgen über je 1 Milliarde öS zuzulangen. Der Besuch von A. Mock in Indonesien in der Woche vom 10 bis 14 Februar 1992 stand denn auch ganz im Zeichen der Anbiederung an den indonesischen Diktator Suharto für bessere Wirtschaftsbeziehungen. Das WIFO schob am 11.2. noch eine Studie über die Chancen österreichischer Unternehmen in Indonesien nach.

Dies geschieht zu einem Zeitpunkt, als die Niederlande, Dänemark und Kanada ihre Zahlungen an Indonesien eingestellt haben, und auch der US-Kongreß Druck auf Präsident Bush ausübt. Dieser Boykott richtet sich gegen das Massaker der indonesischen Armee im seit 1975 besetzten Osttimor. Am 12 November hatte die Armee den Begräbniszug für einen ermordeten Osttimoresen, der zugleich auch eine Unabhängigkeitsdemonstrati on war, angegriffen und wahllos in die Menge geschossen.

Die sonst so anonyme "österreichische Wirtschaft", die immer auf mehr Gewinn aus Diktaturen wie Indonesien drängt, im vollen Licht (ein Lob der bürokratischen Genauigkeit der Bundeswirtschaftskammer, die für die Vollständigkeit bürgt):

Alpen Consult
Andritz
Austrian Industries (Elin, Vöest, SGP, VEW, Vogelbusch)
Biochemie
Chemie Linz bzw. chemserv
(Tochterfirma)
Emco Maier
FMW
Franz Haas
Fritsch-Chiari, Vienna Consulting Engineers
GFM — Gesellschaft für Fertigungstechnik und Machinenbau

Ges.m.b.H.

Polenzky & Zöllner
Radenthener
Radex-Heraklith
Rosenbauer
Siemens
Starlinger & Co.
Steyr-Daimler-Puch
Sulzau Werfen
Universale
Verbund-Plan
Voith
Waagner Biro
Zimmer

Lenzing AG

Plasser & Theurer

Die Aktivitäten umfassen so widerliche Projekte wie Großkraftwerke, Stahlwerke, Papierfabriken und Chemiefabriken, und natürlich Rüstungmaterial. Für alle die das "Ganze" nicht aus den Augen verlieren wollen: Diese Liste schaut denen über die Beziehungen mit anderen Diktaturen, wie Chile, Südafrika und anderen Horten der westlichen Welt zum Verwechseln ähnlich.

Italia:

Contro il Carnevale colombiano di Berlusconi!!

Der Mediengigant Berlusconi hat den Venediger Karneval 1992 aufgekauft. Unter dem Motto "Die Neue Welt Amerika" soll von 20. Feber bis 1. März ein Medien- und Tourismusspektakel inszeniert werden. Aus dem Karneval, wo die Armen die Reichen verarschten, wurde ein Karneval, wo die Reichen die Armen verarschen. MieterInnengruppen und Centri Sociali wollen sich das nicht länger bieten lassen. Deshalb: Gegenkarneval!

(TATblatt-Wien)

Letztes Jahr ließen die "Oberen" den Karneval mit der Begründung des Golfkrieges ausfallen. Dieses Jahr feiern sie die "Entdeckung Amerikas," obwohl es da nichts zu feiern gibt. Wenige hundert Kilometer entfernt tobt der Bürgerkrieg in Jugoslawien, die EG überlegt, militärisch einzugreifen, im Irak werden weiterhin SchiitInnen und KurdInnen unterdrückt.

Die Inszenierung dieser Feier der UnterdrückerInnen wurde für 1992 an den Medienzaren Berlusconi "vergeben" — Herr über mehrere Tageszeitungen, das Privatprogramm Canale Cinque/Canal Cinq, seit kurzem auch über das traditionsreiche italienische Verlagshaus Mondadori.

Vorgesehen sind in dem Berlusconi-Spektakel ein riesiger internationaler Kinderreigen, der die Mächtigen der Welt an den Frieden erinnern soll. Auf dem Markusplatz soll im "venezianischen Stil" gefeiert werden, also mnit Trachten, Kerzen, ohne Scheinwerfer, mit Gauklern, Harlekins etc. Es sollen MusikerInnen aus Lateinamerika aufspielen und klassische Musik von osteuropäischen Orchestern vorgeführt werden, damit auch etwas aus Osteuropa dabei ist. Eine "Amerigala" soll live übertragen werden, ebenso Feiern in einigen exklusiven Häusern der venezianischen Prominenz. American Express wird eine Gala mit dem Titel "Vom Winde verweht" präsentieren, im Stil der US-Südstaaten des letzten Jahrhunderts. Am 1. März soll das Ganze mit einer Gondelwettfahrt abgeschlossen werden

Als Kulisse des Festes wird Venedig genommen. Die Stadt reibt sich die Hände: sie hat keine Ausgaben und profitiert von der Werbung.

Aber: Von 1950 bis 1991 wurden rund 100.000 MieterInnen aus der Stadt vertrieben. An Stelle ihrer Wohnungen entstanden Ferienwohnungen und -häuser für Reiche, Repräsentationsbüros von Firmen und ähnliches. Die Gelder "Zur Rettung Venedigs" fließen in diese Kanäle. Gleiches gilt für die "500-Jahr-Feiern zur Entdeckung Amerikas" — dort, wo nicht nur üble Erinnerungen damit verbunden werden, dient es zur Umstrukturierung von Städten, wie Sevilla in Spanien, Genua in Italien.

Es reicht!!!

Il Carnevalaltro

Programm des Gegenkarnevals

500 Jahre Widerstand der IndianerInnen seit der Eroberung Amerikas 50 Jahre Widerstand der VenezianerInnen gegen die Vertreibung aus der Altstadt

Do 20.2: Morgendliche Eröffnung auf der Piazza San Marco' (Markusplatz), Karnevalsdemonstrationszug um die Karavelle von Berlusconi. El Assiston & Y Graffiti Performance.

Ab 18.00 auf dem Campo San Margherita (Margaretenplatz) Konzerte nonstop: Rees, Palazzo Madama, Modi Brusky Fr 21.2.: nachmittags Wandmalen bei San Marta — El Assiston & Y.

21.00 Campo San Margherita: Garden house and general John (Reggae aus Bologna) Sa 22.2.: 18.00 Campo San

Margherita: "Signora gasa l'aqua in cocina?" ("Gnä'Frau, haben sie Wasser in der Küche?") Theater mit "Gli amici di Oreste" aus Salzano (Venedig).

21.00: Fratelli di Soledad (Reggae + Ska aus Turin)

So 23.2.: 17.00 Campo San Margherita: Echnida (Rock aus Milano), Circo Fantasma (Monza), Prof Romei (Milano), Fifty Seven Chorus (Mila-

Di 25.2: (Aufgefallen? Der Montag fehlt nämlich, Der Mi auch) 18.00 Campo San Margherita: "La Manfrina" (venezianische Volkstänze)

Do 27.2: 18.00 Campo San Margherita: Kabarett mit "Paola Brolati & C" – Venedig aus verschiedenen Perspektiven

17.00 Campo San Margherita: Maratona reggae (Reggae Marathon): Radio Rebelde, Mixtury, Basta e Basta, Tele Gaudin, King Roll, Steve Giant, Africa United

Fr 28.2.: Initiativen und Konzerte in Marghera. Karnevalsdemonstrationszug — Graffiti von El Assiston & Y. Konzerte im CSA Rivolta: Craxi Acidi (CSA heißt Centro Sociale Autogestito, also selbstverwaltetes soziales Zentrum. Oft heißts auch CSOA, da steht dann das O für Occupato, sprich besetzt.)

Sa 29.2.: 15.00 in Venedig; Route durch das leere Venedig, "das wir füllen wollen" mit TrampolinspringerInnen, FeuerschluckerInnen und AkrobatInnen (Michele Gilbert & Massimo Magliola, Paris) rund um die Palazzi und die leerstehenden Gebäude der Stadt

18.00 Campo San Margherita: Tinto Latin Orchestra (Salsa aus Padua), Violenti Lune Elettricha (Bluesrock aus Cremona), Casino Royal (Ska aus Milano)

So 1.3.: 15.30 Campo San Margherita: Das Efemere Teatro auf Bologna: "Tossicamera" — Texte der Eroberten und der Eroberer

Centro teatro dell'oppresso (Theaterforum der Unterdrückten) aus Reggio Emilia: Sketches zum Thema Rassismus

Aus Genua Reggae-und Salsa-Gruppen der ligurischen Koordinationsgruppe gegen die "Colombiadi" (Zur Erinnerung: In Genua sollen vor dem Hintergrund der 500 Jahr-Feiern — Genua ist der Geburtsort von Kristopf Kolumbus — Umstrukturierungsvorhaben auf breitester Basis durchgesetzt werden — ähnlich wie in Sevilla, nur in kleinerem Rahmen)

Gegen Abend Demonstrationszug zur "Marittima," um gegen die "Amerigala" von Berlusconi zu protestieren Mo 2.3.: 20.00 Campo San Margherita: "Mollami subito"

Margherita: "Mollami subito" (Laß mich in Ruhe, aber sofort!)Theater mit der "Zumpallera" aus Venedig

21.00 Campo San Margherita: Isola Posse (Rap aus Venedig) Di 3.3.: 16.30 Campo San Margherita: Theaterstück mit Paolo Termanini und seiner Band aus Bologna

21.00 Campo San Margherita: Boski Dezi (Ska aus Turin)

Jeden Tag:

Auf dem Campo San Margherita ein Floh- und Kunstmarkt für alle. Essenstände wird es dort auch geben.

In der Via San Leonardo a Cannareggio: Dauerausstellung und Videos zum Thema "500 Jahre Widerstand der IndianerInnen seit der Eroberung Amerikas"

Das Programm ist noch veränderbar!/lich. Es wird zum Teil bereits unaktuell sein, wenn dieses TATblatt erscheint. Wir haben es trotzdem zu Gänze veröffentlicht, um euch einen Überblick über die Fülle der Aktivitäten zu geben. die in Venedig auf die Beine gestellt wurden.

Laßt uns Berlusconi den Karneval machen, wir nehmen uns die Stadt zurück!

Gegenkarneval

Verschiedene Gruppen im Raum Venedig haben sich zu einer Koordination zusammengeschlossen, um einen Gegenkarneval zu organisieren.

Eine ständige Ausstellung zu 500 Jahren Widerstand in einem Centro Sociale soll den Gegenkarneval begleiten. Zum Auftakt wird eine Demo gegen den Bürgerkrieg in Jugoslawien und zu 500 Jahren Unterdrükkung stattfinden. Im Centro Sociale Morion sollen Masken gebastelt werden. Wohnungen und Häuser sollen besetzt werden, Gaukler Innen, Straßenkünstler Innen, Guerrillatheatergruppen werden aufgerufen sich zu melden und Vorschläge mitzubringen — "damit wir ihr Spektakel ständig stören." (Programm dazu siehe Kasten)

Keine Presse, keine Räume

Zunachst wurden die Presseerklärungen des Gegenkarnevals nicht veröffentlicht. Nach lautstarken Protesten bei der Pressekonferenz der "Venedig Ereignisse GmbH" wandte sich das Blatt: Der Gegenkarneval wurde bekannt.

Nachdem das Centro Sociale Morion wegen "Rauschgift" ergebnislos durchsucht wurde, wird Berlusconi angeblich nun auch Veranstaltungen des Gegenkarnevals übertragen und die Stadt zwei Plätze zur Verfügung stellen. Geforderte Räumlichkeiten zur Organisation des Gegenkarnevals wur-

den von der Stadt hingegen verweigert. Als Reaktion darauf fanden einige Protestaktionen statt, woraufhin der Bürgermeister die Polizei rief, um die "Störer" zu identifizieren. 15 Personen erhielten Anklagen in diesem Zusammenhang.

Bei einer Pressekonferenz am 4. Feber in Milano hat Berlusconi seinen Karneval vorgestellt — zum Thema "Amerika". Allein das ist ein erster Sieg des Gegenkarne-

Kontaktadressen:

in der BRD: Archiv für Zeitgeschichte, c/o Zentrum, Hinter der Schönen Aussicht 11, 6000 Frankfurt/Main 11. Telefon: 06/069/296335 nur Di 18.00-20.00

in Italien: Centro Sociale Morion, Castello 2951, 30100 Venezia. Telefon+Fax: 0039/41/5205163 vals: Daß auf keinen Fall ein Karneval zu Ehren von Columbus gefeiert wird. (Natürlich mit der Überlegung, damit dem Widerstand die Grundlage oder zumindest Argumente zu entziehen.)

Widerstandsreisepläne

Nachdem 1991 in Köln ein Karneval gegen den Golfkrieg stattfand, besteht jetzt folgender Vorschlag: Von Köln aus soll am Freitag, dem 28. Feber mit dem Zug via Frankfurt/Main—München—Innsbruck nach Venedig gefahren werden und am Sonntag darauf wieder zurück.

Zum Abschluß aus der Aussendung von Radio Sherwood: "Wir wollen, daß möglichst viele Leute kommen, können organisatorisch aber leider für nix garantieren (Essen, Schlafmöglichkeiten etc.) Es wird möglich sein, in dem besetzten Haus zu schlafen, wir haben aber keine Möglichkeit, mehr zu organisieren, auch weil noch viel vorzubereiten ist. Dies gesagt, warten wir auf euch...!!!!"

Gegen die historische Enteignung der Stadt Venedig, die den Massenmedienkonzernen in den Rachen geworfen wird!! Laßt uns den Boykott organisieren!!"

Golfkrieg: 1 Jahr danach

TATblatt-Videoabend

Hente:

"Nach dem chirurgischen Eingriff"

StudentInnen nehmen Lokalaugenschein im Irak auf; etwa April 1991

Mittwoch, 4. März 1992 um 19 Uhr in der TATblatt-Zentrale Wien 6, Gumpendorferstraße 157/11

Israel – Italien – Kroation:

An Menschenleben läßt sich gut verdienen

Drogenhändler, Mafia und norditalienische Unternehmer liefern Waffen und radioaktives Material an Kroatien

(manifesto, Magyar Nemzet, Népszava, A.M.)

Ein riesiger Waffendeal wurde von Italien aus mit Kroatien abgewickelt. Höhe 50 Millionen Dollar! Es handelt sich um Raketen, Geschütze, Schnellfeuergewehre und Munition. 8 Leute wurden bis jetzt verhaftet, darunter mehrere Unternehmer aus Norditalien und ein israelischer Staatsbürger, Slomo Oren, der ein Geschäft in San Remo besitzt. Ein venenezianischer Drogenhändler, Giovanni Battista Licata, war der unmittelbare Auftraggeber. Dieses Drogenschwein wird verdächtigt, mit dem Mafiaboss Gaetano Fidanzati aus Palermo Kontakte zu haben. Seine Telefonate aus Zagreb mit einem gewissen Zornetta in Italien wurden überwacht, so kam die Sache an den Tag. Der Drogenhändler, alias Cacao, übrigens ohnehin wegen Drogengeschäften zwischen dem Veneto und Sizilien gesucht, ist nach Zagreb abgehauen. Der erste Teil der Lieferung in Höhe von 5 Millionen Dollar war bereits in die Wege geleitet worden, ein Schiff war bereits vollbepackt worden, und zwar in Alexandrien, kam aber offensichtlich durch das Kriegsgebiet nicht bis nach Kroatien hinauf.

Ein Vertreter der kroatischen Regierung soll den Vertrag während eines Besuchs in Italien abgeschlossen haben! Im speziellen bestand die Offerte aus Kalaschnikows zu 290 Dollar das Stück, Mörsern, amerikanischen Boden-Luft-Raketen

vom Typ Stinger (30.000 Dollar pro Stück), spanische Granaten waren dabei, Mörser, Panzerabwehrraketen und die entsprechende Munition. Schließlich war auch die Lieferung von radioaktivem Material vereinbart worden!

Die ersten Untersuchungen - Faxe, Telexe, zahlreiche Dokumente und Bankauszüge wurden beschlagnahmt - lassen darauf schließen, daß mit hoher Wahrscheinlichkeit der amerikanische, sowie der israelische Geheimdienst die Sache mitorganisiert und gedeckt haben! Auch der Verkauf von Uran und Deuterium — die zum Bau von Atombomben verwendet werden — wurden während der Einvernahmen zugegeben.

Die 5 Tonnen Waffen und Munition des ersten Transportes kommen aus Israel. Sie waren fürs kroatische Heer bestimmt. Geschäftspartner waren ein paar Israelis. Ein ehemaliger Angehöriger des italienischen Heeres ist ebenfalls verhaftet worden - vermutlich ein Verbindungsmann zu den italienischen Geheimdiensten, der sein knowhow für die Organisation des Geschäftes einsetzte.

Die Zahlung erfolgte über eine Schweizer Bank!

Einer der Verdächtigten, der Turiner Unternehmer Edmondo Camurri, war in Kroatien verschollen gewesen, er wurde am 27. November in Triest verhaftet. Was war mit ihm geschehen? Man hatte ihn ein wenig als Geisel zurückgehalten, denn nachdem die ersten 5 Millionen Dollar gezahlt worden waren, wartete man auf den ersten Teil der Waffenlieferungen, der aber nicht kam. Camurri sei es gelungen, wie er berichtet, zu entwischen, dabei ist er aber leider in die Hände der Carabinieri gefallen.

Die Untersuchungen leitet unter anderem der venezianische Richter Casson, der auch für zahlreiche Gladio-Aufdeckungen bekannt ist. Slomo Oren taucht noch in einer anderen causa auf, wie Magyar Nemzet vom 10. 1. berichtet. In Mailand wurden ein österreichischer Geschäftsmann und drei Ungarn sowie drei Tage später ihre mutmaßlichen Verhandlungspartner, ein Herr aus Italien und einer aus den USA verhaftet. Namen wurden von den italienischen Behörden nicht bekanntgegeben! Die mutmaßlichen brutalen Bestien dürften Material geschmuggel! haben, das zur Herstellung von Atomwaffen und im Raketenbau verwendet wird. Man spricht nicht nur von einem Endabnehmer Irak, sondern noch von einem weiteren Interessenten: Israel. Der Untersuchungsrichter Romano Dolce aus Como, der dieses Ding leitet, ist daneben schon seit Oktober vergangnen Jahres einer internationalen Dealerbande auf der Spur, die aus der ehemaligen "SU" nukleares Material vornehmlich an den Irak geliefert hat. Es wurden da Leute mit Stoff in der Tasche, der aus der SU stammte, gefaßt.

Wenn Wahlen was verändern würden..... Türkei und Kurdistan nach den Parlamentswahlen (Okt. 91)

(TATblatt Wien)

Republik Türkei, Frühsommer 1991: Militär und Polizei "räumen auf". Um noch rasch vor dem Besuch von US-Präsident Bush ein wenig mehr an "Ordnung" ins Land zu bringen, nutzten die "Sicherheitskräfte" die erst im April geschaffenen "Antiterrorgesetze" und befördern binnen zweier Monate so an die hundert Menschen während Hausdurchsuchungen, Personenkontrollen und Festnahmen vom Leben zum Tode. Im türkisch besetzten Teil Kurdistans werden Begräbnisse mit 30 000 TeilnehmerInnen von Spezialeinheiten angegriffen; Tote werden in Zehnergruppen gezählt, und derer gibt es viele.

Die Eile der "Sicherheitskräfte" ist nicht ganz unbegründet. Die ersten Monate des Jahres 1991 waren Monate des sozialen Kampfes. Schon im Jänner versuchten tausende Bergarbeiter mit ihren Familien nach Ankara zu marschieren, um bessere Lebensbedingungen zu erreichen. Nur ein Militäreinsatz konnte sie zum Abbruch ihres Marsches bewegen. Trotz der vorläufigen Niederlage aber wurde der Marsch der Bergarbeiterfamilien zum Startschuß für 100 000ende ArbeiterInnen, die in lokalen Streiks. Fabriks- oder Landbesetzungen und Demonstrationen für ein besseres Leben kämpften. Bis Juni hatte "die Wirtschaft" durch Streiks schon 2 Mio Arbeitstage verloren. Paralell dazu nahm die Aktivität der Guerilla stetig zu. Nicht mehr nur im weitläufigen Nordwest-Kurdistan mußten die Repräsentanten des türkischen Staates Angriffe der Guerilla fürchten. Selbst in Istanbul und Ankara, den Städten mit der höchsten Dichte an Militär und Polizei pro EinwohnerInnen in der Türkei, wurden Woche für Woche erfolgreich Attentate auf Polizeioffiziere, Militärs und korrupte Politiker durchgeführt. Bereits im Mai veröffentlichte z.B. "Devrimci Sol" (revolutionäre Linke) ihre 19. Anschlagserklärung des laufenden Jahres.

Für 20.Oktober ist die Parlamentswahl angesetzt, deren Ausgang, erstmals in der Geschichte des "12.September-Regimes" (1), höchst fraglich ist. Und es ist Wille der Mächtigen, daß diese Wahl weder im Ergebnis von irgendwelchen die Öffentlichkeit schockierenden Massakern beeinflußt noch in ihrer Legitimität und Korrektheit vom "befreundeten, westlichen Ausland" hinterfragt wird. Die letzten Wochen vor der Wahl verlaufen nahezu ruhig.....

Vorwahlaktivitäten

Das heißt aber nicht, daß es keine Versuche gegeben hätte, den Ausgang der Wahl zu beeinflussen. Bereits im Sommer war der HEP (kurdische "Partei der Arbeit des Volkes") von der Teilnahme an der Par-

lamentswahl ausgeschlossen worden. Sie hatte nicht, wie vom Wahlgesetz verlangt, bereits sechs Monate vor der Wahl einen Wahlkongreß abhalten können. Das wäre aber auch ganz schön viel verlangt gewesen von einer Partei, deren Funktionäre froh sein können, wenn sie nur kurz festgenommen und verprügelt und nicht gleich von der Konter-Guerilla (2) erschossen werden. Seit Frühjahr 1991 sind mindestens 7 höhere Funktionäre der HEP ermordet und über 20 weitere an einen unbekannten Ort verschleppt worden.

Der Wahlausschluß der HEP führt schließlich dazu, daß HEP und SHP ("sozialdemokratische populistische Partei") ein Wahlbündnis abschließen und HEP-Mitglieder in kurdischen Wahlkreisen an erster Stelle kandidierten. Die SHP konnte Dank der fortschrittlichen und beim kurdischen Volk sehr beliebten HEP-Mitglieder auf ein

hervorragendes Wahlergebnis in Nordwest-Kurdistan hoffen. Sie machte den HEP-KandidatInnen nur sehr allgemeine Zugeständnisse; so nach der Art: "Wir werden uns nach der Wahl für die Sache der KurdInnen einsetzen". Diese Linie hatte auch in den Jahren zuvor die SHP-Politik bestimmt. Ihr Vorsitzender Erdal Inönü hatte als erster "legaler Politiker" (3) die KurdInnenfrage öffentlich angesprochen und sich damit "im Osten", wie er Kurdistan nennt (das Wort Kurdistan ist verboten und wurde von Inönü daher peinlichst vermieden) bei den Menschen beliebt gemacht. Ziel dieser Politik war aber nicht die Unabhängigkeit Kurdistans, sondern die Spaltung der kurdischen Gesellschaft. Die SHP sollte der bei den KurdInnen immer beliebter werdenden verbotenen PKK ("Partei der Arbeit Kurdistans", bei Weitem größte politische und bewaffnet kämpfende Orga-

Legale Parteien in der Republik Türkei

DYP: Die "Partei des richtigen weges" ist die Nachfolgepartei der "Gerechtigkeitspartei" (AP), die 1980 vom Militär aus dem Amt geputscht wurde. Ihr Vorsitzender ist der damalige und jetzige Ministerpräsident Süleyman Demirel. Sie vertritt die Interessen der kleinen Schicht von Industriellen und der Großgrundbesitzern. Zunehmend kann sie auch höhere Angestellte und Beamte an sich binden. Letztlich aber "müssen" auch kleine Gewerbetreibende die DYP wählen, da die Wirtschaftspolitik der ANAP mit der strikten Befolgung der Vorgaben des Internationalen Währungsfonds gescheitert ist und die übliche Propaganda der Panikmache vor einer Verstaatlichungspolitik der Sozialdemokraten natürlich bei jenen, die eh fast nix haben, zieht. Die Partei ist zwar 1980 aus dem Amt geputscht worden, hatte aber dagegen, zumindest vorerst, gar nichts einzuwenden gehabt. Erst als "Altpolitiker" von den Wahlen ausgeschlossen worden waren, regte sich geringer Widerstand in den Parteien.

Demirel ist für seine Unterstützung des Kampfes gegen die KurdInnen bekannt. In seine Amtszeiten fielen viele Massaker an KurdInnen und Linke und das "Aufblühen" der Konterguerilla.

Der Gegensatz zur Wirtschaftspolitik der ANAP ist nur ein scheinbarar. Demirel ist von Washington ferngesteuert....

ANAP: Unbeabsichtigtes Produkt des Militärputschs. Demirels ehemaliger Wirtschaftsberater und heutige Präsident Özal sammelte 1983 so ziemlich alles in seiner Partei, was rechts war und nach dem Verbot aller Parteien in Opposition zum Militär stand: Die sogenannten Zivilfaschisten von Arpaslan Türkes, die Anhänger des religiösen Fundamentalismus und die ehemaligen Anhänger der AP Demirels. Das Mehrheitswahlrecht verhalf der ANAP gegen den Willen der Militärs zur absoluten Mehrheit an Mandaten (nie jedoch an Stimmen). Der Widerwille der Militärs legte sich aber bald, da der Ex-Weltbanker Özal ohnehin das tat, was Militärs und Industrie von

ihm wollten: Er befolgte die Anweisungen aus Washington....

SHP: Inzwischen leicht abgewandeltes Produkt des Militärputschs. Parteiführer Inönü ist Sohn von Kemal Pasa's letztem Premier und Nachfolger und daher schon als Name ein Programm. Er ist den "Grundsätzen des Kemalismus" verbunden und war, obwohl kein "Altpolitiker", seines Namens wegen nach dem Putsch vom passiven Wahlrecht ausgeschlossen. Das Programm der SHP ist sogar rechts von der SPÖ anzusiedeln. Der Rest steht im Hauptartikel...

DSP: "Sozialdemokratische Partei" des ehemaligen Premiers Ecevit. Ebenfalls "Kemalist"; Unterscheidet sich von der SHP vor allem durch offene KurdInnenfeindlichkeit

RP (Refah Partisi): religiös-fundamentalistische Partei. Zielt auf die Errichtung einer islamischen Republik. Nachfolgepartei der nach dem 12. September 1980 aufgelösten ehemaligen Koalitionspartnerin Demirels, der "Nationalen Heilspartei". Arbeitet mit Zivilfaschisten zusammen. Steht zur Zeit im Widerspruch zur pro-westlichen Orientierung von ANAP und DYP und sammelt daher unzufriedene Rechte...

IDP: Mehr oder minder wie RP; Zur Zeit Bündnis mit RP und MCP.

MCP: Faschistische "Nationale Arbeitspartei"; Sammelbecken der "Zivilfaschisten". Führer Arpaslan Türkes betreibt agressiven türkischen Nationalismus mit antiwestlicher Ausrichtung. Jugendorganisation "Graue Wölfe" Ende der 70er für Terror gegen Linke und KurdInnen unter Anleitung des militärischen Geheimdienstes und der Konterguerilla hauptverantwortlich. Auch in Europa aktiv. Finanziert sich zum Teil mit Heroin- und Waffenhandel. Indirekte Kontakte bis in die CSU (BRD)......

nisation Nordwest-Kurdistans) als "demokratische" Alternative entgegengestellt werden

Aus dem selben Grund förderte Inönü nun das Bündnis mit der HEP: Vielleicht könnten so Teile der HEP aus ihrer PKK-Nähe herausgelöst und für einen "demokratischen Entwicklungsprozeß" gewonnen werden. Er hoffte wohl, sich so als Retter

der "nationalen Einheit", die da die KurdInnen kurzerhand einschloß, profilieren und damit WählerInnen gewinnen zu können.

Die HEP wiederum hatte wenig Alternativen zu diesem Bündnis und Angesichts der ständigen Todesgefahr ihrer FunktionärInnen auch nichts zu verlieren.

Den auffälligsten Versuch, daß Wahlergebnis vorherzubestimmen setzte aber der Präsident und Ex-Weltbanker Özal himself. Nachdem selbst Wahlhilfe von Bush, Kohl und anderen westeuropäischen Politikern den Niedergang der ANAP ("Partei des wichtigsten Vaterlandes" (4)), nicht hatten aufhalten können, erklärte Özal dem Nachrichtenmagazin "Spiegel", daß ein Wahlergebnis, welches nur eine Koalitionsregierung zulasse, "eine Rückkehr zur Situation vor dem 12.September 1980" bedeuten würde.

Eine offenere Drohung mit einem neuerlichen Mili-

tärputsch konnte es gar nicht geben. Zwar wäre nach den Wahlen vielleicht rein rechnerisch eine Koalition zwischen SHP und DYP ("Partei des richtigen Weges", wirtschaftsliberalistische Oppositionspartei) möglich; daß aber eine solche Koalition zweier Parteien, deren Rivalität (nach Ansicht der offiziellen Geschichtsschreibung) die Republik schon dreimal an den Rand des Abgrunds getrieben hatte (5), nun eine funktionierende Regierung hervorbringen würde, erschien mit Sicherheit der Mehrheit der TürkInnen als unwarscheinlich. Und das eine der beiden Parteien trotz des enorm verzerrenden Mehrheitswahlrechtes die absolute Mehrheit an Mandaten einheimsen könnte, war überhaupt völlig ausgeschlossen. Dies könnte nur der ANAP gelingen, weil sie neben nunmehrigen SHPund DYP-SympathisantInnen bei vergangen Wahlen auch religiöse und faschistische WählerInnen für sich hatte gewinnen können

Özals recht einleuchtende Botschaft war also: nur die ANAP kann einen neuerlichen Militärputsch verhindern.

Wahlergebnisse

Özal erreichte sein Ziel nicht. Die Wahl

des 20.Oktober 1991 machte die DYP zur stimmen- und mandatsstärksten Partei. Das Ergebnis im einzelnen:

DYP27.04% ANAP24,01%

SHP/HEP20,75%

DSP10,75% (sozialdemokratisch)

RP/MCP/IDP16,90% (Bündnis fundamentalistischer und faschistischer Parteien)



Die ANAP verlor gegenüber der Wahl von 1987 12% Prozentpunkte an Stimmen oder jedeN zweiteN ihrer WählerInnen. Aber auch die sog. "Linksparteien" (die SHP ist der "Sozialistischen Internationale" zu rechts, und das will was heißen) verloren gemeinsam ein Siebntel ihrer WählerInnen. Das religiös-fundamentalistische Lager schaffte es gemeinsam mit den Faschisten, wieder eine eigenständige politische Kraft zu werden.

In zwei Sätzen zusammengefaßt: Die Rechtsparteien verfügen über 2/3 aller Stimmen und Mandate. Und die SHP, die auch jedeN sechsteN WählerIn verloren hat (1987 noch fast 25%), muß schon schauen, daß sie nicht bald in die Bedeutungslosigkeit abrutscht.

Und in Kurdistan?

Die SHP wurde in den kurdischen Wahlkreisen erwartungsgemäß stärkste Partei. Das freute Inonü ganz sicher. Ob er sich in Zukunft über die 20 kurdischen Abgeordneten, die nun im Parlament sitzen, auch freuen wird, darf bezweifelt werden. Schon anläßlich der Parlamentseröffnung kam es zum ersten Eklat, als zwei kurdische Abgeordnete (eine Frau und ein Mann) Parolen in kurdischer Sprache riefen. Die Sitzung

wurde unterbrochen und erst fortgesetzt, nachdem Inönű im Parlament öffentlich erklärt hatte, daß die kurdischen Abgeordneten ihre Aktion nicht wiederholen würden. Diese Erklärung war ein Triumph aller KurdInnen: Sie hat der Welt gezeigt, wie panisch die herrschende Klasse der Türkei auf kurdisches Nationalbewusstsein reagiert. Alle Welt hat zu sehen bekommen, daß die

KurdInnen vom türkischen Staat unterdrückt werden, ihre Sprache verboten ist!

Der Koalitionspakt

Nach etwa einem Monat einigten sich DYP und SHP auf eine Koalition. Was vor den Wahlen noch als völlig undenkbar gegolten hatte, schien nunmehr dem Wunsch der überwiegenden Mehrheit der TürkInnen zu entsprechen. Diese Koalition der ewigen Rivalen könnte das Land vielleicht aus der Krise führen....

Und oberflächlich betrachtet versprach der Koalitionspakt auch Allerhand:

- Die Rechte des Staatspräsidenten sollen zu Gunsten des Parlaments beschnitten wer-
- Die militärische Oberaufsicht über Schulen und Universitäten soll abgeschafft werden.
- Die Pressefreiheit soll gaantiert werden.
- Die provisorischen, dem Leyla Zana, die erste kurdische Frau im türkischen Parlament Prinzip der Rechtsstaatlichkeit widersprechenden Artikel der

Verfassung sollen ohne Gesamtänderung der Verfassung gestrichen werden.

- Das Recht auf politische und gewerkschaftliche Organisation soll durchgesetzt werden.
- Bei der Arbeitsgesetzgebung sollen die Grundsätze der internationalen Arbeitsorganisation ILO beachtet werden.
- Die Polizei soll über individuelle Grundrechte und -Freiheiten aufgeklärt werden (klingt bekannt, was?). Ihre Kompetenzen sollen neu geregelt werden.
- Die Rechte der Beschuldigten im Strafverfahren sollen ausgebaut und damit der Folter die Grundlage entzogen werden.
- Der Ausnahmezustand, der mit Beginn des Krieges gegen den Irak in den meisten kurdischen Provinzen verhängt worden war, soll aufgehoben werden.
- Das Versammlungs- und Vereinsgründungsrecht sollen in der Verfassung verankert, ihre Ausübung vereinfacht wer-
- Die Antiterrorgesetze sollen gemäß dem Prinzip der Unantastbarkeit von Grund- und Freiheitsrechten überarbeitet werden.
- Das Pariser Abkommen, welches insbesondere den Schutz von Minderheiten behandelt, soll in der Republik Türkei (6)

volle Gültigkeit erlangen.

• Und auch noch einiges mehr.....

Was, wie schon gesagt, recht erfreulich klingt, heißt bei genauerer Betrachtung so gut wie nichts. Da ist zwar von Gesetzesund sogar von Verfassungsänderungen die Rede, aber die Strukturen, die sich in elf Jahren offener faschistischer Herrschaft als Träger der Macht in der Republik Türkei entwickelt haben, werden mit keinem Beistrich angekratzt. Weder Polizei noch Militär sollen in ihren Befugnissen praktisch merkbar beschränkt werden. Und von Austausch der durch und durch faschistischen Offizierskader ist kein Wort zu finden, denn er wäre von der Regierung auch nicht durchsetzbar.

Der Praxis der willkürlichen Verhaftung, der Folter und der staatlich geduldeten Morde kann aber mit Gesetzen allein nicht entgegengetreten werden. Wo zusammengeschweißte Offizier- und Polizeikorps (7) einander in jedem Fall die Stange halten, und das ist ja wohl auch in Österreich bekannt, da hilft kein Gesetz.

Nur daß in Österreich im schlimmsten Fall einige Wochen Krankenhaus und eine Verurteilung wegen Widerstand und Verleumdung drohen. In der Türkei ist Verprügeln im Falle der Festnahme die Regel, schwere Verletzungen bis zum Tod keine Ausnahme!

Die brillianteste Umschreibung eines ungeheuren Zynismus gelang der Koalition mit der Anerkennung des "Pariser Abkommens". Das kurdische Volk, daß, auf vier Staaten aufgeteilt, über 30 Mio Menschen zählt, von denen selbst nach konservativsten Schätzungen in der Türkei mehr Menschen leben als etwa Österreich EinwohnerInnen

hat (8), soll als "Minderheit" und "bezüglich Ethnie, Kultur und Sprache" (Text der Vereinbarung) anerkannt werden. Das Koalitionsabkommen negiert also nicht nur das Recht des kurdischen Volkes auf vollständige Unabhängigkeit, es will auch noch die Folgen 75 jähriger Unterdrückung für immer festschreiben!

Geradezu witzig ist es, daß diese Koalition von den 20 kurdischen Abgeordneten abhängig ist, ohne die sie im Parlament keine Mehrheit besitzt. Geradzu aberwitzig ist es, daß diese Situation nicht öffentlich eingestanden wird. Laut offizieller Propaganda gibt es nur

12 kurdische Abgeordnete. Diese wären zuwenig, um die Koalition ins Wanken zu bringen....

Reaktionen auf die Koalitionsbildung

Die westlichen "Freunde" reagierten auf die Koalition mit Begeisterung. Zwar hätte die USA lieber eine DYP-ANAP-Regierung gesehen, aber man nimmt, was man hat, solange es willfährig und US-freundlich ist (in US-Kreisen wurden vor allem Koalitionen mit den antiwestlichen Fundamentalisten gefürchtet).

Die BRD beeilte sich und schickte Waf-



Widerstand im ganzen Land

fen im Wert von 4 Mia DM. Aus Beständen der ehemaligen DDR-Armee erhielt die Republik Türkei (neben Lizenzen und Produktionsmittel für deutsche Rüstungsprodukte) vor allem Kampf- und Bergepanzer sowie Schußwaffen und Unmengen an Munition. Die USA ist nunmehr nach einer



kurzen Pause wieder dazu übergegangen, ihre Position in der Türkei auszubauen. Ziel ist noch immer die Golfregion, bzw. die Stabilisierung der Türkei. Für die Weltöffentlichkeit aber werden die Transportflugzeuge nach Incirlik (US-Basis bei Diyarbakir/Kurdistan) gebracht, um alte Essensrationen, die die GI's im "Golfkrieg" nicht gebraucht hatten, in die Gemeinschaft unabhängiger Staaten zu fliegen.

Die "positive Stimmung" unter den Verbündeten nutzt auch die türkische Armee. Hatte die Phase relativer Ruhe über die Wahlzeit hinaus bis zur Bildung der Koalition angehalten, so agieren die "Sicherheitskräfte" seit Anfang Dezember wie eh und je; nein, sie agieren noch schlimmer!

Obwohl bereits 3/5 der türkischen Armee in Nordwest-Kurdistan im Kampf gegen die PKK und ihre Guerilla stationiert sind, werden neue Truppenverbände herbeigeschafft, um die ausgefallen Dorfschützer (Tb-36) zu ersetzen. Nachdem nun ein Großteil der Dorfschützer (9) ein Amnestieangebot der PKK angenommen und ihre Waffen zurückgegeben hat, steht die Armee vor der unangenehmen Entscheidung, die verlorenen Positionen entweder mit Soldaten aufzufüllen und diese den Angriffen der Guerilla auszusetzen (denen waren die Dorfschützer auch ausgesetzt, aber diese waren Kurden und ihr Leben daher für die Militärführung nicht sehr wertvoll), oder aber die Gebiete für aufgegeben zu erklären. Das Problem wird mit militärischer Logik gelöst: Die Luftwaffe bombardiert weite Teile Kurdistans, um die Bevölkerung zum Verlassen ihrer Heimat zu zwingen und die Guerilla von ihrer Basis abzuschneiden.

Bakirköy/Istanbul

Am 26.Dezenber 1991 verübte eine Gruppe von etwa 20, der PKK nahestehende Personen einen Brandanschlag auf ein Kaufhaus in Istanbul, welches dem Bruder des militärischen Supergouverneurs der kurdischen Ausnahmezustandsgebiete gehört. Im Feuer kamen 11 Menschen ums

Leben. Ein Teil der TäterInnen wurde festgenommen; dem Anschlag folgten auch noch 70 weitere Festnahmen.

Der Tod der elf Menschen hat in der türkischen Öffentlichkeit große Verbitterung und in gewissem Maße auch Verständnis für das Bombardement kurdischer Dörfer ausgelöst. In einem Interview mit BBC hat PKK Generalsekretär Öcalan erklärt, nicht den Befehl zu dieser Aktion gegeben zu haben. Der Anschlag war also keine Aktion der PKK!

Aber Öcalan wollte sich vom Anschlag auch nicht distanzieren und erklärte, er befürchte eine Zuspitzung der Auseinandersetzung, wenn sich die Vertreter der türki-

schen Regierung nicht zu Verhandlungen mit der PKK durchringen könnten. Mehrere Verhandlungsangebote der PKK an die neue Regierung waren von dieser unbeantwortet geblieben (bzw. wurden sie mit verstärktem Armee-Terror gegen KurdInnen beantwortet).

Der Armee dient der Kaufhausbrand und die Toten als Legitimation ihres Ter-

Fortsetzung:

rors gegen KurdInnen. In Wahrheit aber begann ihre Offensive in Nordwest-Kurdistan schon Mitte Dezember (siehe Tb-36), also zwei Wochen vor dem Anschlag.

Kleingedrucktes: Dieser Beitrag ist der zweite Teil einer Serie über die Türkei und den türkisch besetzten Teil Kurdistans. Aus einem ursprünglich geplanten längeren Artikel wurden etwa 15 TATblattseiten, der nun auf (mindestens) vier Teile aufgeteilt werden mußte. In der nächsten Ausgabe des TATblatt wird es vor allem um die Geschichte der Türkei und (ganz) Kurdistans gehen. In TATblatt-33 werden wir dann versuchen, ein Bild der türkischen und kurdischen Gesellschaft zu vermitteln: Ökonomie, soziale Kennzahlen, einiges über Religion und ihre Bedeutung in der Gesellschaft, die Rolle der Frauen...
TATblatt-32 ist schließlich der türkischen und kurdischen revo-

TATblatt -32 ist schließlich der fürkischen und kurdischen revolutionären Linken und insbesondere dem bewaffneten Kampf gewidmet (wieder: gesellschaftliche Verankerung, Rolle der Frauen,...). Die Erklärungen verschiedener politischer Gruppen, die in der Türkei und in Kurdistan den bewaffneten Kampf gegen das fürkische faschistische Kolonialsystem führen und die zum Teil schon seit drei Wochen bei uns liegen, können wir (siehe oben) leider erst in Nummer -32 veröffentlichen. Für den Stress, den wir verursacht haben, als wir noch einen einheidlichen Artikel veröffentlichen wollten, bitten wir um Entschuldigung....!

Letzte Meldung: Es ist 5 Uhr Früh und die Zeitung außerdem mehr als voll, voll, voll, voll! Der Kasten über "Kemalismus" wird also beute nicht mehr geschrieben und kommt erst in die en den ausgabe, in die er thematisch ohnehin besser paßt. Leider kommt das Wort "Kemalismus" auch diesmal recht häufig vor, aber, ...naja.... einigen wir uns darauf, daß es was Schlechtes ist. O.K.?

Fußnoten:

(1) Das mit dem Putsch vom 12.September 1980 eingerichtete faschistische Regime schaffte es wie kein Regime zuvor, die türkische und kurdische Gesellschaft und sämtliche Machtstrukturen völlig umzukrempeln. Diese Durchdringung der gesamten Gesellschaft mit faschistischen Strukturen konnte bis heute nicht rückgängig gemacht werden. Im Gegenteil: Das System der Gewalt wird (siehe z.B. Antiterrorgsetze) auch nach 11 Jahren noch ausgebaut. Es kann daher noch immer vom Bestehen des "12.September-Regimes" gesprochen werden, auch wenn die Regierung formal eine zivile und "frei" gewählte ist.

(2) Die Konterguerilla sind aus Angehörigen der "Sicherheits-Fäffe" bestehande werdeckt operionende Tedenstundenstellen.

(2) Die Konterguerilla sind aus Angehörigen der "Sicherheitskräfte" bestehende, verdeckt operierende Todesschwadronen. Sie sind der türkische Ableger von Gladio bzw. Olahs angeblicher Bauarbeiter. Auf ihr Konto gehen allein seit 1977 tausende Morde an Linken...! Ein hervorragender Bericht über die Konterguerilla war in TATblatt minus 55 zu lesen gewesen (kein Eigenlob; war abgeschrieben).

war abgeschrieben).
(3) Als "legaler Politiker" soll hier bezeichnet werden, wer bereit ist, unter Einhaltung der faschistischen Vorschriften öffentlich Politik zu machen. Das Beinhaltet Verneinung der kurdischen Nationalität, Absage an jede Form des Klassenkampfes, Enthaltung jeglicher Kritik an der Armee und Verherrlichung Kemal Pasa's....

(4) Der Name der ANAP (Anavatan Partisi) wird gerne mit "Mutterlandspartei" übersetzt. Das ist völlig daneben! Vatan heißt Vaterland. Der Vorspann Ana für sich genommen heißt zwar Mutter, in Verbindung mit anderen Worten jedoch soviel wie "haupt" oder "wichtig". So beginnt z.B. das Wort "Hauptstraße" mit "Ana-".

(5) In der Geschichte der türkischen Republik gab es vor 1980 schon zwei Militärputschs. Das Militär rechtfertigte seine Eingriffe jeweils mit der Unfahigkeit der Regierung, die gegensätzlichen gesellschaftlichen Kräfte, verkörpert durch die heutige DYP (früher AP) und die Linke (heute gespalten, früher CHP) zur Zusammenarbeit zu bewegen. Selbstverständlich lagen die Gründe für die militärische Lösung der Krise(n; es war und ist eigentlich immer die Gleiche) viel tiefer. Näheres dazu im nächsten TATblatt.

(6) Mit dem Begriff "Republik Türkei" wollen wir jenes "Gebilde" bezeichnen, das seit 1920 existiert und einen großen Teil Kurdistans gewaltsam besetzt hält. Es ist einfach ein bissert mühsam, immer Türkei und Kurdistan zu schreiben, vor allem wenn es um die Repräsentanten des Staats geht, die die kurdische Nationalität negieren.

(7) Die Offiziere der türkischen Armee sind nicht nur rein

(7) Die Offiziere der türkischen Armee sind nicht nur rein "metaphysisch" zusammengeschweißt. Sie verfügen in der türkischen Gesellschaft über besondere Vorrechte, betreiben einen eigenen Konzern und besitzen Privilegien (besondere Pensionsregelungen, Berufschancen, ...), die ihr Interesse am Erhalt des herrschenden Systems besonders ausgeprägen.

(8) Schätzungen über die Zahl der Kurdinnen im Gebiet der Republik Türkei gehen weit auseinander. Die geringste Schätzung (etwa 8 Mio) dürfte lediglich die BewohnerInnen des rein kurdischen Siedlungsgebietes erfassen. Daneben gibt es aber auch Gebiete, in denen KurdInnen die Bevolkerungsmehrheit bilden, und schließlich zwang die Not in Kurdistan viele Menschen zum Gang in die Industrieszädte des Westens. Die höchste uns bekannte Schätzung beläuft sich auf 25 Mio und dürfte der Realität weit näher kommen als die erste Zahl (Rep. Türkei hat etwa 55 Mio EinwohnerInnen).

(9) Dorfschützer sind (oder waren) vom türkischen Militär bewaffnete Kurden, die sich gegen ein Vielfaches des Durchschnittseinkommens oder durch Zwang (Drohung mit Tod) in den Kampf gegen die Guerilla hetzen lassen (ließen).

SOLIDARITÄTS- UND SPENDENKAM-PAGNE FÜR HASAN ERDEM

(Freundinnen von Hasan Erdem)

Am 19. Oktober 1991 wurde in Istanbul, Naznedar, nach dem Bombenanschlag auf das Gebäude der DYP, der daran nicht beteiligte Hasan Erdem von der Polizei angeschossen und verhaftet. Da die Polizei keine Behandlung zuließ, mußte später sein Bein wegen seines hohen Blutverlustes amputiert werden.

Bei der ersten Gerichtsverhandlung verteidigte sich Hasan Erdem folgendermaßen

"An den Vorsitzenden der Gerichtsverhandlung, Istanbul

Meine Verteidigung:

Ich möchte gleich mit dem Tag anfangen, an dem man mich angeschossen hat.

An dem Tag, an dem man mich angeschossen hat, hatte ich eine Verabredung mit meiner Schwester, die in Naznedar wohnt. Sie hatte mich am 19. Oktober 1991 in der Früh angerufen und wollte mit mir einkaufen fahren.

Da sie mir gesagt hatte, ich solle so schnell wie möglich kommen, stieg ich gleich in einen Bus ein und machte mich auf den Weg zu meiner Schwester.

Als ich in Naznedar ausstieg, mußte ich noch ein paar Schritte gehen. 100 bis 150 Meter vor dem Haus meiner Schwester hörte ich, daß man mit einer Pistole schoß. Ich war verwirrt und lief weg. Ich spürte, daß man direkt auf mich schoß, eine Kugel berührte meine Haare. Ich hatte Angst davor und wurde immer schneller. Ich weiß nicht, wie lange das dauerte. Ich weiß nur, daß die Kugeln auf mich gerichtet waren.

Beim Weglaufen spürte ich einen Schmerz in meinem linken Bein. Ich konnte nicht stehenbleiben, weil die Kugeln immer mehr wurden. Ich wollte mich vor dem Tod retten. Als ich eine Kugel in das rechte Bein bekam, fiel ich zu Boden.

Als ich den Kopf hochhob, hörte ich, daß die Polizisten mich beschimpften. Ich spürte Todesangst und wollte weglaufen. Obwohl die Polizei nicht einmal vier Meter von mir entfernt war und obwohl sie mich nicht gewarnt hatte, schoß sie weiter auf mich. Die Polizisten schossen immer wieder auf mein Bein

Ich möchte noch einmal betonen, daß die Polizei mich nicht aufgefordert hat, stehenzubleiben. In dem Moment, in dem ich anfing, wegzulaufen, schoß sie gezielt auf mich. Ich wußte nicht, warum sie auf mich schoß und wollte mich lediglich aus der Todesgefahr retten. Ich möchte noch einmal betonen, daß die Behauptung, ich hätte eine Waffe in der Hand gehabt, eine große Lüge ist.

Ich weiß nicht, wie diese Beschuldigung zustande kam. Ich bin sicher, daß es sich um eine falsche Anschuldigung handelt.

Später wurde ich nach Naznedar ins Spital gebracht. Ich mußte alles bis auf meine Unterhose ausziehen. Dann mußte ich mehr als zwei Stunden warten.

In diesem Spital wurde mir nicht einmal erste Hilfe geleistet. Später wurde ich in ein anderes Spital (Capa) gebracht. Auch in diesem Spital mußte ich lange warten.

Die Staatspolizei (MIT) verhörte und bedrohte mich. Es wurde mir gesagt, daß ich nicht operiert werden würde, wenn ich die Aussage verweigern und das Attentat nicht zugeben würde.

Obwohl die ärztliche Behandlung nicht zugelassen wurde, wurde ich angehalten, einige Aussagen zu unterschreiben, die ich nicht gemacht hatte. Natürlich habe ich die Unterschrift verweigert. Die Unterschrift hätte eine Verletzung der Menschrechte und ein Zugeständnis an die Unmenschlichkeit bedeutet.

Nach 12-13 Stunden Aufenthalt im Krankenhaus Capa hat man mich in den Operationssaal gebracht. Die Polizei wollte mir ein Attentat vorwerfen oder mich töten. Da beides nicht gelang, mußten sie die Situation verändern und die "Beweisstücke" gegen mich verschwinden lassen.

Als erstes wollten sie die Schußverletzungen vertuschen. Der Oberarzt unterstützte die Polizei, indem er mir ein "Gasgangren" diagnostizierte. (Sein Vorname ist Sagan, an seinen Nachnamen kann ich mich nicht erinnern). Meine Kleidung wurde verbrannt. Im ärztlichen Bericht wurde angegeben, daß ich am vierten Tag meiner Verletzung dieses Gasgangren bekommen hatte. Das hat nichts mit meiner Kleidung zu tun. Wenn das auch stimmen würde, könnte der Arzt das Beweisstück nicht verschwinden lassen, meine Kleidung müßte als Beweisstück aufbewahrt werden.

Die Aussagen der Polizei sind immer widersprüchlich. In einem Bericht der Polizei steht, daß man in meiner Hose 23 Kugeln gefunden hat, und im zweiten Bericht steht "13 Kugeln". Dafür gibt es nur zwei Erklärungen: Entweder hat die Polizei die Kugeln in meine Hose gesteckt, oder die Berichte der Polizei sind unwahr.

Ich glaube, daß die Aussagen von Yusuf ÖZYOL nicht freiwillig gemacht wurden, es handelt sich um zwei widersprüchliche Aussagen, die im Moment, als ich angeschossen wurde, gemacht und unterschrieben wurden. Ich bin der Meinung, daß die Polizei die Aussagen selbst geschrieben hat, und ihn dann unterschreiben ließen.

Als letztes...

Ich habe die ganze Warheit darüber gesagt, was am 19. Oktober und danach passiert ist. Es steht fest, daß die Polizei nicht ganz "rein" ist. Solche Aktionen der Polizei werden immer mehr. Das Register der Polizei ist ganz offen. Eine Woche vor meinem Fall ist etwas Ähnliches mit Mustafa Aktas passiert. Man hat ihn durch 14 Kugeln getötet und drei seiner Freunde verhaftet. Auch

hat man ihn als "Terroristen" bezeichnet und behauptet, daß schwere Waffen bei ihm gefunden wurden. Aber die Aussagen seiner Freunde weisen darauf hin, daß er unschuldig ist.

Was gestern mit Mustafa Akbas gemacht wurde, soll heute mit mir gemacht werden. Aber die 8 Kugeln. die mich getroffen haben, haben mich nicht getötet. Ich werde der Sache auf den Grund gehen. Denn ich will nicht, daß man Menschen ermordet. Bei diesem Vorfall habe ich ein Bein verloren, bin also körperlich und psychisch schwer verletzt worden.

Ich bin nicht der Meinung, daß ein Menschenleben so billig ist. Darum verklage ich die Polizei, die auf mich geschossen hat und von der ich verhört wurde. Auch der Oberarzt, der im Capa-Krankenhaus beschäftigt ist, wird von mir beschuldigt. Ich klage sie an und möchte, daß sie bestraft werden. Und ich fordere meine sofortige Freilassung.

Meine Verhaftung ist eine Schande für die Menschheit. Ich fordere also, die Schande aufzuheben und meine sofortige Freilassung."

Das Gericht und die Staatsanwälte haben die geforderte Freilassung von Hasan ERDEM abgelehnt und die Verhandlung auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

ZAHLSCHEIN

nunmehr Z-Länderbank Bank Austr

Gülay Beceren

i.Sa.Unterstützung Hasan Erdem Konto-Nr. bei ÖSTERREICHISCHE LANDERBANK AKTIENGESEL

244-257-494/00

LENGERSANK

Wien

In Sachen Unterstützung für Hasan Erdem - Spendenkonto:

Empfängerin: Gülay Beceren i.Sa. Unterstützung für Hasan Erdem

Kontonummer: 244-257-494/00, BLZ 12000, Bank Austria

Hasan Erdem ist nicht versichert, hat also kein Geld für die Behandlung, er soll nach Europa gebracht werden, um dort operiert zu werden. Er ist derzeit im Gefängnis und wartet auf seine nächste Verhandlung. Geld schicken!!

1) Ein "Gasgangren" entsteht, wenn eine Wunde infiziert ist und Gewebeteile absterben. Die toten Gewebsteile drohen dann den gesamten Organismus zu vergiften. Eine Vergiftung kann jedoch mit Antibiotika entgegengewirkt werden. Nutzt dies nichts, so muß das abgestorbene Gewebe entfernt werden, im Eventualfall ganze Gliedmaße

Ein Gasgangren könnte entstehen, wenn etwa eine große Wunde mit nicht steriler Kleidung abgedeckt ist. Bei oberflächlicher Betrachtung wäre daher die Diagnose eines Gasgangrens eine geeignete Erklärung einer Amputation. Im vorliegenden Fall wurde die Diagnose gestellt, um die Verweigerung der Operation zu vertuschen. Die Amputation war Folge der Nichtbehandlung, und nicht die eines Gasganrens! Anm. TATblatt, nachdem wir einen Arzt gefragt

amputiert werden.

Phillip Morris Boykott

EinE unbekannteR SympathisantIn hat uns eine Liste aller offiziellen Beteiligungen des Phillip Morris Konzerns zugesandt. Vergangenes Jahr riefen US-amerikanische Act-up-Gruppen zum Boykott der Produkte des Phillip Morris-Konzerns auf, weil selbiger den rechtsradikalen Senator Jesse Helms finanziell unterstützt. Helms wiederum fällt ständig durch rassistische, sexistische und sonstige "law and order"-Ausfälle auf.

Aus der Liste nennen wir nicht nur die österreichischen Beteiligungen des P.M.-Konzerns, sondern auch Unternehmen, deren Produkte in Österreich eine gewisse Bedeutung haben!

Beteiligungen in Österreich:

- Jacobs Kaffee Ges.m.b.H.
- Mirabell; Salzburger Confiserie- und Bisquit-Ges.m.b.H. (Mozartkugeln etc.)
 - Bensdorp Ges.m.b.H.
- Columbia Kaffee HAG G.m.b.H.
- Suchard Schokolade Ges.m.b.H.

Beteiligungen an Firmen, deren Produkte in Österreich eine bestimmte Bedeutung haben:

- Miller Brewing & Co.; USA (Miller High Life; Bier)
- Seven Seas Food; Taiwan (Konserven)
- Kraft General Food Inc.; USA (Lebensmittel aller Art)
- AG Chocolat Tobler; Schweiz (Toblerone)
- Tchibo Coffee International Ltd.; GB (Kaffee)

Zigarettenmarken:

- Phillip Morris
- Rothmans
- Mariboro
- Murrati
- Benson & Hedges

Sonstige erwähnenswerte Beteiligungen:

• Infibo-Institut für biologische Forschung G.m.b.H.; BRD (?)

Hitlers Führerbunker?

Das in der Hornbostelgasse im 6. Wiener Gemeindebezirk befindliche Vereinslokal "Haltestelle Fußball", welches vor kurzem von der Polizei durchsucht wurde, nachdem dort eine Veranstaltung der VAPO abgehalten wurde, mußte eine Verschönerungsaktion über sich ergehen lassen (siehe Photo). Das Lokal, dessen BesucherInnen die Abkürzung des Namens "HF" fälschlicherweise als "Hitlers Führerbunker" übersetzten, war im letzten halben Jahr leergestanden und erst

vor kurzem wieder in Betrieb genommen worden. Erklärung zur Aktion liegt uns keine vor.

Einige unvoreingenommene BeobachterInnen hätten es vorgezogen, den Satz "Hier treffen sich Neonazis" an der Wand zu lesen, was der Vermittelbarkeit vielleicht zuträglicher gewesen

Terror gegen PAC

In Südafrika nehmen die Angriffe auf linke Organisationen zu. In der Nacht vom 28. auf den 29.Jänner verübten unbekannte TäterInnen einen Bombenanschlag auf das Büro des Stellvertretenden Präsidenten des "Pan African Kongress" (PAC). Nur zwei Tage zuvor hatte die südafrikanische Polizei den Generalsekretär des PAC verhaftet, als er nach einem Schußwaffen-Überfall der Polizei auf eine Kundgebung von 1000 Menschen mit Polizeioffizieren verhandeln wollte. Die Kundgebung hatte sich gegen Miet- und Strompreiserhöhungen gerichtet und hätte in einem Johannesburger Stadion beendet werden sollen. Dies verhinderte die Polizei mit ihrem Überfall. Der PAC, die zweitgrößte Antiapartheid-Organisation des Landes, will am bewaffneten Kampf gegen das Rassistenregime solange festhalten, bis die Durchführung einer Wahl zu einer verfassungsgebenden Versammlung unter dem Grundsatz "ein Mensch eine Stimme" durchgesetzt ist.

Ralf und Knud

Ralf und Knud, zwei Aktivisten der Hamburger "roten Flora", die im Juli 1991 wegen eines angeblichen Bahnanschlags verhaftet worden waren, sind wieder frei. Gegen die beiden, die in einer Erklärung sehr glaubhaft jede Beteiligung an einem Bahnanschlag verneint hatten (Tb berichtete mehrmals), hatten nur zwei Zivilpolizisten aussagen können. Außerdem mußte die Polizei einräumen, daß die Spurensicherung sehr mangelhaft betrieben worden war. Als schließlich ein Gutachter bezweifelte, daß Betonplatten auf einem Gleis überhaupt einen Zug zum Entgleisen bringen könnten, wurden die Haftbefehle aufgehoben und der Prozeß vertagt. In Begründung der Freilassung zweifelte der Richter die Existenzeines "dringenden Tatverdachts" an. Die Angeklagten und deren UnterstützerInnen hoffen nun auf einen glatten Freispruch, der für die zwei Zivilbullen eher unangenehme Folgen haben könnte.

Linke fördem Rechtsextremismus?

Nach Ansicht der bundesdeutschen CSU-Parlamentsfraktion fördert die Linke den Rechtsextremismus in der bundesdeutschen Gesellschaft. In einer Aussendung erklärte die CSU, daß Linke mit dem Vorwurf, die Deutschen seien ausländerfeindlich, lediglich versuchten, die Depression zu überwinden, in die sie nach dem Zusammenbruch des "Sozialismus" verfallen seien. Die deutsche Öffentlichkeit fühle sich dadurch diskriminiert.

Der "deutsche Selbsthaß der Linken bereitet auf diese Art und Weise den Nährboden für Rechtsextreme". Die "vereinzelt auftretenden Spannungen" zwischen AusländerInnen und Deutschen seien aber nicht Ausdruck von Rechtsextremismus, sondern Folge der hohen Zahl von AsylwerberInnen und des "Mißbrauch politischen Asyls".

Todesschwadronen in Guatemala

Todesschwadronen der guatemaltekischen Polizei ermordeten vergangene Woche franziskanische Ordensleute und andere Lehrer der Universität von Cuidad de Guatemala. Oppositionsgruppen forderten aus diesem Anlaß zum X-ten Mal die Entsendung einer UN-BeobachterInnengruppe, die die Menschenrechtssituation in Guatemala überwachen soll.

Riesen-Streik in Lissabon

Ein eintägiger Streik der öffentlich Bediensteten Lissabons legte einen Großteil des öffentlichen Lebens der portugiesischen Hauptstadt lahm. Die Streikenden folgten einem Aufruf der kommunistischen Gewerkschaft CGPT, die mit Kampfmaßnahmen eine 14,5 %ige Lohnerhöhung durchsetzen will, nachdem sich die Regierung und die sozialdemokratische Richtungsgewerkschaft UGT auf 9% geeinigt hatten.

Trotz dieser "Einigung" beteiligte sich die UGT am Warnstreik, der eine Stillstand des öffentlichen Verkehrs, der Flugbewegungen, der Müllversorgung etc. bewirkte. 80% aller LehrerInnen beteiligten sich am Ausstand.

Black Sheriffs in Wien?

Wiens Oberbürger Ziłk und Mayer kündigten vergangene Woche die Aufstellung einer eigenen uniformierten Sicherungseinheit für den Bereich der Wiener Verkehrsbetriebe an. Diese Einheit soll in Gruppen auftreten und für Ordnung, vor allem aber für ordnungsemäße Entrichtung der Fahrtgebühr sorgen. Diese Aufgabe könnte "durchaus von einem Privatunternehmen im Auftrag der Verkehrsbetriebe übernommen werden".

Erfahrungen mit solchen Privatarmeen gibt es aus mehreren europäischen Städten (z.B. München, Hannover und Zürich). Die wegen ihrer schwarzen, US-Polizeiuniformen angenäherte Bekleidung "Black Sheriffs" genannten Halbstarken stürmen in größeren Gruppen U-Bahn-Waggons, kontrollieren in höchst aggressiver Weise das Vorhandensein von Fahrscheinen und mißhandeln SchwarzfahrerInnen, in dem sie diese in den sogenannten Polizeigriff nehmen und so das Eintreffen der Polizei abwarten lassen.

In Hannover hat eine Gruppe von Kaufleuten ein "Sicherungsunternehmen" damit beauftragt; die Umgebung der Geschäfte von Drogenabhängigen, Obdachlosen und überhaupt allen, die nicht ins gewünschte Bild passen, zu säubern. Die Folge: Unzählige Knochenbrüche, Cuts und Blutergüsse......

Die öffentliche Polizei wurde von der Stadtverwaltung dazu angehalten, gegen Körperverletzungen seitens des "Sicherheitsdienstes" nicht einzuschreiten. Nachdem die Opfer nach Strich und Faden verprügelt und vor die Geschäftspassage geworfen wurden, holt sie die Polizei ab; es hagelt dann Anzeigen gegen die Opfer.....

Das scheint die "Sicherheit und Ordnung" zu sein, die sich Zilk und Mayer wünschen!

Kronzeuge ist kein Kronzeuge!

Die bundesdeutsche Bundesanwaltschaft steht im Verdacht, sich einen Kronzeugen gegen die RAF präpariert zu haben.

Der Bruder des erst kürzlich aufgetauchten "Zeugen", der der RAF bei der Ausspähung des "Deutsche Bank"-Managers Alfred Herrhausen behilflich gewesen sein will, sagte aus, zum angegebenen Zeitpunkt in der Wohnung des Bruders gewohnt zu haben. Von zwei "TerroristInnen", die sich da angeblich wo-

chenlang aufgehalten haben sollen, habe er aber nichts gemerkt. Überdies ergaben sich aus den Laboruntersuchungen der beim Anschlag sowie der in der Wohnung des "Zeugen" gefundenen Spuren von Sprengutensillen unerklärbare Widersprüche die auf "Präparierung" hindeuten

In einer Erklärung der RAF heißt es dazu: "Die ganze Geschichte, die der Staatsschutz um seinen 'großen Fahndungserfolg' gegen uns spinnt, ist von Anfang bis Ende erstunken und erlogen. Wir hatten nie Kontakt zum Verfassungsschutzspitzel N. (...)

Land mit den weltweit meisten Inhaftierungen im letzten Jahr deutlich ausgebaut. Nach einer Steigerung von 6,8% gegenüber 1989 befinden sich in den USA zur Zeit 455 von 100 000 EinwohnerInnen im Häfn. Damit werden neben westeuropäischen "Demokratien" (Schweden, Irland, Holland,...) sogar Horte der Freiheit wie Südafrika (311 von 100 000) und natürlich auch das im Goldrausch befindliche Österreich (214) auf die Plätze verwiesen.

Über die Ursachen der vollen Gefängnisse liegen die ExpertInnen im Streit: Während staatliche Institutionen die traditionell hohe Kri-



(...) Es liegt auf der Hand, daß der Staatsschutz mit der Fahndung nach diesen ominösen 'unbekannten RAF-Mitgliedern Peter und Stefan' direkt auf die Verhaftung von legalen Genossen aus dem Widerstand - die nicht in der RAF organisiert sind - zielt. (...) Die Behauptung, daß wir uns nicht wirklich illegal organisieren würden, sondern in leicht zu überwachenden Zusammenhängen am Rande legaler Widerstandsbewegungen leben würden, soll einerseits uns als Deppen hinstellen. Viel wichtiger daran ist aber, daß sie sich damit die Begründung für massenweise Hausdurchsuchungen in legalen Zusammenhängen herzaubern wollen.

Was diese Geschichte über uns aussagen soll: Wir würden den Leuten nicht anmerken, was mit ihnen los ist. Konkret bei dem Typen, weder, daß er ein Bulle ist, noch daß er psychisch am Ende ist. Noch schlimmer, das wäre uns egal, wenn wir so jemand mal gebrauchen könnten. Diese Menschenverachtung, die sie uns damit unterstellen, wir würden die elende Situation von Menschen ausnutzen, stellt alles auf den Kopf.

Wir sind in jeder Beziehung darauf aus, daß jede und jeder herausfindet, wie sie bzw. er leben will und was er/sie machen will."

USA: Weltmeister im Einsperren

Die USA hat ihre Position als

minalitätsrate der USA als Erklärungsmuster hochhalten, verweisen die AutorInnen der Studie auf die zunehmende "law and order" Stimmung in der US-Öffentlichkeit, die zwangsläufig zu mehr Anklagen, härteren Urteilen und vor allem immer schärferen Gesetzen führt.

Hungerstreik in Südkoreanischen Gefängnissen

Die jüngsten Kontakte der beiden Koreanischen Staaten nahmen rund 900 Gefangene in 27 Südkoreanischen Gefängnissen zum Anlaß, um mit einem Hungerstreik gegen die sog. Sicherheitsgesetze zu protestieren. Der Demokratische Familienverband teilte mit, daß der am 18.2. begonnene unbefristete Hungerstreik so lange fortgesetzt würde, bis die "Sicherheitsgesetze" abgeschafft und die Gefangenen aus der Haft entlassen wären. Es sei ein Widerspruch, daß Menschen wegen regierungsfeindlicher Aktivitäten oder verbotener Kontakte nach Nordkorea in Haft seien, die Regierung aber gleichzeitig (nach den Sicherheitsgesetzen verbotene) politische Kontakte mit der Nordkoreanischen Regierung unterhalte. Der Demokratische Familienverband ist ein Zusammenschluß von Angehörigen politischer Gefangener.

Deutsche Volksunion (DVU)

(einige Antifas)

1971 von Alt-Nazis gegründet. Versteht sich nicht als Partei im eigentlichen Sinne, sondern als Sammelbewegung des rechtsextremen Spektrums. Bestimmende Figur in der DVU ist der Verleger und Milionär Dr. Gerhard Frey. Er ist Bundesvorsitzender und hat mit seinem Druckschriften- und Zeitungsverlag ("Nationalzeitung, Deutsche Wochenzeitung") einen wesentlichen Einfluß in der rechten Szene. Mit ca. 16.000 MitgliederInnen die größte rechtsextreme Organisation der BRD.

Ihre MitgliederInnen rekrutieren sie hauptsächlich aus der mittleren und älteren Generation.

So, das war eine Kurzbeschreibung der DVU, aus dem Antifakalender 1992. Wir haben uns damit beschäftigt, wie weit die DVU nach Österreich reicht.

Und schon die aktuellen (naja ist auch schon über einen Monat her) Ereignisse in Salzburg zeigen recht viel. Kurz zur Erinnerung: die freiheiltliche Studenteninitiative (RFS) lud Gerhard Frey jr. zu einer Diskussion als Redner zum Thema: "Einwanderungsland Österreich" ein. Frey jr. ist wie sein Vater ebenfalls Redakteur der "Nationalzeitung" und engagierter DVU Aktivist. Diese Aktivitäten brachten ihm auch schon mal Prügel ein, als er in Bremen DVU Wahlplakate anbrachte und auf einige AntifaschistInnen stieß. Die Veranstaltung in Salzburg konnte durch AntifaschistInnen verhindert bzw. massivst gestört werden. Frey jr. fühlte sich sichtlich sehr unwohl. Ein Gefühl das er heuer beim DVU Treffen wieder vorfinden soll!

Gestört oder verhindert konnte leider

nicht die Rede des ehemaligen FPÖ Abgeordneten und Präsidentschaftskandidat von 1986 Otto Scrinci werden, als er 1990 als Hauptredner des DVU Treffens in Passau folgendes von sich gab: "Meine lieben Landsleute und Volksgenossenen! Wir wollen nicht Zaungast bei der Wiedervereinigung sein." Eine Frechheit sei das Anschlußverbot, das die Souveränität Österreichs einschränke. Man dürfe schließlich nicht die Volksabstimmung 1938 vergessen, wo die Österreicher ihren wahren Willen kundtaten. "Ich weiß, die Mehrheit der Bürger sind Deutsch-Österreicher".

1990 sprach auch der Österreich Korrespondent der "Nationalzeitung" Dr. Herbert Fritz beim DVU-Treffen. Fritz war 1990 einer der SpitzenkandidatenInnen der von der Wahlbehörde nicht zugelassenen "Liste Nein zur Ausländerflut", Weiters ist er der Vorsitzende der "Österreichischen Gesellschaft der Völkerfreunde" und der "Sozialen Volksbewegung", Mitinitiator der Liste "Ein Herz für Inländer", Herausgeber des Flugblattes "David Irving kommt". 1959 saß er zehneinhalb Monate in U-Haft wegen Südtirolattentaten und war 1967 Gründungsmitglied der NDP.

Der Pseudo-Historiker David Irving kommt laut "Nationalzeitung" ebenfalls zum Treffen nach Passau um dort den DVU'lerInnen die "Wahrheit" über die Gaskammern im 3.Reich zu sagen. Er hat nämlich "historischwissenschaftlich" für sich und alle die es glauben wollen bewiesen, daß es keine Vernichtungslager im 3.Reich gab. Der Aufstand 1956 in Ungarn, das wollen wir auch noch erwähnen, da seine "geschichtlichen" Bücher noch immer im Handel erhältlich sind, sei lediglich ein Protest

gegen jüdische Folterer und jüdische Geheimpolizisten gewesen.

Seine "Wahrheiten" werden auch über die Nationalzeitung und die Deutsche Wochenzeitung verbreitet. Diese Zeitungen kann mensch dank der Morawa Verlagvertriebsgesellschaft in beinahe jeder österreichischen Trafik kaufen. Und natürlich wird auch in diesen Zeitungen für das Treffen in Passau gleich mehrfach geworben. Für 500 Öschis bringt ein Bus Deutsche-ÖsterreicherInnen nach Passau. Organisiert wird diese Fahrt von Dr. Otto Rosskopf.

Rosskopf wurde wegen Extremismus aus dem "Österreichischen Kameradschaftsbund" ausgeschlossen. Er ist seither (?) der Führer der "Kameradschaft Prinz Eugen". Weiters war er 1980 der Vorsitzende des "Komitees zur Wahl eines nationalen Deutsch-Österreichs", welches für ex-NDP (Nationaldemokratische Partei) Chef Dr. Norbert Burger für desen Bundespräsidentschaftswahlkampf zahlreiche Veranstaltungen inszenierte. Rosskopf unterhielt auch gute Kontakte zur ANR (Aktion Neue Rechte) und übernahm schon mal den Ehrenschutz für eine Dichterlesung von Gerd Honsik im Wiener Hotel Hilton. Wichtig wäre vielleicht noch, daß H.J. Schimanek (auch im Häfn zur Zeit, VAPO) wahrscheinlich auch einer seiner Kamera-

Und da wie in den vergangenen Jahren, zahlreiche Deutsche-ÖsterreicherInnen nach Passau fahren werden, unterstützen auch wir den Aufruf, am 14. März in Passau gegen das DVU-Treffen zu deemonstrieren. Denn auch uns ist klar: wo massig FaschistInnen sind, sollten noch viel mehr, ja Massen, ja massigst Antifas sein!

Kein ruhiges Hinterland - DVU Angreifen!!

(Aufruf Flugblatt) Passau 14.03.92

Aktionstag gegen die DVU.

9:00 Begrüßung der Faschos am Exerzierplatz

14:30 Auftakt zur Demo am Europaparkplatz am Hauptbahnhof, Nachmittags Volxküche, Abends Antifafest

Auch dieses Jahr findet wieder eines der größten Faschotreffen Mitteleuropas statt. Die DVU mobilisiert ihre AnhängerInnenschaft aus ganz BRD und Ausland nach Passau in die Nibelungenhalle. Dies werden wir nicht ohne Widerstand geschehen lassen. Es geht darum ihnen endlich ihre befriedeten Rückzugswinkel zu nehmen, Stück für Stück, ihnen nirgends Ruhe zu lassen. Und das nicht trotz, sondern wegen der Einschätzung, daß es in ALLEN Städten und Dörfern immer mehr zu tun gibt !!!

Die DVU in Passau

Seit über 10 Jahren findet eine der größten Nazi-Veranstaltungen Mitteleuropas in

Passau statt.

Mit - teilweise kostenlosen - Bussen zusammengekarrt, treffen sich hier tausende von Alt- und Neonazis, Jungfaschos und SympathisantInnen aus dem gesamten rechten Lager. Erfolgreich mobilisiert werden sie aus der BRD, EX-DDR, Österreich und Südtirol.

Veranstaltet und koordiniert wird die rechte Propaganda-Show von der DVU, wobei die Grenzen zu anderen Gruppierungen eher verschwommen sind. Vertreten ist alles von NPD bis FAP.

Der bundesweite Widerstand dagegen -auch von aufonomer Seite- war nach 1988 praktisch eingeschlafen, nachdem Blockadeversuche die Veranstaltung nicht undurchführbar gemacht hatten, ebensowenig wie eine in der Halle gezündete Tränengasgranate zur Verhinderung führte.

So wurde seitdem wegen unserer Lähmung und Resignation nur noch regional bzw. bayernweit mobilisiert zu Kundgebungen mit demonstrativen Charakter, um wenigsten irgendwas zu machen.

Regelmäßig kam es in den letzten Jahren vor und nach der Veranstaltung der Faschos zu Angriffen auf Antifa-Zusammenhänge. Bei den militanteren Auseinandersetzungen waren wir gezwungen, den Faschos wegen ihrer erdrückenden Überzahl bzw. fehlender Entschlossenheit unsererseits die Straße zu überlassen.

Dieses Jahr haben wir uns entschieden, nach 3 Jahren erstmals wieder ein offensives Konzept zu verwirklichen.

Zur Taktik: Kein ruhiges Hinterland!

Nach der Verbreiterung und dem Aufschwung der rechtsradikalen Gruppierungen ist es ihnen gelungen, teilweise ein ruhiges Hinterland und Rückzugsgebiet zu gewinnen: z.B. allein in Bayern fanden letztes Jahr vollkommen unbehelligt ein bundesweiter Kongreß des NF (in Roding) und ein Faschoskin-Treffen (in Neuburg a.d.Donau) statt; außerdem fand 1990 der Bun-

desparteitag der REPs in Ruhstorf (ca 30 km von Passau weg) statt und auch dieses Jahr wollen die REPs ihren Bundesparteitag wieder hier in der Region abhalten (14. -16. Juni in Deggendorf) zu. Auf die bundesweite Faschodemo (in Wunsiedel) und die DVU-Veranstaltung (in Passau) wurde zwar mit Demos reagiert, aber es kam immer nur zu geringfügigen Behinderungen.

Eine antifaschistische Strategie aber, die über die lokale Präsenz und Verteidigung von Antifa-Zusammenhängen hinausgehen soll, erfordert es, nach Notwendigkeiten zu planen, und nicht nur nach der regionalen Betroffenheit aktiver AntifaschistInnen.

Oftmals ist ja noch nicht mal dies der Fall, sondern entscheidend die Erwartung, ob eine Demo "gut" wird, in einer "guten" Stadt passiert, ob der Ablauf als "angenehm" wird. (Erstmal sehen wie die Leute mobilisieren, wer von den Nachbarstädten hinfährt usw.)

DIESE Haltung zu überwinden sehen wir als wichtigen Schritt an, hin zu mehr Effektivität, zu strategischem Handeln. Dazu nötig ist weniger die starke Hand einer geordneten Organisation als vielmehr die Einsicht in die Notwendigkeit.

Egal wo Faschisten und Faschistinnen MASSENHAFT auftreten, ist es nötig MASSENHAFT Widerstand entgegenzusetzen. Das sehen wir für uns als notwendigen Konsens, um überhaupt was machen zu können

Zur bundesweiten Antifa: Was tun? Was tun!!!

Eine lähmende Unsicherheit hat sich in den letzten Jahren in autonomen Zusammenhängen ergeben, gerade in Teilbereich Antifa: Rennen wir nur den Nazis hinterher, reagieren wir nur? Diese Frage löst sich von selbst durch die einsicht, daß alle nach Veränderung Strebenden erstmal reagieren, nämlich darauf, daß ihnen das Vorgefundene nicht paßt.

Na und, weiter? Sollte diese Frage die Behauptung beinhalten, daß außer der reinen Gegenaktion keine Ideen vorhanden sind, keine weitergehenden Zusammenhänge durchschaut und hinterfragt werden, so handelt es sich um eine unzulässige Vereinfachen, den Mythos der Frustrierten.

Unsere unmittelbare Tagesziele sind klar: Die Demoralisierung, Behinderung, wenn möglich politische Isolierung der Faschisten und Faschistinnen. Generell kann es aber nicht nur darum gehen ihnen die Straße zu nehmen, und sie bei jeder Gelegenheit anzugreifen. Vielmehr müssen wir radikal an die rassistischen und sexistischen Wurzeln der Nazi-Mobilisierung rangehen. Aus dieser Analyse heraus müssen wir versuchen, auch öffentliche Räume mit unstren Inhalten zu besetzen. Für langlebige Perspektiven müssen wir ferner an politischen Utopien arbeiten, die aber zum Teil in unseren Aktionen gar nicht liegen können. Dieser Anspruch führt nur zur Lähmung. die aktionen in der praxis sind nicht der weisheit letzter schluß; aber immerhin die allererste voraussetzung.

Erklärung zu "Prozeß gegen Antifaschisten" aus TATblatt minus 36

Ziemlich leicht mißzuverstehen war der Text unter obiger Überschrift im letzen TATblatt.

Da stand: "Weil dieser Anschlag im Namen der ADH (Aktion Denken und Handeln) gemacht worden war, wollte man ihnen auch alle anderen Anschläge, die man der ADH zurechnete, in die Schuhe schieben und sich bis zu deren Klärung in Haft behalten". Dann später im Text: "Der Druck war groß — und sie gestanden".

Dazu ist einerseits zu bemerken, daß das Wort "Anschlag" unter Anführungszeichen geschrieben hätte werden sollen, weil sie lediglich die Atrappe einer Bombe deponiert hatten, und niemals irgendwelche Menschen gefährden, verletzen oder töten wollten.

Das Wort "gestanden" sollte sich lediglich auf die Geschichte mit der Atrappe beziehen, der/die LeserIn konnte jedoch vermuten, daß es sich auch auf "echte" ADH-Aktionen beziehen würde. Dies stimmt nicht, die beiden verwendeten diesen Namen nur, weil er ihnen gefiel; mit Aktionen, zu denen sich die ADH bekannt hat, haben sie nichts zu tun und konnten folglich auch nichts dazu gestehen. Es sollte im Text nur deutlich gemacht werden, daß die Aussicht für die beiden, in absehbarer Zeit wieder aus der U-Haft entlassen zu werden, relativ gering war.

Kurze Geschichte der Skinheads

(Asta Hannover; TATblatt Wien)

In der Skinzine-Rundschau der letzten Ausgabe wurden mit einem Nebensatz die s.h.a.r.p.-skins erwähnt. Im selben Nebensatz mußten wir gestehen, über die Ursprünge der Skins so gut wie gar nix zu wissen. Unbekannte SympathisantInnen haben uns einen diesbezüglichen Beitrag aus dem Organ der Hannoveraner Asta geschickt (es heißt erstaunlicherweise "Basta"), den wir hiermit zum Abdruck bringen.

. Wir schreiben das Jahr 1966. Die Modszene liegt in den letzten Zügen. Sie kann dem Druck der Medien und Marktkräfte

Am Freitag, 28.2., um 18 Uhr findet im TATblattbüro das nächste Anti- DVU Plenum statt. Termin bitte weiterverbreiten und alle die nach Passau fahren wollen oder Infos wollen einfach

nicht länger standhalten; sie splittert sich auf.

hinkommen.

Auf der einen Seite die Stylisten (eine Art von Frühhippies) und auf der anderen Seite die Gang-Mods, die sich der ArbeiterInnenklasse verbunden fühlten.

Diese Gang-Mods mit ihren Stiefeln, Hosenträgern und Jeans sind durchaus als Vorläufer der Skinheads zu betrachten. Sie hatten aber keine Glatze; vielmehr trugen sie ihr Haar in der Länge eines halben Streichholzes, um sich von den anderen Jugendlichen abzuheben, die gerade der Mode der langen Haare anhingen.

Als 67/68 die ersten Skinheads auftauchten, hatte mensch zuerst keinen Namen für diese neue Subkultur. Sie selbst nannten sich Spy Kids, Peanuts oder Boot Boys. Letzteres, weil sie Stiefel der Marke "Doc Martens" trugen. Diese Stiefel wurden aber nicht getragen, weil sie als besonders chic

galten, sondern weil sie die billigsten waren und sie gleichzeitig die Herkunft der Skins symbolisierten, die Arbeiterklasse.

Die Vorbilder der Skinheads waren auf der einen Seite die Mods, denn wenn mensch abends zu Tanzveranstaltungen ging, trugen die Skinheads Anzüge und smarte Halbschuhe. Auf der anderen Seite standen die Rude Boys als Vorbilder. Diese waren schwarze Emigranten aus Jamaika, die die Musik, zu denen die Skins tanzten, aus ihrer Heimat mitgebracht hatten, Ska und Reggae. Viele jamaikanische Musiker huldigten den Skinheads in ihrer Musik. So brachte die Reggae-Gruppe Simaryp den Titel "Skinhead Moonstomb" heraus.

Skinhead oder Rude Boy war, wer sich keine teuren Klamotten kaufen konnte und das auch zeigen wollte.

Die Ausrichtung der '69er Skinheads auf die schwarze Rude Boy Kultur läßt zumindest deutlich erkennen, daß es sich hierbei nicht um Rassisten handeln konnte. Roddy Moreno, Gründer von S.H.A.R.P.-U.K. er-

zählt: "Natürlich gab es rassistische Skinheads, aber genauso wie es rassistische Banker oder Milchmänner gibt. Die Szene als ein Ganzes war antirassistisch." 1973 verschwand die Bewegung für eine Zeit von der Bildfläche. Erst mit Beginn des Punk 1976 sah mensch wieder Skinheads auf der Straße. Diese hörten nun Streetpunk (auch Oi genannt). Für die einen waren sie unpolitisch, für die anderen sozialistisch geprägt. Doch auch diese blieben ihren Wurzeln treu.

1979/80 begann eine neue Blütezeit des Ska. Gemischte Bands aus Schwarzen und Weißen wie z.B. die Specials oder Selector verbanden Punk und Ska mit dem Reggae der 60er und kamen zum two-tone-Ska (benannt nach dem Label, auf dem die Gruppen produzierten). Aber die Szene war nicht mehr einheitlich. Arbeitslosigkeit und

geringe Aussichten für die Zukunft trieben viele Skinheads in die Arme rechtsradikaler Parteien, wobei die Medien ihr Scherflein beitrugen (1). Die anderen Skins standen dieser Bewegung anfangs ratlos gegenüber.

1985 versuchten die "Redskins" (2) einen neuen Anlauf gegen die rechten Skins. Die Redskins benannten sich nach einer englischen Polit-Soul-Band gleichen Namens, die als musikalischer Arm der trotzkistischen Socialist Workers Party bezeichnet werden könnte. Die Redskins gingen gemeinsam mit Autonomen und Punks gegen Neo-Nazis und Boneheads (Ausdruck für faschistische Skins) vor.

S.H.A.R.P.

Doch es gibt auch Skins, die weder im rechts- noch im linksradikalen Lager zu Hause sind. Diese Skins haben sich zu S.H.A.R.P. zusammengeschlossen. Diese Gruppe wurde 1986 in den USA gegründet und durch den Sänger der antirassistischen Oi-Band Oppressed nach England gebracht. Mittlerweile ist S.H.A.R.P. in fast allen Ländern Europas verbreitet, so auch in der BRD (3).

S.H.A.R.P.-Skins treffen sich zumeist auf Ska-Konzerten oder Parties. Dort wird auch über Aktionen gegen Boneheads beratschlagt. Es existieren auch Publikationen in denen sich die S.H.A.R.P.s austauschen, so das "Straps and Shorts" aus Nürnberg, das "Skintonic" aus Berlin oder das "looking sharp" aus Hannover, aus dem auch die Infos für diesen Artikel stammen.

Auf einer Demonstration anläßlich der Reichspogromnacht verteilte S.H.A.R.P. ein Flugblatt sowohl in deutscher als auch in türkischer Sprache, in dem sie Angriffe auf ausländische Mitmenschen aufs Schärfste verurteilten und zur Unterstützung antirassistischer Aktionen aufriefen. "Aber die Boneheads (Faschoglatzen) werden dadurch nicht weniger und minder gefährlich! Deswegen: Unterstützt S.H.A.R.P. und andere antirassistische Organisationen!"

Abschließend (vom TATblatt Wien): Dieser Beitrag soll nicht dazu führen, die absolut notwendige Militanzbereitschaft gegenüber Nazis und Boneheads zu torpedieren (unter dem Motto: "da muß mensch doch differenzieren...."). Vielmehr geht es um Wissen über die Geschichte der Skins, die durchaus auch gegen Neonazis verwendet werden kann!

Und nun für die, die es genau wissen wollen: Am 21.März spielt die zum Teil aus Skins bestehende Ska-Gruppe "Blechreiz" im Flex. Das Konzert der Gruppe, die auch auf "multikulturellen Festen" und Umweltschutz-Soli-Aktionen teilnimmt, ist außerordentlich empfehlenswert!

(1) Der Satz ist den AutorInnen wohl ein bisserl zu flott aus der Feder geronnen. Wir können die Zwangsläufigkeit, mit der Arbeitslosigkeit und fehlende Aussichten für die Zukunft Menschen zu Rechtsradikalen treiben, nicht erkennen. Die Behauptung etwa, daß die Arbeitslosigkeit erst die Grundlage für die Machtergreifung der Faschisten bereitet hätte, ist bezüglich Italien ohne Grundlage und auch im Zusammenhang mit dem 30.1.1933 nur als eine Rechtfertigung der bürgerlichen Geschichtsschreibung zu betrachten. Auch Menschen ohne Arbeit und ohne Zukunftsperspektive sind für ihr Handeln selbst verantwortlich!

(2) TrägerInnen von Jacken mit der Aufschrift "Redskins" sind aber nicht automatisch Linke. Die zur Zeit moderne Jackenaufschrift bezieht sich auf ein US-Footballteam, welches gerade die abgelaufene Meisterschaft gewinnen konnte. Gegen dieses Team (und andere) protestieren Gruppen von IndianerInnen, da sie die Namen zu Recht als rassistisch empfinden!

(3) Der Artikel stammt, wie gesagt, aus der BRD. Von einer S.H.A.R.P.-Organisation in Österreich wissen wir nix. Sehrwohl aber gibt es einige S.H.A.R.P.-Skins in Wien (siehe Grafittis und Ska-Konzerte). Welche Genaueres wissen sind hiermit gebeten, es uns weiterzuerzählen.



Polizeisport: OpernballdemonstrantInnen angreifen!

(M. Novak)

Die Wiener Polizei hat sich heuer wieder einmal etwas Neues für etwaige DemonstrantInnen gegen den Opernball ausgedacht.

Eine Aufgabenteilung soll der Polizei ein effektiveres Vorgehen ermöglichen: Ein Teil der Beamt(Inn)en soll direkt um die Oper postiert werden und diese — wie bisher — festungsartig verteidigen. Von diesen getrennt sollen starke Polizeieinheiten in Querstraßen zu den Ausfallsstraßen postiert werden, um abströmenden oder weglaufenden DemonstrantInnen den Weg abzuschneiden und einzukesseln. Eine dritte Gruppe von zivilen "Sicherheitskräften" soll die DemonstrantInnen begleiten, bzw. sich unter die DemonstrantInnen mischen und entweder über Funk oder vor Ort den Greiftrupps mitteilen, welche Personen festzunehmen seien.

Als Sammelpunkte für solche Greiftrupps sind – angeblich – vorgesehen:

1.Bezirk:

- Markartgasse
- Stadtpark

3.Bezirk:

- Marrokanergasse
- Traungasse

4.Bezirk:

- Gußhausstraße
- Paniglgasse
- Faulmanngasse

6.Bezirk:

- Millöckergasse
- Getreidemarkt (TU)

Babenbergerstraße

Ehrlich gesagt kommt uns das ein bisserl viel vor. In jedem Fall sollten sich aber PassantInnen und DemonstrantInnen im ganzen 3., 4., 5. und 6. Bezirk in Acht nehmen, da quasi der Ausnahmezustand ausgerufen wird (Bögl: "Kundgebungen kanns ab dem Praterstern geben").

Im ersten Bezirk sollen alle U-Bahnstationen bzw. möglichen Treffpunkte (z.B. die Hauptuni) gesondert observiert werden (warscheinlich per Videokamera oder so), um sich sammelnde Gruppen sofort festhalten zu können, bevor sie in den Bereich Oper gelangen. Mobile Greiftrupps in sog. Sektorwägen werden an neuralgischen Punkten stationiert (angeblich bei der Bundeswirtschaftskammer in der Wiedner Hauptstraße), um nach einer eventuellen Demonstration Lokale und Sammelpunkte überfallen zu können. Auch diese Lokale sollen den Abend über observiert werden.

Ob die angegebenen Sammelpunkte wirklich stimmen, können wir natürlich nicht garantieren. Klar ist, daß es der Polizeiführung nicht um die Verhinderung von Krawallen geht, denn selbst diese muß schon mitgekriegt haben, daß es keine wirkliche Mobilisierung für eine Demonstration gibt. Das Ganze dürfte eine Art Manöver sein, bei dem abgecheckt werden soll, ob so groß angelegte Konzepte überhaupt personell und technisch durchführbar sind.

Es ist irgendwie zu erwarten, daß dies zur Zeit nicht möglich ist; und gerade daraus will die Polizeiführung Kapital schlagen, in dem sie nach dem 27.2. neue Ausrüstungsgegenstände (vor allem im Kommunikationsbereich, also Funkgeräte mit Zerhacker und mobile Computer für Einsatzleiter) fordert. Außerdem dürfte es eine Möglichkeit sein, den Durchgriff der Führung auf die Truppen und deren Befehlshaber abzuchecken. Es gibt da Gerüchte, daß "oben" unbeliebte Befehlshaber an "undankbaren Stellen" eingesetzt und aufgabenmäßig überfordert (z.B. zu großes Einsatzgebiet) werden sollen, um sie

nachher absägen und wegschieben zu können. Ob das stimmt, können wir natürlich nicht abklären!

Und noch etwas: Es geht der Polizeiführung um den Beweis, daß Polizeieinsätze auch ohne merkbare "Übergriffe" erfolgreich sein können. Jede Lebensregung im Ausnahmezustandsgebiet soll rechtzeitig erfasst und ausgeschaltet werden, bevor es wer von den Medien mitkriegt (Grabesstille nennt mensch das). Letztlich heißt das aber auch, daß es notwendig ist, soviel Aufsehen wie nur möglich zu machen, wenn mensch von den Totenwächtern bedroht wird.

Originell ist auch noch die offizielle Begründung für das Großmanöver: Die Kette um die Oper ist nur zur Verteidigung da. Die Greiftrupps sind notwendig, um Polizeiübergriffe zu verhindern, denn diese Polizisten waren ja, wenn

sie zum Einsatz kommen, noch nicht im Kampfgeschehen involviert und sind daher weniger aggressiv. Und die mobilen Trupps sollen schließlich Rädelsführer verhaften und neuerliche Ausschreitungen in anderen Stadtteilen verhindern (die es aber nach Opernballdemos noch nie gegeben hat).

Nach Außen versuchen Bögl und sozialdemokratische Polizeigewerkschafter der FPÖ die "Schuld" für das Großaufgebot an Polizei und den de-facto Ausnahmezustand in die Schuhe zu schieben. Die Behauptung, daß diese nach ihrem Erfolg bei den Personalvertretungswahlen nach mehr "law and order" verlangen, soll aber lediglich das Interesse der Polizeiführung am Großmanöver verdecken und außerdem ermöglichen, eventuelle Pannen ("Übergriffe" oder sonst was) auf andere abwälzen zu können.

Was fehlt?

• ein (geplanter) Text zur weiteren Entwicklung beim Niederlassungsgesetz. Beim Asylgesetz ist auch das letzte Parteiblättchen schon draufgekommen, daß es existiert, und gibt seine Einschätzung dazu ab. Um das Niederlassungsgesetz, das in seinen Auswirkungen noch viel bedeutender ist, herrscht dagegen tiefstes Schweigen. Wer mehr dazu erfahren möchte: Beratungsstelle für MigrantInnen, Modenapark 6/8, 1030 Wien, Tel. 712 56 04/22 oder Asylkoordination, Tuchlauben 8, 1010 Wien. Tel. 53 33 755/12

"WIR NEHMEN KRITIK ERNST"

Bericht zur Lage in Euskadi anläßlich eines Interviews mit einem Führungsmitglied der ETA. Dieses Interview wurde am 8.Dezember 1991 geführt und in der baskischen Tageszeitung "EGIN" veröffentlicht. Es behandelt Fragen des bewaffneten Kampfes, die Situation der Gefangenen und etwaige Verhandlungsstrategien.

(Euskadi Information/TATblatt)

Zum bewaffneten Kampf der ETA

In letzter Zeit sind vermehrt Gerüchte aufgetaucht, wonach es in der ETA-Führung zu Differenzen und Spaltungstendenzen gekommen wäre. Das sei, nach Aussagen des ETA-Sprechers, darauf zurückzuführen, daß zwei Gefangene, die nach jahrelangem Knast und harten durchstandenen Situationen für sich persönlich zu dem Schluß gekommen sind, den bewaffneten Kampf in Frage zu stellen und sich nicht mehr mit der Strategie der abertzalen Linken (radikal linksnationalistische BaskInnen, Anm. der Red.) und mit den organisatorischen und politischen Positionen der ETA einverstanden erklären können. Diese Situation wird vom spanischen Staat und seinen Behörden ganz bewußt ausgenutzt, um in den bürgerlichen Medien Meldungen lancieren, die nicht der Wahrheit entsprechen und somit dem Rest dieser kümmerlichen Welt falsche Eindrücke vermitteln.

Zitat des ETA-Sprechers: "Aus personlicher Sicht können wir das alles verstehen. Das Leiden während mehreren Jahren hat bei einigen Gefangenen zu Müdigkeit und zahlreichen untragbaren Situationen geführt, und in diesem Maße ist es sehr logisch, daß diese Entwicklung sichtbar und auch öffentlich bekannt wird. Aber es soll niemand denken, daß die ETA diese irr-

tümlichen, ja, gar defaitistischen, politischen Stellung-.nahmen, die diese Tage erschienen sind, in irgendeiner Form teilt. Umso weniger, als diese Stellungnahmen mit der Strategie des Innenministeriums übereinstimmen. Warum haben die Massenmedien, die sich ja auf jenes beziehen, nicht die Meinung der anderen - ja,

grad aller - Gefangenen veröffentlicht?...Hier ist zum Beispiel (in diesem Augenblick des Interviews legt der Sprecher der ETA ein Schriftstück auf den Tisch) ein umfassendes Dokument, welches unter allen Militanten, ob Gefangene oder nicht, verteilt wurde. Es sind darin verschiedenste Meinungen, und selbstverständlich auch ein langer Brief von Etxabe und Urrutia (Gefangene aus der ETA, die die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes in Frage stellen-Anm. TATblatt). Wir haben keine Angst vor kritischen Meinungen, weil diese absolut notwendig sind wir sie auch sehr beachten... Es kann jedeR seine/ihre Meinungen veröffentlichen, die er/sie will. Wir

haben keine Angst davor. Diejenigen, die heutzutage die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes mißbilligen und gleichzeitig

> die rauhe Wirklichkeit der bewaffneten Macht des spanischen Staates stillschweigend übergehen und den Kopf einziehen, verfallen in schwerwiegende Widersprüche. Solche Personen sind sehr weit von ETA entfernt. Es soll jedeR sagen, was er/sie will, dann aber auch konsequent handeln. Aber es soll niemand seine persönlichen Schwächen, auch

wenn sie zu respektieren sind, unter einem falschen politischen Mäntelchen zu ver-

Einer der häufigsten Vorwürfe gegen Organisationen wie ETA, IRA und/oder andere ist die Art und Weise der Durchführung von Anschlägen, die durch Medienberichte ausgeschlachtet werden bei denen es leider manchmal vorkommen kann, daß auch unbeteiligte Menschen verletzt oder getötet werden. Doch inwieweit ist es verwunderlich, wenn Bauarbeiter, die in Nordirland für die britischen Besatzer arbeiten, deren Firmen sogar Briefe der IRA erhalten haben, in denen sie aufgefordert werden, ihre Arbeit für die Briten sofort einzu-

stecken suchen."

bezahlte Anzeige:



<u>Chlorfrei gebleicht</u> derindus nie ist auf eine ihrer Sündenigestoßen, die sie natümlich nie de Chlorb eiche. Nun wird mit viel Tamtam chlorfrei gebleichtes Papier zum "neuen Urweltschutzpapier" nochgejubeit. A'r stellen onne Tamtam fest, daß in einer Ökologischen Gesamtbilanz Recyclingpapier aus 100% Altpapier nach wie von um Längen voraus ist.

Filk GmbH, 1070 Wien, Westbahnstr.40. Tel. 5233071. Fax. 523307122 papie.

stellen, wenn diese Arbeiter dann zu Zielen von Attentaten werden? Dann geht ein Aufschrei durch die gleichgeschalteten Medien, wo es heißt, daß die IRA Attentate gegen vollkommen unschuldige Menschen durchführt

Inwieweit ist es verwunderlich, daß Familienangehörige von Guardi Civil-Leuten umkommen, wenn sie ihre Frauen und Kinder ganz bewußt als Schutzschilder verwenden und so glauben, daß sie vor Anschlägen sicher sind?

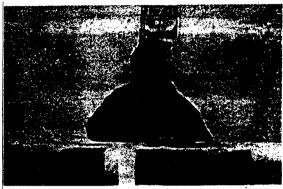
Auf diesen Vorwurf, Attentate ganz bewußt auf Kinder durchzuführen, antwortet der ETA-Sprecher: "Wir werden wiederholen, was wir schon ein um das andere Mal in den letzten Monaten gesagt haben. Die harten Resultate einiger unserer Aktionen sind die schmerzhafteste und rauheste Spiegelung dieser Auseinandersetzung. Diese Tatsachen zeigen uns den drastischsten Aspekt dieses Kampfes. Wir behaupten gar nicht das Gegenteil. Es ist schmerzlich für alle, ohne Zweifel. Denn diese Folgen tun auch uns weh, bereiten uns großen Schmerz, ehrlich.... Wir können aber bekannt geben, daß wir uns anstrengen werden, damit solche Vorkomnisse nicht mehr passieren, oder sie zumindest auf ein Minimum reduziert werden.... Wir wollen noch einmal festhalten, und zwar ganz klar, daß Kinder in keiner Weise Ziele von uns sind, und das wissen die Eltern der Kinder sehr gut, und auch die Vorgesetzten (militärische, gemeint ist z.B.: die Guardia Civil. Anm. der Red.) der Eltern dieser Kinder wissen es. Doch wenn sie denken, daß wir unsere Aktionen verringern werden, weil sie ihre Kinder und/oder Familienangehörige als Schutzschilder benützen, dann haben sie sich sehr getäuscht... Ebenso möchten wir festhalten, daß die direkten Verantwortlichen für die Auseinandersetzungen diejenigen sind, die den militärischen und polizeilichen Zwang gegen Euskal Herria (von BaskInnen beanspruchtes und in ihrem Nationalbewußtsein stark verankertes Gebiet) vorantreiben. Selbstverständlich wird ETA weiterhin gegen diese kämpfen und die Aktionen gegen sie bis zu den letzten Konsequenzen führen."

Trotz der Beteuerung, in Zukunft genauso wie in der Vergangenheit keine ZivilistInnen gezielt anzugreifen, weil das keinerlei Platz im politischen Konzept der ETA hat, bekräftigt der ETA-Sprecher, die Attentate auf private Autos der Guardi Civil und die von spanischen Polizisten fortzusetzen, genauso Attentate auf Kasernen der Guardia Civil, auch wenn dort Familienangehörige der Guardia wohnen, weil das wie, bereits erwähnt, ein einkalkuliertes Risiko der Militärs ist. (So geschehen 1991, wo bei einem Anschlag der ETA gegen die Kaserne der Guardia Civil in Vic auch dort wohnende Familienangehörige unglücklicherweise starben.)

Über die Repression des spanischen Staates:

In letzter Zeit gab es ungewohnt viele

getötete ETA-Mitglieder, was allerdings kein Zufall ist. Diese Tötungen "passierten" vor allem bei Hausdurchsuchungen bei vermeintlichen ETA-Mitglieder Innen. Besonders hervorgetan haben sich bei solchen Erschießungen Mitglieder der berüchtigten, paramilitärischen Todesschwadronen GAL des spanischen Staates. Diese Todesschwadronen haben in den Jahren 1983 bis 1986 insgesamt 65 Attentate gegen baskische Flüchtlinge und Politiker Innen durchge-



führt, die 26 Todesopfer forderten. Daß dabei die Zusammenarbeit von GAL und dem spanischen Staat für jede der beiden Seiten von großem Vorteil war, braucht nicht extra erwähnt zu werden. Auch der ETA-Sprecher glaubt nicht an Zufälle im Zusammenhang mit den Todesfällen: "Es ist offensichtlich, daß die politischen Mächte, unter Verwendung polizeilicher und repressiver Mittel, einen klaren und dreckigen Willen bewiesen haben, die Militanten von Euskadi Ta Askatasuna (ETA; "Baskenland und Freiheit" auf baskisch) zu vernichten. Diese Morde sind das traurige und brutale Resultat dieser Jahre, die schmerzlichste Seite dieses Kampfes. Wir ETA-Militante kämpfen nicht um gepolsterte Sessel oder vergoldete Arbeitsplätze, sondern im Dienste und zum Wohle unseres Volkes, indem jeder Einzelne sein kohärentes und ehrliches Leben bis zu den letzten Konsequenzen führt. Trotzdem, wenn sie glauben, mit dieser widerlichen Politik die Militanz von ETA zu verringern oder einzuschüchtern, dann müssen wir ihnen sagen, daß sie eine unnütze Arbeit tun."

Über das Jahr 1992

Für Europa und insbesondere für Spanien ist 1992 ein sehr wichtiges Jahr, das einige Dinge nicht mehr so belassen wird, wie sie jetzt noch sind. Da wäre die Vereinbarung von Maastricht, einen einheitliche, europäischen Wirtschaftsraum zu schaffen, der neben den von den HERRschenden propagierten Pseudo-Vorteilen vor allem Nachteile bringt, weiters die EXPO in Sevilla, die Olympischen Sommerspiele in Barcelona, für deren Durchführung ganze Stadtviertel umstrukturiert wurden, und außerdem die große 500-Jahre-Imperialismus-Feier.

Dennoch klingt es nicht so, als wäre das Jahr 1992 besonders entscheidend für die ETA. "Sagen wir es einmal lapidar: kann sein, muß aber auch nicht." Erstmals jedoch seit längerer Zeit ist wieder der Staat gezwungen, Akzente zu setzen (insbesondere durch die Schaffung dieses gemeinsamen Wirtschaftsraums, der lediglich dazu dient, das kapitalistische System am Leben zu erhalten, da es sonst zusammenbrechen würde); Unter anderem auch gegen die (militante) Opposition und nicht dieselbe gegen den Staat, diesmal ist der Staat und seine

HERRschenden am Zug. Heiß wird dieses Jahr 1992 dennoch werden, so

oder so.

Über die Verhandlungen als weitere Kampffront der ETA

Die ETA ist seit drei Jahren bemüht, eine, wenn auch minimale Entspannung zu erreichen, unter anderem der Bedingung, daß der Staatssekretär für Sicherheit, Rafael Vera, eigens von Madrid zu den drei nach Santo Domingo verbannten Gefangenen aus der ETA fährt und dort ge-

meinsam mit der restlichen Gesprächsdelegation der ETA verhandelt. Außerdem sollten diese drei Gefangenen in ein anderes Land in beidseitigem Einverständnis gebracht werden. Die Verhandlungen scheiterten allerdings daran, daß der Wille seitens des Staates nicht vorhanden war und die Verhandlungen durch sehr gefährliche Schachzüge der Autonomien-Politik, die auf Zurückdrängen auf Bedingungen vor der Autonomien-Diskussion abzielten, torpediert wurden. Der ETA-Sprecher läßt keinen Zweifel daran, daß die ETA die Verhandlungen ernst meint. Zitat: "Es ist so, daß die Regierung meint, einen der großen Pluspunkte ETA's, nämlich immer klar und transparent zu reden, für die eigenen Zwecke verwenden zu können. Und wir werden auf dieser Linie fortfahren, bei egal was für einem Thema. Auf jeden Fall, wenn auch mit der notwendigen Diskretion, werden wir die Klarheit und Transparenz aufrechterhalten, und wir werden weder die Militanz, noch das baskische Volk noch die allgemeine Öffentlichkeit verraten. Wir haben unser Wort gegeben, jetzt fehlt nur noch das des spanischen Staates."

Wer sich mehr für dieses Thema interessiert, soll entweder die nächsten TATblätter lesen, weil dort höchstwahrscheinlich eine Fortsetzung drin sein wird, oder wer will, kann sich die

Euskadi Information bestellen:

Postfach 7323

CH-8023 Zürich

Ein Abo kostet 240,-, die Zeitung erscheint alle zwei Monate und außerdem brauchen die MacherInnen sowieso noch 100 Abos (nur mehr 98; wir haben kürzlich 2 bestellt, falls du dich nicht mehr erinnern kannst! der Korr.), um die ökonomisch gesicherte Weiterführung der Zeitung zu sichern (gesichert ... zu sichern! Das, lieber Schreiberling, ist eine Tautologie. Dein Korr.).

Über den Ärger mit einem Bild

Stellungnahme zweier TATblattis, die sich verantwortlich fühlen (müssen).

Für jede Menge Aufregung und sogar so manche Diskussion sorgte die Auswahl des Fotos auf der letzten Seite des Tb minus 37.

So entzündete sich Kritik auch innerhalb des Kollektivs vor allem an Hand folgender Punkte:

- dargestellt würde Gewalt auf eine so glatiative Art und Weise, daß damit Antifaschismus auf "Glatzen-Klatschen" reduziert würde
- zumindest würde durch die Auswahl des Fotos Gewalt verherrlicht
- das Foto würde eine Stärke einer antifaschistischen Bewegung/von antifaschistischen Gruppen suggerieren, die es real nicht gibt
- auch das To schlägt damit in jene Kerbe, die Antifaschismus nur in seine spektakulärsten und militantesten Form erkennt. Dem alltäglichen, der sich verbal, z.B. gegen sexistisch/rassistisch motivierte Situationen in der Straßenbahn äußert, wird kaum Wert beigemessen.

Wir, die wir für die Auswahl des Bildes verantwortlich sind, stecken nun insofern in der Zwickmühle, als wir der Kritik sehr wohl etwas abgewinnen können (sie oft auch die unsere ist), all das oben angeführte auszudrücken aber nie unsere Absicht war. Daß das hier nur als Erklärung, nicht als Entschuldigung stehen kann, ist uns bewußt. Neben der Tatsache, daß die Auswahl des Bildes wieder einmal eine Entscheidung in letzter Minute war, war dafür ausschlaggebend, daß das Foto im Zusammenhang mit Karl Polacek stehen sollte, der uns selbst durch brutale Übergriffe bekannt ist. Ein paar Revanche-Gedanken waren da schon im Spiel.

Wichtig war für uns aber außerdem, daß wir die Entstehungsgeschichte des Fotos sehr wohl im Kopf hatten, die hier kurz geschildert werden soll. So mancher Kritikpunkt erscheint danach wohl auch in anderem Licht:

Das Foto entstand am 20. April 1990, Hitlergeburtstag also. So etwa 500 Menschen versammelten sich zu einer antifaschistischen Demonstration vor der Wiener Oper. Viele davon erreichten diesen Ort durch die U-Bahn-Station Karlsplatz, die damals als Skinhead-Treffpunkt galt. Sehr wohl anwesende Skinheads wurden von oft in Gruppen ankommenden Demonstrantlnnen nicht behelligt. Jedoch wurde kurz vor Aufbruch der Demo ein einzelner Demonstrant beim Verlassen der U-Bahn-Station von Skinhe-

ads mit einem Messerstich erheblich verletzt. Augenblicke später erschienen 3 Fascho-Skins auf der Rolltreppe der U-Bahn-Station und marschierten aggressiv/provozierend mitten durch die versammelten DemonstrationsteilnehmerInnen. Ihr Anblick war für viele davon Grund genug, ein paar Schritte zurückzuweichen, "verblendete Lausbuben" waren es auf alle Fälle nicht. Erst nach einer Schrecksekunde waren andere bereit, den Skins entgegenzutreten. Daraufhin ergriffen zwei die Flucht, und wurden daran auch nicht weiter gehindert, der dritte blieb allerdings verletzt liegen. Sofort fanden sich nun Menschen aus der Demonstration, die den Verletzten abschirmten. "Kein Blutrausch!" Menschen aus der Demonstration verarzteten ihn an Ort und Stelle notdürftig (siehe Foto), was dieser mit "Ihr Judenschweine" quittierte, ehe er ebenfalls unbehelligt den Versammlungsort verlassen konnte.

...eine unkommentierte Veröffentlichung "solcher" Bilder finden auch wir heute nicht richtig, und hätten es auch vor vier Wochen nicht, wenn wir mehr darüber nachgedacht hätten.

Stellungnahme eines "Schuldigen" zum Polacek-Gruß in Tb -37

Stimmt schon, daß das Photo ein Mißgriff war. Wie's dazu kam, steht, soviel ich weiß, schon woanders in dieser Ausgabe. Mir liegt noch an einer Anmerkung zur Diskussion in der Redaktion, die überall woanders wahrscheinlich ähnlich verlaufen wäre.

Im Verlauf von Diskussionen zum Thema "wie umgehen mit Rechten" kommt immer wieder der Vorwurf der Pseudo-Militanz, Verherrlichung von Gewalt gegen Nazis und in der Folge die Abwertung "anderer" Widerstandsformen. Das gipfelt dann in so Sätzen wie: "...viel mehr Achtung vor Leuten, die in der Straßenbahn gegen rassistische Meldungen etc. auftreten als vor denen, die Glatzen-Klatschen gehen.....".

Solche Darstellungen der Situation sind unzulässig vereinfachend! In der Straßenbahn gegen rassistische "Untertöne" aufzutreten heißt zwangsläufig, sich der Gefahr einer Schlägerei, zumindest einer Rempelei, auszusetzen. Meiner Erfahrung nach ziehen zwei von drei "antirassistischen Interventionen der verbalen Art" ein längeres Wortgefecht nach sich, in der sich viele PassantInnen passiv verhalten. Die Zahl derer, die in den AntirassistInnen die Störenfriede erblicken ist nur in Ausnahmefällen kleiner als die der "liberalen SympathisantInnen" (z.B. wenn wir in Gruppen zu Konzerten oder Veranstaltungen fahren oder so).

In dieser Situation erkennen die RassistInnen schnell, daß sie niemand daran hindern wird, 'mal kurz zuzuschlagen. Ich glaube sagen zu können, daß mir das in einem von zehn Fällen passiert. Die Angreifer sind im Übrigen oft nicht ident mit jenen, die den Vorfall mit einer rassistischen oder sexistischen Meldung ausgelöst haben (die sind meist so zwischen 35 und Himmel), sondern jüngere Leute (von 16 bis 25), die von der verbalen Auseinandersetzung angezogen wurden und nun ihre Chance erkennen, Aggressionen abzulassen, ohne nennenswerten Widerstand erwarten zu müssen.

In jedem weiteren, etwa 5. Fall, in denen ich (oder wir) das Pech haben, an kleinere Gruppen zu geraten (Freitags und Samstags abends oder während der Ferien) entwickeln sich dann gröbere Schlägereien, während der auch verschiede-

ne Waffen eingesetzt werden.

Nochmals die Rechnung:

Zwei von drei "antirassistischen Interventionen" enden mit verbalem Wickel! Davon endet jeder zehnte mit einer Rempelei, und davon wieder jeder 5. mit einer gröberen Schlägerei.

Kurz: Jedes 75.Mal, in dem ich mich gegen rassistische oder sexistische Aussprüche oder Handlungen in der Öffentlichkeit wehre, endet mit einer Schlägerei, in deren Rahmen Waffen eingesetzt werden. Geht mensch davon aus, daß ich jeden zweiten Tag in eine solche Situation gerate (und das ist untertrieben!), so stehe(n) ich (mit anderen) mindestens alle 5 Monate einer Gruppe bewaffneter Volltrottel gegenüber, die meinen, ihre politischen Gegner zumindest ins Krankenhaus bringen zu müssen!

Angesichts einer solchen Realität finde ich eingangs erwähntes Zitat nicht nur abwieglerisch, sondern auch zynisch.

Ich vermute, daß sich dahinter weniger "politische Erkenntnis" oder "gewaltfreie Orientierung", sondern vor allem Angst vor der Konfrontation mit einer enorm rassistisch und patriarchal determinierten Gesellschaft verbirgt.

Es ist dies die Politik, die Sozialdemokratie und KP der Weimarer bzw. ersten Republik verfolgt haben, und deren Ergebnisse bekannt sind.

Natürlich: Antifaschistische Aktionen müssen sich von faschistischen klar abheben; müssen zielgerichtet und weitgehend vermittelbar sein, dürfen nur "TäterInnen" treffen. Aktionen, die diesen Kriterien nicht entsprechen, sind deutlich zu kritisieren, und zwar so, daß die Betroffenen die Kritik verstehen und sie und andere diese in der Zukunft umsetzen können.

Aber die künstliche Auseinanderdividierung von "militanter" und "nichtmilitanter" Aktion ist da absolut nicht zielführend.

Ganz ehrlich: Ich wünsch mir, daß die Faschos zumindestens genausoviel Angst vor uns haben wie ich vor ihnen. Die Küssels, Honsiks und Polaceks allen voran, denn sie gehören zu den Drahtziehern!

Nach oben angestellter Rechnung bin ich eigentlich nur mehr bereit, jene als aktive AntifaschistInnen anzuerkennen, die sich mit dem skizzierten Teil der Realität auseinandersetzen und zu militanter antifaschistischer Selbsthilfe klar und deutlich ja sagen.

Das heißt: Sich mit eigenen und anderer Ängste(n) offen auseinandersetzen, Aggressionen anderer als solche zu akzeptieren etc.....

Alles andere ist die Löschnak-Propaganda von den Extremistengruppen, die auseinandergehalten werden müssen!

Nochmals die Rechnung: Die Zahlen mögen manchen zu hoch vorkommen, aber sie stimmen mit meiner Beobachtung überein; hängt vielleicht damit zusammen, daß ich einen "gegen Nazis" Badge auf der Jacke trage.

Wer hat da gerade gesagt, daß ich ihn eben runternehmen soll, um niemanden zu provozieren.....?

ein Tb'ler

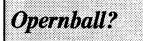
PS.: Mit der Totenkopffahne hab ich zwar nix zu tun, aber die Kritik daran halte ich dennoch für falsch angesetzt.

Die oder der TäterIn hatte dabei sicher nicht die "Ehre" und die "Treue" der SS im Hinterkopf, sondern die "Freiheit", die mit Piraterie verbunden wird. Und daran sollte sich die Kritik auch aufhängen.

Die Totenkopffahne tauchte erstmals (zumindest in Berichten erfaßbar) in Sansibar auf. Es war die Fahne derer, die sich aus Sklaverei oder vor Tyrannen oder dem Elend der Leibeigenschaft flüchten und in die "Freibeuter"-Republik retten konnten. Leider nahmen die es mit der Freiheit auch nicht so genau. In Sansibar entwickelte sich binnen kurzer Zeit ein SklavInnenhändlerzentrum, dessen Schiffe Amerika (Nordund Süd-), Afrika und Europa anliefen und auf einem Kontinent jeweils die Gefangenen aus den anderen verkauften. Betroffen waren in erster Linie Frauen. Da es als unchristlich galt, die patriarchalen Sexualphantasien an Frauen mit christlichem Glauben und weißer Hautsarbe auszulassen, vergriffen sich vor allem spanische, französische und portugiesische Adelige an schwarzen bzw. indianischen Frauen. Da war es dann auch egal, wenn die Sache ans Licht kam...

Offener Leserbrief.

Ein kapitaler Trottel hat mit "Stalin" ein Flugblatt für die Operballdemonstration unterschrieben, also im Namen Stalins dazu aufgerufen, gegen die europäische Terrorpolitik zu protestieren und zu agieren. Dieses pseudolinke Nockerl entblödet sich nicht, im Namen der Ver-



ursachers von 20 Millionen Toten, die zum großen Teil aus den eigenen Rei-

hen, nämlich aus denen der Fortschrittlichen, der Kommunisten, der Schriftsteller kamen, zum Protest gegen das Kapital mobilisieren zu wollen. Ich scheiß auf einen Opernball, an dem solche Gfraster teilnehmen. Das Kapital lechzt nur danach, mit einer solchen Friedhofsruhe, wie sie der Stalinismus zuwegebrachte, Menschen zum Spuren und zum Roboten zu bringen! Nur ist es dem Kapital in etlichen Ländern mit einer solchen Offenherzigkeit, wie sie der Stalinismus betrieb, nicht möglich, seine Sachen durchzuziehen. Der Oaschtyp (wahrscheinlich ist es ein Typ) verwechselt Geilheit nach Totalität mit Linkssein. Das Gfrast verhöhnt auf dem "Flugblatt" nicht nur diejenigen, die dem Stalinismus zum Opfer fielen,, sondern auch diejenigen, die in den heutigen Staaten des ehemaligen "Sozialismus" gegen die kapitalistische Verelendung, gegen die Verödung der Landschaft durch die Multis, gegen Europa und gegen die NATO Widerstand leisten: gegen die, die früher Opfer des

Stalinismus waren und jetzt Opfer des Kapitals sind. Und er bringt die primitive Verharmlosung zustande, die Unterschrift "Stalin" mit allerlei lächerlichem Firlefanz von zusätzlichen Proponenten wie "Asterix und Obelix" und "Falco" zu vermischen. Weg mit demn Blödsinn! Das gehört nicht zur Linken. Sie sind rechts, sie sind Apologeten des Mords, des Massenmords. Dem Trottel und Trampel, der den Fetzen geschrieben hat, ist aber natürlich nicht eingefallen, daß man etwa konkret gegen die Einbeziehung Österreichs in die NATO, gegen die infame Servilität Vranitzkys und Mocks mit den Mordgeschwadern der NATO, die Österreich überfliegen sollen, etwa an der Pforte des NATO-Blattes Standard protestieren könnte. Zu solchen konkreten Aktionen sind die Hunde zu faul, zu träge und zu initiativelos. Abstrakte Großmäuligkeit und kein konkreter Optimismus der Aktion! Die Diskussion war eigentlich in der Studentenbewegung der 70-er Jahre abgeschlossen. Die damalige differenzierte Auseinandersetzung und historische Abrechnung mit dem Stalinismus durch die Linken und die Linksradikalen Westeuropas interessiert den leseunfähigen Faulian nicht! Das ist ein (aus der Ohnmacht geborenes) dumpfes Provinzgewäsch aus einem Winkel Europas, das zu keiner Analyse und ergo auch zu keinem Einsatz fähig ist!

Opernballdemo

Da tauchen seit einigen Wochen verschiedene Plakate, mit verschiedenen Zeitund Treffpunkten auf, die dazu auffordern, den Opernball am 27.2. anzugreifen usw. Dazu gibts dann noch Flugis und Artikel in der Akin.

Bis jetzt ist uns nichts darüber bekannt, ob es einen Sanidienst gibt, ob es schon eine Anmeldung gibt, Plenas und ob die Rechtshilfe gecheckt ist. Das sind alles Sachen, die unbedingt notwenig für diese Demo wären. Klar hat sich nix in österreich geändert, und es gäbe genügend Punkte, warum eine Antiopernballdemo stattfinden müßte, doch heuer hat es wohl keinen Sinn, sich eine kämpferische Demo zu erwarten.

Michail B. meint dazu: Superkleber und Flummibälle hab ich schon eingekauft. Buttersäure gekocht. Denn die meisten PolizistInnen sind an diesem Tag doch alle bei der Oper (???). Und in den Promibezirken gibts doch sicher an diesem Tage viele leere Luxuswohnungen und Eigenheime, teilweise auch schöne Autos und Gerüchte wonach diese eine kräftige Portion Unkraut-Ex vertragen würden sind uns nicht zu Ohren gekommen. Ganz abgesehen davon, daß wir uns selbstverständklich von jedweder Gewaltakte distanzieren....

TERMINE

WIEN:

Prozesse:

Donnerstag 5. und Freitag 6. März

9 Uhr Landesgericht Wien, Florianiagsse Saal B Parterre

Prozeß gegen drei Leute, die am Tag der Nationalratswahl eine Bank entglast haben sollen.

anderes:

27.2._☉ OPERNBALL (Oper)

28.2. 18 Uhr Anti-DVU-Plenum im TATblatt-Büro

4. 3.
 19 Uhr
 TATblatt Video-Abend
 Nach dem Golfkrieg-Bestandsaufnahme Irak April
 1991

DEMO gegen die Wohnungsnot 16 30 Opa

7. 3. FRAUENDEMO 15 Uhr Westbahnhof (nur Frauen!)

8.3. INTERNATIONALER FRAUENTAG

9.3. 20 Uhr Chuzpe (Wien 9, Marktgasse 21-23) Video über DVU

13. 3. 20 Uhr Exil-Gruwi-Fest Alte TU, Karlsplatz 13, Zeichensaal 7

27.2. und 5.3., jeweils ab 19 Uhr Rechtshilfe-Disco bezahlte Anzeige:





Gut. zu Fuß sein und trotzdem mit der Zeit gehen: im ebenso fußgerechten wie schönen Schuh. Und Sie werden sehen: Unsere Auswahl und Beratung hat Hand und Fuß.

GEA

Gehen Sitzen Lieges

1000 WIEH, Heini Standinger, Lange Gosso 24, Tel. 40 83 626

Das TATblatt

ist ein 14-täalich erscheinendes selbstverwaltetes Informations- und Diskussionsorgan. Unser Ziel ist es aber nicht, irgendweichen mystischen Obiektivitätsoder Ausgewogenheitsgeboten zu entsprechen.

Ein Medium ist immer nur ein Medium derer, die in ihm als Handelnde vorkommen! In bürgerlichen Medien handeln Unternehmer, Hausbesitzer, Regierungsmitglieder oder in deren Vertretung Polizei und Militär. Jene aber, die gegen menschenverachtende Projekte und Politik Widerstand leisten, die werden geräumt, werden geprügelt und werden festgenommen; kommen also nur als passiv Erduldende und Erleidende vor, ohne eigenen Antrieb (ferngesteuert) und vor allem ohne politische Bedeutung (ohnmäch-

Im TATblatt, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen,....eben Widerstand leisten. Und diese sollen am Besten auch gleich selbst und ganz und gar subiektiv von ihrem Handeln berichten.

Auch die Antworten zu Fragen über Für und Wider von Basislohn, Militanz, Volkszählung usw. usf. werden wir uns nicht aus gebundenen Büchern heraussuchen können; die müssen wir uns schon selbst suchen: Also miteinander debattieren und streiten ler-

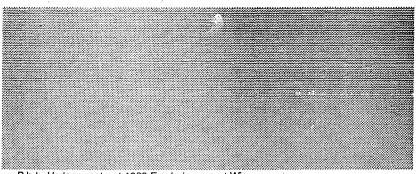
nen. Der Platz dazu soll im TATblatt sein.

Das TATblatt ist ein Projekt in Entwicklung. Nicht nur die Rechtschreibfehler und die gegen Null laufende Numerierung deuten darauf hin. Welche aber Rechtschreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil oder die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Meinungen nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten.

Die TATblatt-Kollektive: TATblatt-Wien: 1060 Wien. Gumpendorferstraße Telefon: (0222) 56 80 78; Plenum: jeden Donnerstag um 19 Uhr TATblatt-Graz: Kontakt; 8010 Graz; Kastelifeldgase 34/16

TATblatt-Linz: Kontakt: Infoladen Linz; 4020 Linz; Pfarrgasse 34/16

TATblatt-Innsbruck: Treffen jeden Mittwoch nach Erscheinen im Seminarraum des Politikwissenschaftsinstitutes der Uni Innsbruck um



P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Achtung Abonnentinnen! Die im Adreßpickerl unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, die du als letzte im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst!

Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11

Telefon: NEUNEUNEU! (0222) 568078 Konto: P.S.K. 7547 212 **DVR Nr.** 0558371

Druck: Eigendruck



für 10 Ausgaben oder S 190,- für 20 Ausgaben, soferne deine Postanschrift innerhalb Österreichs liegt. Außerhalb dieser Grenzen kostet ein 10-Nummern-Abo S 150,-... Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, durch freiwillig erhöhte Abogebühren das TATblatt finanziell zu unterstüt-

TATblatt-Abos beginnen an dem Zeitpunkt zu laufen, zu dem die Abogebühren bei uns eingelangt sind (und zwar ausnahmslos!) Also: Wenn du abonnieren willst, so zahle möglichst rasch den beiliegenden Erlagschein ein. Falls keiner beiliegen sollte, so überweise das Geld auf P.S.K. 7547 212; Empfängerin "Unabhängige Initiative Informationsvielfalt" eintragen! Das Abo endet automatisch nach Auslieferung von 10 oder 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig. durch Neu-Einzahlung verlängert wird.

• BH Südwind (Kleeblattgasse 4) • BH Winter (Landesgerichtsstraße 20) • Zeitungskiosk R. A. Keream (Kärntnertorpassage - beim U4-Abgang)

BH Zentralbuchhandlung (Stephansplatz) WIEN 2: ● BH Rive Gauche (Taborstraße 11b) WIEN 3: ● Bauern/Bäuerinnenhof-Produkte-Direktverkauf "Unser Laden" (Apostelgasse 17) WIEN 6: • BH/Platten VKA (Stiegengasse 20) • Beisl KuKu (Linke Wienzeile 98) • Platten Why Not (Otto Bauer Gasse 16) WIEN 7: ● Naturmarkt St Josef (Zollergasse 26) WIEN 8: EZA ("3.W" EZA (Lerchenfelderstraße 18-24) • Bio Makrokosmos (Strozzigasse 38) WIEN 9: • BH Buchwelt (Schwarzspanierstraße 15) • BH Reisebuchladen (Kolingasse 6) • Autonome Selbsthilfe (Marktgasse 21 bis 23; Mo/Di/Do 16-20; Mi 13-20) WIEN 10: • BH Schiebl (Laxenburgerstraße 48) • MieterInnen-Interessensgemeinschaft (Antonsplatz 22: Mo&Mi 15-18.30) WIEN 15: • Antiquariat W. Simon (Iheringgasse 18; Do 15-20; Fr 15-18) WIEN 16: ● Beisl CI: Payergasse 14) ● Beisl B.A.C.H. (Bachgasse 21)

GRAZ: • Friedenswerkstatt (Paulustorgasse 3) • Dradiwaberl-Antiquariat (Zinzendorfergasse) • Bücherstube (Prokopigasse 16)

LINZ: • Alternativiaden (Zollamtsstraße 20) • BH Alex (Hauptplatz)

INNSBRUCK: • Am Haven (Innrain 157) • BH Parnaß (Speckbacherstraße 21)

SCHWERTBERG: • Kulturverein KANAL (Joseftal 21) SCHWAZ IN TIROL: . Dritte Welt Laden

Änderungen vorbehalten! Stand Feber 1992